

Palästina

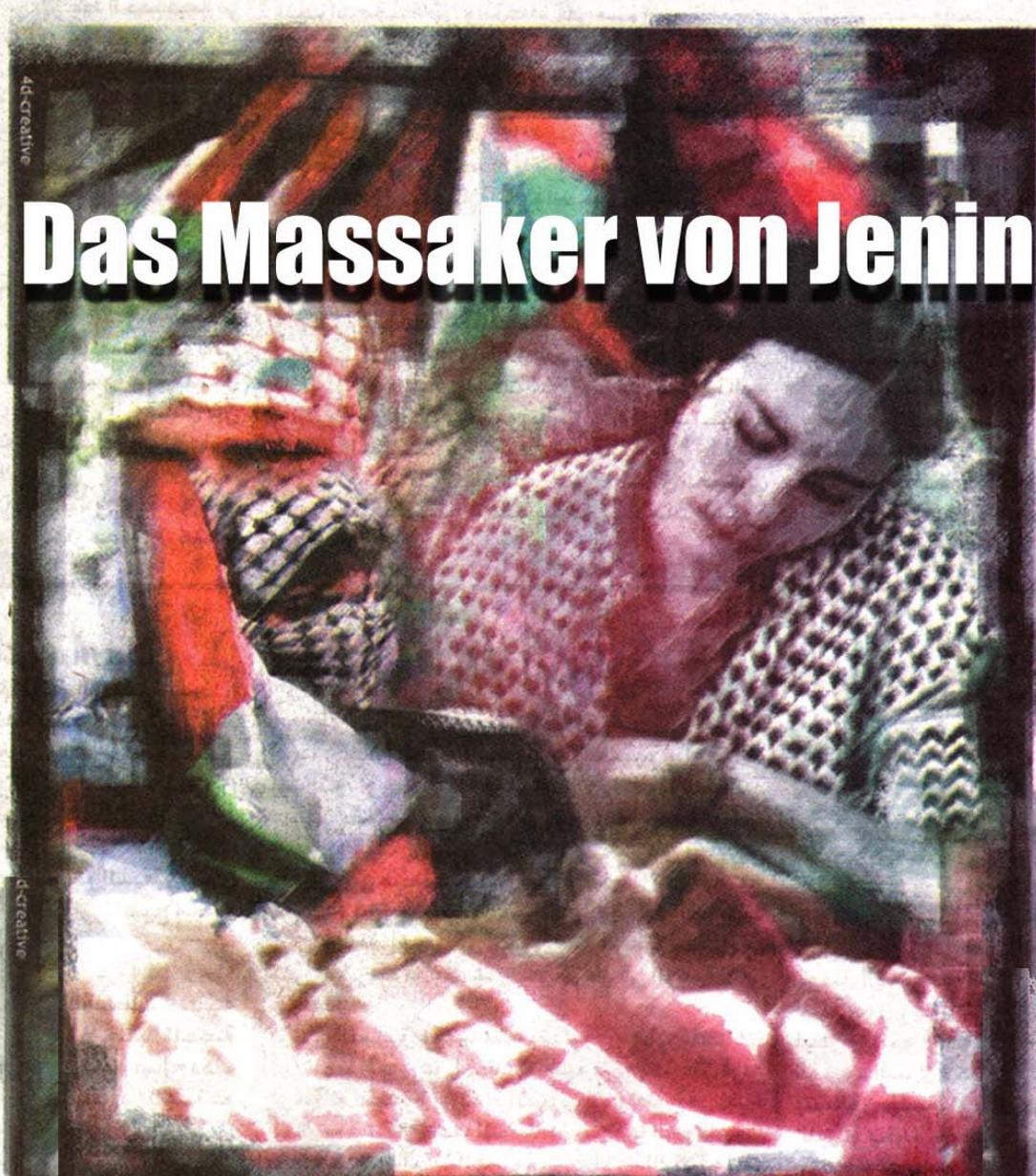
INTIFADA

Solidarität mit Palästina

Das Massaker von Jenin

Der Widerstand geht weiter!

Nummer 9 Mai 2002 Preis: € 1,-





54 Jahre nach Deir Yassin

Der israelische Vernichtungsfeldzug gegen den palästinensischen Widerstand

Die am 29. März 2002 begonnene Offensive der israelischen Armee gegen die besetzten Gebiete sucht ihresgleichen. Die Bilder der massenhaften Zerstörungen, Bombardierungen, der Absperrungen, der Vertreibungen von obdachlos Gewordenen, der Behinderungen der medizinischen Notdienste, der Massenverhaftungen und Brutalitäten und schließlich dessen, was vom Flüchtlingslager Jenin übriggeblieben ist, gingen um die Welt. Was bleibt, sind unsichere Zukunftsaussichten für das palästinensische Volk, doch auch die Gewissheit, dass der Widerstand weitergehen wird.

Was in der offiziellen Diktion als "Antiterrorkrieg" deklariert wurde, war nichts anderes, als eine der schärfsten militärischen Offensiven Israels gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, mit dem Ziel, den Widerstand gegen die israelische Besatzung ein für alle Mal mit der Wurzel auszureißen. Dabei ging es Israel nicht nur darum, möglichst vieler Kämpfer der Widerstandsorganisationen habhaft zu werden, sondern auch, die Allianz der militanten Organisationen zu zerschlagen und ihre Strukturen zu zerstören. Die physische wie politische Vernichtung der Einrichtungen der Palästinensischen Autonomiebehörde war ein weiteres vorrangiges Ziel. Damit wurde ein endgültiger Schlussstrich unter die Oslo-Verträge gezogen. Der sogenannte Friedensprozess hat somit nicht nur das Zeitliche gesegnet, sondern das, was in seinem Rahmen zaghaft an potentiellen staatlichen Strukturen aufgebaut worden war, ist vernichtet und damit die Entwicklung in Richtung staatlicher Souveränität rückgängig gemacht worden.

Die auch in der israelischen Presse (1) gezogenen Vergleiche mit dem Massaker im Dorf Deir Yassin im April 1948 und der Nakba, also der Vertreibung der Palästinenser aus ihren Heimatgebieten im Zuge der israelischen Staatsgründung, haben insofern ihre Berechtigung, als diese neuerliche Katastrophe alle Entwicklungen und Errungenschaften von zwei Generationen ungeschehen zu machen scheint und das palästinensische Volk in das Jahr 1948 zurückführt, vor die Trümmer seiner kollektiven Existenz.

Arafat – alter und neuer Verhandlungspartner Israels

Arafat, als Symbolfigur für den Oslo-Prozess, erlitt somit vor den Augen der Weltöffentlichkeit symbolisch die Demütigung, die dem letzten Rest der schon lange enttäuschten Hoffnungen der Palästinenser auf Eigenstaatlichkeit und Souveränität galten. Doch jenseits politischer Machtdemonstrationen schien sich hinter dem monatelangen Hausarrest des PNA-Präsidenten, der schließlich am 29. März in eine militärische Belagerung mündete, ein tatsächlicher Schwenk in der israelischen Politik zu verbergen. Arafat war während des gesamten Jahrzehnts des "Friedensprozesses" für Israel zweifellos der einzige akzeptable Verhandlungspartner und politische Führer der Palästinenser gewesen. Nur ihm war es möglich, Grundfesten der palästinensischen Befreiungsbewegung – den Anspruch auf die 1948 besetzten Gebiete und die Nicht-Anerkennung Israels – im Austausch für einen angeblichen Friedensprozess aufzugeben ohne den Volkszorn auf sich zu ziehen; nur ihm war es möglich, die Enttäuschung, die sich bald darauf unter den palästinensischen Massen einstellte, zu kontrollieren und das Volk letztendlich doch immer wieder an das in seiner Person verkörperte politische Projekt eines palästinensischen Rumpfstaaates zu binden.

Während Arafat für Israel jahrelang die Garantie für eine relativ minimierte Widerstandsbewegung darstellte, so gelang es ihm seit Ausbruch der zweiten Intifada immer weniger, diese Rolle zu erfüllen. Einerseits konnte er den Zorn der Bevölkerung nicht im Zaum halten, andererseits kam ihm dieser auch gelegen, um seine Verhandlungsposition gegenüber Israel zu stärken. Mit der Zunahme der bewaffneten Widerstandsaktionen und vor allem der steigenden Zahl getöteter Israelis wurde es für die israelische Regierung offensichtlich, dass Arafat den Widerstand immer weniger zu kontrollieren im Stande war. Die jüngste Offensive scheint daher zunächst den Zweck verfolgt zu haben, Arafat das selbe Schicksal

zuteil werden zu lassen wie seiner PNA. Für Israel schien die Zeit gekommen zu sein, sich nach einer Alternative in Form einer den israelischen Interessen vollkommen hörigen Führungsgruppe umzusehen. Gerade dieses Vorhaben hat sich für Israel offensichtlich als schwieriger herausgestellt als erwartet wurde, schwieriger auch als die physische Zerschlagung des Widerstandes. Allem Anschein nach bevorzugt das israelische Regime Arafat letztendlich gegenüber einer unsicheren Führungsgruppe mit ungewissen Zukunftsperspektiven. Arafat dankte es ihm – und bewies mit der Verurteilung derjenigen Männer, die für das Attentat auf den israelischen Tourismusminister Ze'evi im Oktober 2001 verantwortlich gemacht werden, umgehend, dass er Befehle auch auszuführen weiß.

Was konservative Kommentatoren als einen politischen Ausbruchversuch werten (2), kann für das palästinensische Volk und vor allem für die unbeugsamsten Organisationen des Widerstandes nur als ein neuerlicher Beweis dafür aufgefasst werden, dass Arafat bereit ist, die Interessen seines Volkes im Austausch für die vermeintliche Anerkennung seiner Person und seiner Führungsgruppe durch den Westen aufzugeben und wenn nötig dem Widerstand in den Rücken zu fallen. Tatsächlich handelt es sich bei den Verurteilten um Mitglieder der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas), einer der ältesten Organisationen des palästinensischen Befreiungskampfes und Teil der PLO, die mit dem Anschlag auf Ze'evi die Hinrichtung ohne Gerichtsurteil, die Ermordung ihres Generalsekretärs Abu Ali Mustafa durch die israelische Armee im August 2001 rächten. Es kann sich wohl um keinen Zufall handeln, dass Israels Forderung nach Verhaftung und Verfolgung dieser Männer, so ungleich bestimmter war, als bei einem der vielen Selbstmordanschläge, auch wenn bei dem Attentat auf Ze'evi keine unschuldigen Zivilisten zu Schaden kamen. Genauso wenig darf es als Zufall gewertet werden, dass Arafat dieser Forderung ohne zu zögern nachgekommen ist. Während die Selbstmordanschläge letztendlich ein Zeichen palästinensischer Schwäche sind,

so drückte gerade die gezielte Tötung des rechtsextremen und für die Transferlösung (d.h. Deportation aller Palästinenser) eintretenden Ministers Ze'evi die Verwundbarkeit des israelischen Staates und die Schlagkraft des palästinensischen Widerstandes aus.

So sprechen viele kritische Stimmen davon, dass Arafats Durchhaltevermögen unter denkbar widrigsten Umständen nicht so sehr seinem Heldenmut zu verdanken sei, sondern vielmehr der Tatsache, dass auch ihm selbst die Ausräumung der radikalsten und unkontrollierbarsten Widerstandsstrukturen nicht ungelegen kommt, einerseits um seine Machtposition innerhalb Palästinas zu sichern, andererseits um seine abhanden gekommenen Glaubwürdigkeit als Verhandlungspartner des Westens wiederherzustellen.

Köpfung des Widerstandes

Inwieweit die israelische Vernichtungsoffensive ihr Ziel erreicht hat, lässt sich zur Zeit schwer feststellen. Fest steht allerdings nicht nur, dass Einrichtungen der PNA und zivile Infrastruktur wie Krankenhäuser und Schulen bis auf Grund und Boden zerstört wurden, sondern auch, dass bei diesem Zerstörungswerk mutwillig weit über das Ziel der angeblichen Terrorbekämpfung hinausgeschossen wurde (3): Archive, Datenbanken, Verwaltung, Administration wurden nicht nach gewünschten Informationen durchsucht, sondern sie wurden kurzerhand und systematisch vernichtet. Damit wurde die Arbeit von Generationen zunichte gemacht, die palästinensische Gesellschaft um Jahre zurückgeworfen und der potentielle Aufbau eines palästinensischen Staates für die kommende Zeit erfolgreich erschwert.

Mehrere hundert Personen wurden nach israelischen Angaben getötet und über 4.000 verhaftet. Palästinensischen Quellen zufolge ist die Opferzahl weitaus höher. Ob damit das Gros der Widerstandskämpfer tatsächlich ausgeschaltet werden konnte, kann nicht beurteilt werden. Es scheint allerdings außer Zweifel zu stehen, dass es der israelischen Armee gelungen ist, die Führer der Widerstandsstrukturen zu töten oder zu verhaften. Soziales Elend und militärische Unterdrückung lassen schnell Menschen heranwachsen, die sich dem militanten Befreiungskampf verschreiben. Es wird daher dem palästinensischen Widerstand

auch in Zukunft nicht an Kämpfern mangeln. Schwerer sind hingegen die politisch erfahrenen Köpfe zu ersetzen, die auch die stärkste Unterdrückung nicht automatisch erzeugt. Insofern mag es gerechtfertigt sein, von einer Köpfung des palästinensischen Widerstandes zu sprechen. Die Auswirkungen für den Befreiungskampf sind noch nicht absehbar und hängen einerseits von den geopolitischen Entwicklungen, andererseits von der Regenerationsfähigkeit der palästinensischen Organisationen ab.

Strategische Allianzen

Die Schärfe der israelische Offensive mag die politisch interessierte Weltöffentlichkeit im ersten Augenblick verwundert haben, war doch der amerikanischen Außenminister Cheney kurz zuvor zu einer Reise durch die arabische Welt aufgebrochen um für den Irak-Feldzug der USA die Werbetrommel zu rühren. In diesem Zusammenhang schien es mehr als wahrscheinlich, dass er sich im Namen der Weltsupermacht auch zu dem einen oder anderen Lippenbekenntnis im Sinne palästinensischer Interessen herablassen würde, um die arabischen Verbündeten auch im Verbund zu halten. Bereits im Oktober 2001 waren zum ersten Mal aus amerikanischen Mündern Stimmen zu hören gewesen, die von einem palästinensischen Staat sprachen, als es darum ging, die Anti-Terror-Allianz zu schmieden. Im gleichen Kontext ist die jüngst mit maßgeblicher Hilfe der USA verabschiedete UNO-Resolution zu verstehen, die zwar die historischen palästinensischen Forderungen wie das Rückkehrrecht elegant übergeht, doch vom Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat spricht. Umso überraschender kam die israelische Offensive, da sie die amerikanischen Nahost-Pläne in einer Nacht über den Haufen warf. Obwohl es sich augenscheinlich um einen Alleingang Israels handelte, stellten sich Bush und seine Regierung bedingungslos und dem internationalen Aufschrei ob der israelischen Brutalität zum Trotz hinter ihren wichtigsten Verbündeten. Erst nachdem die israelische Armee die erste Phase ihres Vernichtungsfeldzuges abgeschlossen hatte, änderte die Bush-Administration zwar nicht ihre Politik, doch zumindest geringfügig ihren Ton und rief Sharon zur Mäßigung auf. Dies kann einmal mehr als Beweis dafür gewertet werden,

dass die strategische Allianz mit Israel für die USA uneingeschränkt Priorität hat und sie bereit sind, sich diese sowohl finanziell als auch politisch einiges kosten zu lassen.

Auf der anderen Seite stehen die korrupten arabischen Regimes, die ihren scharfen Worten gegen Israel noch nie ebensolche Taten folgen ließen. Einzig Saddam Hussein sprach von einem Ölembargo, während Saudi-Arabien und die anderen pro-westlichen Golfstaaten in vorauseilendem Gehorsam wissen ließen, dass daran nicht zu denken sei. Zweifellos sehen auch sie ihre Allianz mit der imperialistischen Supermacht als strategisch an. Da ihre Bevölkerungen allerdings nicht direkt von der Unterdrückung und Ausbeutung der Palästinenser profitieren, sondern im Gegenteil die Intifada selbst als ein Signal zum potentiellen Aufstand gegen die eigenen Blutsauger verstehen könnten, sehen sich die arabischen Regimes vor ein Problem gestellt, das sie mit einer ausbalancierten Politik von brutaler Unterdrückung einerseits und scharfer anti-israelischer Rhetorik andererseits zu lösen versuchen. Die Konstante dabei ist die Unterwerfung unter die Interessen der USA, die strategische Allianz mit ihnen, auch wenn es den eigenen Massen immer weniger passt.

Weitgehend abseits westlicher Berichterstattung mehren sich Unmutäußerungen auch gegen die blutigsten antidemokratischsten Regimes ebenso wie Anschläge auf amerikanische Einrichtungen. Der Befreiungskampf der Palästinenser hat in dieser Hinsicht entscheidenden Einfluss auf diese Protestbewegungen, in gleichem Maße wie umgekehrt die Unterstützung der arabischen Massen den palästinensische Befreiungskampf bedingt. Von der Entwicklung dieses Wechselspiels wird es letztendlich abhängen, ob sich in dieser zentralen Region der Erde die geopolitischen Kräfteverhältnisse qualitativ verschieben werden und die bei den Armen dieser Welt zu Recht verhasste Neue Weltordnung einen ersten, aber entscheidenden Riss bekommen wird.

*Margarete Berger
Aktivistin der Antiimperialistischen
Koordination in Wien*

- (1) "Between Jenin and Deir Yassin", in Ha'aretz, 25. April 2002
 (2) vgl. NZZ vom 25. April 2002
 (3) vgl. Amira Hass: "Operation Destroy Data", in Ha'aretz, 25. April 2002

Deir Yassin 1948, Sabra und Shatila 1982,

Jenin 2002

Zehn Tage lang dauerte die "Militäroperation" im Flüchtlingslager Jenin im Norden des von Israel seit 1967 besetzten Westjordanlandes. Hunderte von Häusern wurden zerstört und dem Erdboden gleichgemacht, unzählige Menschen wurden getötet und verletzt. Unvorstellbares ist unter den tatenlosen Augen der Weltöffentlichkeit geschehen.

In dem Flüchtlingslager Jenin leben Flüchtlinge, die 1948 im Zuge der Nakba, der Katastrophe von 1948, wie der Grossteil der palästinensischen Bevölkerung aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Sie stehen unter der Betreuung der UNRWA, die damals zur Betreuung der Vertriebenen etabliert wurde. Offiziell 13.055, wahrscheinlich bis zu 15.000 Menschen leben in dem Lager auf einer beengten Fläche von nur etwas mehr

als einem Quadratkilometer. Man kann sich also vorstellen, wie extrem die zivile Bevölkerung unter den Ausmaßen der jüngsten Angriffe durch die israelische Armee leiden musste.

Nachdem ein Großteil schon aufgrund wirtschaftlicher Folgen der zweiten Intifada sowie Ausgangssperren etc. unter die Armutsgrenze gefallen waren und kaum mehr Zugang zu finanzieller Unterstützung seitens des Sozialministeriums



der PNA, der UNRWA und NGOs hatten und nur noch um das buchstäbliche tägliche Brot kämpfen mussten, verloren jetzt viele auch noch ihr Zuhause, ihre Familienangehörigen und Freunde.

Was ist passiert?

Die Bombardierungen kamen im Schlaf. Um zwei Uhr am Morgen des 3. April, ohne jegliche Vorwarnung, wurde das Lager wahllos mit Raketen von Apache-Helikoptern beschossen, nachdem tagsüber die Stadt Jenin samt Flüchtlingslager von mehr als 60 Panzern umzingelt wurde und in die Stadt eingedrungen waren. Die Menschen waren in ihren eigenen Häusern gefangen, in der Gefahr, bei Verlassen der Häuser erschossen oder unter den Trümmern ihres eigenen Hauses begraben zu werden.

Begründet wurde der Angriff von offizieller israelischer Seite damit, dass Selbstmordattentäter aus dem Flüchtlingslager Jenin kamen und deshalb "die Infrastruktur des Terrors zerstört" werden sollte. Was jedoch geschah, lässt einen anderen Schluss zu.

Die Attacken dauerten Tag und Nacht an, mit Panzern, die in das Camp eindringen, Raketenbeschuss und später bis an die Zähne bewaffneten Soldaten, denen 80 bis 100 bewaffnete Bewohner verzweifelt Widerstand zu leisten versuchten. Es wurde auf alles geschossen, was sich bewegte, gleichgültig, ob bewaffnet oder unbewaffnet, jung oder alt, Frau, Mann oder Kind, Behinderte oder Verletzte. Es wurde, unter größter Verletzung internationalen Völkerrechts (aber das war ja die ganze "Operation" an sich), nicht einmal die Möglichkeit gegeben, Verwundete einzusammeln und zu behandeln. Am 5. April musste der letzte Krankenwagen unverrichteter Dinge den Schauplatz verlassen. Bis zum 15. April war es keinem Rettungsteam mehr möglich, Verwundete zu versorgen. Menschen mussten sterben, weil ihnen jegliche Hilfe versagt wurde. Sie verbluteten mitten auf der Strasse, vor den Augen der hilflosen Angehörigen.

Die Telefonleitungen, Wasser- und Stromversorgung wurden unterbrochen, keine Nahrungsmittellieferungen waren ab dem Zeitpunkt mehr möglich.

Am sechsten April begannen Bulldozer, Häuser systematisch zu zerstören und dem Erdboden gleichzumachen, während Tränengas über dem Lager verstreut wurde. Viele Menschen wurden dabei in ihrem Haus überrascht, da von seiten der israelischen Armee kaum Vorwarnungen kamen. Zahlreiche Tragödien spielten sich ab, Menschen fanden den Tod unter den Trümmern des eigenen Hauses, weil ihnen nicht erlaubt wurde, das Haus zu verlassen, weil Angehörige ignoriert wurden, die darum bettelten, ihre behinderte Tanten oder Neffen vor der Zerstörung zu retten, weil auf sie geschossen wurde, als sie versuchten, sich in Sicherheit zu bringen.

Jamal al-Fayid, 37, war gelähmt und konnte deshalb nicht rechtzeitig von seiner Familie evakuiert werden, als ein Bulldozer am sechsten April sein Haus im Viertel Jurrat al-Dahab ins Visier nahm. Trotz der verzweifelten Bitten seiner Familie, ihn vorher aus dem Haus holen zu dürfen, wurde das Haus kaltblütig niedergerissen – Jamal starb unter den Trümmern seines Hauses.

Zu Mittag des siebten April wurde das dreistöckige Haus von Khadwa Samara, 35, von Raketen getroffen. Sie hielt sich mit ihren drei Kindern und zwölf weiteren Personen im Erdgeschoss auf. Dabei wurde der Wassertank beschädigt. Es kam schlimmer: Am Abend gegen 23.30 hörten sie einen herankommenden Bulldozer. Er zerstörte die einzige Tür, so dass alle Menschen im Haus gefangen waren. Sie flohen daraufhin ins Schlafzimmer, gaben Signale mit Laternen, um zu zeigen, dass das Haus bewohnt ist. Nach einer kurzen Pause wurde das zerstörerische Werk um fünf Uhr morgens fortgeführt – der Bulldozer stoppte erst bei dem letzten Zimmer, dem Schlafzimmer. Khadwa und die anderen konnten sich durch das Fenster zu den Nachbarn flüchten – jedoch nur für fünfzehn Minuten Verschnaufpause. Schon wurde auch dieses Haus in Angriff genommen! Mit vereinten Kräften schlug man mit allem, was man fand, Hämmern und Rohren, ein Loch in die Wand. Sie konnten zu ihrem Bruder fliehen, der in der Nachbarschaft wohnte. Am neunten April bekam Khadwa einen Telefonanruf von einem Verwandten aus Jordanien, der im Fernsehen verfolgt hatte, was geschah und überredete sie, zu fliehen. Tatsächlich hatte die Armee den Befehl gegeben, das Lager zu evakuieren, jedoch nicht in dem Viertel, in dem sie sich aufhielt. Mit wei-



Ein Kind zeigt eine Hülse von einem Panzergeschoss, das auf Jenin geschossen wurde

Ben Flaggen ausgerüstet versuchten sie zu mittlerweile 24st, den Ort zu verlassen, wurden jedoch aufgehalten und aufgefordert, in ihre Häuser zurückzukehren. Nach stundenlangem Verharren wurde es ihnen schließlich erlaubt, das Camp zu verlassen.

Diejenigen Frauen und Kinder, die es schafften, rechtzeitig ihre Häuser zu verlassen, wurden auf einem zentralen Platz zusammengetrieben, die Männer wurden verhaftet. Die Frauen und Kinder wurden gezwungen, in die benachbarten Viertel der Stadt zu fliehen, wo sie entweder bei Verwandten oder völlig Unbekannten Zuflucht fanden, deren Häuser bereits völlig aus den Nähten platzten mit manchmal mehr als 50 Menschen in einem Raum, mit dem Problem, dass die Essensvorräte sich dem Ende neigten, überfordert, und dem gleichen Problem der zerstörten Wasser- und Stromleitungen, Ausgangssperre und militärischem Beschuss.

Nachdem auch israelische Soldaten aufgrund des andauernden Widerstandes am 9. April im Viertel Hawashin ums Leben kamen, kam es am 10. April im gesamten Lager, aber besonders in diesem Viertel zu Gewaltexzessen. Wie viele Menschen an dem Tag ums Leben kamen, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch niemand sagen, aber dass Hawashin dem Erdboden gleichgemacht wurde und viele Leichen dadurch unter der Oberflächen verschwanden, ist längst kein Geheimnis mehr. Bis heute verpestet der Leichenge-

ruch die Luft.

Das ganze Gebiet wurde zur “militärischen Sperrzone” erklärt, um Journalisten, Menschenrechtsorganisationen und sogar Ambulanzen daran zu hindern, Hilfe zu leisten und dabei Zeugen des Grauens zu werden, das die israelischen Soldaten seit dem 3. April dort angerichtet hatte. Selbst nachdem der Widerstand gebrochen war, stand das Lager noch tagelang unter Ausgangssperre, niemand durfte hinein, niemand durfte hinaus.

Erst am 15. April durfte begrenzt damit begonnen werden, Verwundete und Tote einzusammeln.

Die Zeit wurde genutzt. Viele Augenzeugen bestätigen, dass in den Strassen liegende Leichen von der israelischen Armee eingesammelt und in Kühllastern abtransportiert wurden. Mindestens 200 sollen im nördlichen Jordantal, an einem geheimgehaltenen Ort, in einem Massengrab verscharrt werden, mit der Begründung, keinen “Märtyrerkult” aufkommen lassen zu wollen. Wohl eher, um zu verschleiern, wer die Toten waren, nämlich nicht nur bewaffnete Widerstandskämpfer, die das Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch genommen haben, sondern auch unbewaffnete Frauen, Männer und Kinder.

Und die Zeit arbeitet gegen Versuche, die Details dieses Massakers aufzudecken, auch wenn die Wahrheit nicht für immer verborgen bleiben kann. In der Zwischenzeit sind die Leichen verwest.



Wir müssen von sehr hohen Zahl an Toten ausgehen. Selbst die israelische Armee hatte zunächst von Hunderten Toten gesprochen, mittlerweile wurde das von der Sharon-Regierung natürlich relativiert und plötzlich nur noch von ca. 50 Toten gesprochen, wovon nur drei Zivilisten gewesen sein sollen. Die vielen Bilder von toten Kindern sprechen eine andere Sprache ...

Erst bei Einbruch der Dunkelheit am 14. April bekamen erstmals jeweils ein Krankenwagen des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes die Erlaubnis, Tote einzusammeln, die in Strassen und Häusern verrotteten. Unter erschwerten Bedingungen, da bis zu dem Zeitpunkt und noch lange danach kein Strom für Licht sorgen konnte, tagsüber jedoch israelische Scharfschützen lauern. Am Morgen des 15. April begann dann die erste Bergung von sieben Leichen, alle paar Meter behindert von israelischen Militärs und der Tatsache, das ohne schweres Gerät viele Leichen nicht aus dem Schutt der Häuser geborgen werden konnten.

Erst Tage später durften sich Journalisten nach und nach ein Bild machen von dem Ausmaß der Zerstörung. Langsam drangen die Berichte von Augenzeugen nach außen, Berichte über Kämpfer, die sich schon ergeben hatten und von israelischen Soldaten einfach über den Haufen geschossen wurden, von Menschen, die einen Blick aus dem Fenster wagten und

sofort von Scharfschützen beschossen und getötet wurden, von Zivilisten, die an dem Versuch, sich und ihre Familien aus ihren beschossenen und von Bulldozern attackierten Häusern in Sicherheit zu bringen, gehindert und beschossen wurden. Menschen, die tagelang zu dreißigst in einem kleinen fensterlosen Badezimmer ausgeharrt hatten, ohne Nahrung, mit wenig Wasservorräten, während der Rest ihres Hauses zerstört wurde. Menschen, die ihrem Bruder, Vater oder Ehemann hilflos dabei zusehen mussten, wie sie auf der Strasse verbluteten, wissend, dass sie sofort ebenfalls beschossen würden, wenn sie es wagten, ihr Haus zu verlassen.

Bis zum 2. Mai wurden 52 Leichen geborgen und identifiziert, davon mindestens 22 Zivilisten, darunter Frauen, Kinder, Alte und Behinderte. Täglich werden weitere Leichen entdeckt. Viele Menschen werden noch vermisst, unklar, ob sie verhaftet oder tot sind.

Und nach wie zuvor steht die Anklage im Raum, dass 200 oder mehr Leichen von israelischen Soldaten in einem Massengrab verscharrt worden sind.

Mindestens 4.000 Menschen sind obdachlos geworden, ihre Häuser existieren nicht mehr oder sind unbewohnbar geworden. Es wird wohl noch lange dauern, bis die Menschen eines Tages ein normales Leben führen können.

Die Rolle der Welt: Zuschauen, Sank-

tionen in Betracht ziehen und verwerfen, relativieren, nachdem die Gräueltaten passiert sind, humanitäre Hilfe leisten, die die Freunde und Verwandten nie mehr wiederbringen können.

Die Toten sind noch lange nicht begraben, und Israels Unterstützer Bush bezeichnet Sharon als einen "Mann des Friedens", verteidigt Israels brutale Vorgehensweise als "legitimes Selbstverteidigungsrecht", wohlwissend, dass Israel in Jenin gegen alle relevanten Bestimmungen der 4. Genfer Konvention verstieß, zu denen es sich durch seine Ratifizierung verpflichtet hatte. Besonders erwähnenswert sind Artikel 16 und 20, die den Schutz von Verletzten und das Recht auf unbehinderten Zugang

von medizinischer Versorgung beinhalten. Artikel 33 verbietet jegliche Form der kollektiven Bestrafung, Artikel 53 die Zerstörung von Besitz und Wohnhäusern der Zivilbevölkerung. Laut Artikel 55 und 59 ist die besetzende Militärmacht dazu verpflichtet, für eine adäquate Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten zu sorgen.

Dies sind nur einige der Menschenrechtsverletzungen, die begangen wurden. Auch nach dem Ende der stärksten Belagerung gibt es keine Sicherheit für die Menschen. Nur eine endgültige Lösung kann den Menschen die Freiheit geben, die sie in ihrem Leben nie besessen haben. Frei von Besatzung, frei von tagtäglichen Demütigungen, frei ihr eigenes Leben zu bestimmen.

Freiheit für Palästina!

Steffi Seidel

Quellen:

United Nations Relief And Works Agency for Palestine Refugees in the Near East: <http://www.un.org/unrwa/refugees/wb/jenin.html>

Human Rights Watch: <http://hrw.org/reports/2002/israel3/>

Palestine Monitor: Tägliche Berichte unter: <http://www.palestinemonitor.org/>

Justin Huggler, Phil Reeves: "Once upon a time in Jenin. What really happened in Jenin?" The Independent, 25. April 2002

Rita Giacaman, Penny Johnson: "Who lives in Jenin Refugee Camp? A Brief Statistical Profile". Birzeit University, 14. April 2002

Nablus

Die Vergewaltigung einer Stadt

Nablus ist mit 180.000 Einwohnern die größte Stadt des Westjordanlands. Historisch galt sie neben Jerusalem und Jaffa als eines der wichtigsten Kultur- und Handelszentren. Dementsprechend spielte die Stadt eine wesentliche Rolle im Widerstand gegen die türkische Herrschaft (bis 1917), die englische Besatzung (1917–1948) und das jordanische Regime (1951–1967). Schließlich gilt Nablus seit der Besatzung im Jahr 1967 als ein Hochburg des Widerstand gegen die israelische Besatzung. Die Universität von Nablus geht auf eine der ältesten arabischen Schulen zurück, aus der Generationen von politischen Führungen, Freiheitskämpfern, Dichtern und Politologen kamen. Die Altstadt gilt nicht nur als Weltkulturerbe (nach Jericho die zweitälteste Stadt der Welt), sondern auch als ein Todeslabyrinth für die Besatzer.



Eine Woche lang verteidigte sich die Stadt gegen den Einmarsch der Kriegsarsenale der Besatzungsarmee. Es wird noch dauern, bis die Bewohner die Todesangst überwinden und den Schock der massiven Zerstörungen in ihrer historischen Stadt bewältigen können.

Am dritten April und nach dreitägiger Truppenmobilisierung stürmte die israelische Besatzungsarmee Nablus von drei Richtungen aus: Süden, Norden und Westen. Die zwischen zwei Bergen liegende Stadt, auf denen zwei israelische Militärbasen errichtet sind, ist militärisch nicht zu verteidigen. Wie erwartet, konzentrierte sich der Widerstand, der erst drei Tage vor der Invasion mobilisiert und organisiert wurde, in den Flüchtlingslagern und in der alten Stadt, deren engen Gassen sie zu einer architektonischen Festung machen. Durch die totale Isolation - Telefonkabel und Stromleitungen wurden vernichtet, die Telekommunikationszentrale von der Armee besetzt und zerstört und den Journalisten der Eintritt verweigert - gab es in den ersten Tagen nur spärliche Meldungen, die über die

Hartnäckigkeit des Widerstands, die Massivität der Zerstörung und das Grauens des Massakers berichteten.

Die folgende Chronik gewährt einen Überblick über die Ereignisse.

2. April 2002

Augenzeugen berichten von Panzerscharen und Truppen, die sich vor den Eingängen der Stadt gesammelt haben. (1) Die Anzahl der Panzer und Panzerwagen wird auf vierhundert geschätzt.

3. April 2002

Ein regnerischer Tag. Um 20 Uhr stürmen die israelischen Truppen die Stadt von ihren drei Eingängen aus, dem südlichen (Huwara), dem nordwestlichen (Beit Iba) und dem westlichen (Til). Der Gouverneur Muhammad Alil, dessen Sohn im Oktober 2000 bei einer der ersten Demonstrationen der Intifada gefallen ist, berichtet von Gefechten beim Vorort Beit Iba. Augenzeugen berichten ebenfalls über Kämpfe beim südlichen Flücht-

lingslager Balata, wo sich die Verteidiger verschanzt haben. Die israelische Armee setzt Kampf-hubschrauber, Raketenwerfer und Panzer ein. Angaben über die Anzahl der Toten bzw. Verletzten sind nicht zu erhalten. Bei den Eingängen des Lagers sollen laut Augenzeugen fünf israelische Panzer verbrannt oder außer Gefecht gesetzt worden sein.

4. April 2002

Die von der israelischen Armee gesuchten Personen aus dem Flüchtlingslager Balata ziehen sich in die Altstadt zurück, um extralegalen Hinrichtung beim Fall des Lagers zu entkommen. Alle Lagerbewohner nehmen am Widerstand teil und alle Versuche der Besatzungsarmee, das Lager zu stürmen, scheitern in den ersten Tagen an der Hartnäckigkeit des Widerstands. Die Anzahl der in den vermuteten Straßen zerstörten israelischen Militärwagen steigt

auf acht. Laut Augenzeugen konnten die Verteidiger in Balata einen israelischen Hubschrauber treffen, der auf dem nördlichen Berg notlanden musste. Die israelischen Truppen kontrollieren die meisten Stadtteile, wobei sich die Verteidiger in der alten Stadt verschanzen. Die Palästinenser zählen acht Tote, während andere noch auf den Straßen liegen. Muaiad Jmeilel, Führer der Aqsa-Brigaden in der Altstadt, meldet sich telephonisch: "Acht unserer Kämpfer sind gefallen. Wir konnten sie nicht begraben und trugen sie zur Beik-Moschee, wo ein Feldspital errichtet wurde. Wir werden weiterkämpfen". (2) Die Dichte des Maschinengewehrfeuers macht die Evakuierung von Toten und Verletzten unmöglich. Viele Zivilisten, darunter ein zweijähriges Kind, liegen verletzt auf den Straßen und können von den Rettungsmannschaften nicht erreicht werden. "Die Israelis schießen auf alles, was sich bewegt", sagt ein Ambulanzfahrer. Die Besatzungsarmee kontrolliert alle öffentlichen Gebäude und hat die Universität umzingelt. Die Strom- und Wasserversorgung ist in der ganzen Stadt ausgefallen. (3)

5. April 2002

Das Gefecht um die Altstadt geht weiter. Vor dem Ausfall der Telefonleitungen konnten folgende Augenzeugenberichte an die Außenwelt weitergegeben werden: Nasser Awis, Führer der Aqsa-Brigaden, sprengte sich mit israelischen Soldaten in die Luft, die ein Haus stürmten, in dem er sich versteckt hielt. Muaiad Jmeil ist ebenfalls während eines Feuerwechsels mit israelischen Scharfschützen im Westteil der Yasmina durch eine Rakete getötet worden. Dazu seine Verlobte: "Er rief mich vor einer Stunde an und versprach mir: Ich werde nicht sterben, weil ich dich liebe" Medizinische Quellen geben den Tod von sieben Personen bekannt, von denen drei durch eine Hubschrauberrakete in Balata und vier bei den Gefechten in der Altstadt fielen. Einer von denen ist der 45-jährige Yasser Qani, der in seiner Wohnung von einem Schuss aus einem israelischen Maschinengewehr getroffen wurde. Israelische Militärquellen geben die schwere Verwundung eines Soldaten zu. Die Altstadt wird beliebig mit Raketen bombardiert, wobei israelische Soldaten die umliegenden Autos mit Brennstoff übergießen und verbrennen. Die Besatzungsarmee sprengt mehrere Gebäude in der Umgebung der Universität, stürmt das Haus des Bürgermeisters und verhaftet seine Söhne. Die Rettungswagen können die Verletzten nicht erreichen bzw. transportieren, was genaue Angaben über die Anzahl der Opfer weiter verunmöglichlicht. (4)

7. April 2002

Israelische Offiziere drücken ihr Erstaunen

über die Hartnäckigkeit des Widerstands in der Altstadt aus. Einer sagte der israelischen Zeitung Ma'ariv: "Es ist unfassbar. Kaum schaffen wir es, zehn Meter vorzurücken, da geht ein Sprengsatz in die Luft. Sie stellen uns alle mögliche Hindernisse in den Weg. Die Straßen explodierten unter unseren Füßen". Der israelische Generalstabchef schätzt die Gesamtzahl der toten Palästinenser in den letzten Tagen auf zweihundert, davon dreißig in Nablus. Die Palästinenser können wegen der Unmöglichkeit der Evakuierung keine Angaben machen. In den Vierteln Qasba und Yasmina, dem Herzen der Altstadt, kann die Besatzungsarmee nur langsam vorrücken. Die Einwohner der Altstadt begraben die Toten in Massengräbern in den Moscheen, wo provisorischen Kliniken errichtet wurden. Dazu der Gouverneur: "In einem Garten haben wir dreizehn Tote begraben, die wir nicht zu den Friedhöfen transportieren konnten". In der Beik Moschee sind achtzehn begraben, während die Spitäler von acht Toten berichten, die wegen Mangels an Medikamenten nicht gerettet werden konnten. Israelische Scharfschützen besetzen die Dächer der Altstadt und machen für die Stadteinwohner die Bewegung unmöglich. Augenzeugen berichten über mehrere Personen, die beim Versuch, Tote und Verletzte zu evakuieren ums Leben kamen. Der 50-jährige Subhi Abu Hatab erzählte, wie sein Bruder vor dem Haus von den Scharfschützen getroffen wurde und vor seinen Augen starb. "Er lag nur einige Meter vor unserem Haus. Er verblutete vor unseren Augen, aber wir konnten ihm wegen der Dichte des Maschinenge-

wehrfeuers der Scharfschützen nicht retten. Sein Körper liegt seit Mittwoch dort". (5)

8. April 2002

Zum ersten Mal können Journalisten in die Stadt kommen. Es gibt Berichte über Zerstörungen und von den Panzern niedergewälzte Autowracks. Die Altstadt ist noch von Panzern und Militärfahrzeugen umgeben. Aus den Lautsprechern kommt die Durchsage: "An alle Einwohner: Wer Sicherheit haben will, soll sich mit erhobenen Händen zur Mädchenschule begeben. Wer eine Waffe hat, soll mit der Waffe und der Munition über dem Kopf hingehen". Die Zivilisten verlassen die Häuser. Keiner der Bewaffneten ergibt sich. Trotz des Verbotes drängen die Journalisten in die Altstadt und besuchen das Feldspital in der Beik-Moschee. Dort berichten die Krankenpfleger, wie ihre Klinik am zweiten Tag des Angriffes durch eine Rakete völlig zerstört wurde. Sie erzählen, wie die Soldaten in die Moschee eindringen und die Verletzten mit den Füßen treten und ihnen sagten: "Ihr werdet hier wie Tiere sterben". Es gelang den Krankenpflegern, vier Schwerverletzte unter dem Schutz der ausländischen Journalisten ins Rafidia-Spital zu transportieren.

9. April 2002

Die Bombardierung der Nacht war die heftigste seit Beginn der Invasion. Die Besatzungsarmee evakuierte unter der Drohung, die Häuser zu sprengen, Dutzende Familien aus der Altstadt. Danach wurden die Viertel mit F-16-Jets und Kampfhubschraubern bombardiert. Es waren keine Angaben über die Toten möglich.

10. April 2002

Das Flüchtlingslager Ein-Betelma im Nordwesten wird heftig bombardiert. Neben Balata und der Altstadt halten die Widerstandsenklaven durch. Das Yasmina-Viertel wird von der Luft aus angegriffen. Die Rettungsmannschaften melden, sie hätten in der Altstadt vierzehn Leichen aus den Trümmern geborgen, darunter die Leiche von Ribhi Haddad (64), Mitglied des Zentralkomitees der PFLP. Die Anzahl der gefundenen Toten steigt auf einundsechzig, wobei zu erwarten ist, dass sich noch etliche Leichen unter den Trümmern der Altstadt zu befinden.



11. April 2002

Vier Uhr morgens. Die Widerstandskämpfer, die in der letzten Gasse, die noch nicht gefallen ist, eingekesselt sind, ergeben sich, nachdem ihre Munition ausgegangen ist. Nach dem Fall der Altstadt startet die Besatzungsarmee eine Durchsuchungsaktion in allen anderen Stadtvierteln. Die Stadtbewohner, die noch unter strikter Ausgangsperre leben, müssen weiterhin um ihr und ihrer Angehörigen Leben fürchten, denn alle Männer zwischen vierzehn und fünfundvierzig Jahren werden gesucht. Wer sich nicht ergibt, wird bei der Durchsuchung der Häuser erschossen.

Die israelische Invasion der Städte des Westjordanlandes verfolgte nicht nur ein kurzfristiges militärisches Ziel, sondern auch, auf langfristiger bzw. mittelfristiger Ebene, ein politisches. Die Eliminierung eines Teils des politischen und militärischen Kaders dient, neben ihrem eigentlichen Zweck, der Demoralisierung und Einschüchterung der Zivilbevölkerung, wodurch ein "Realismus" entstehen soll, der es möglich machen würde, einem Teil der PNA (mit oder ohne Arafat) eine politische "Lösung" aufzuzwingen. Weitere Ziele waren die Eliminierung jener Teile der PNA, die eine Opposition gegen solch ein Diktat darstellen könnten, sowie die Wiedereinführung der Militärverwaltung im Westjordanland in den Städten, wo keine kollaborationsbereite Lokalverwaltung durchgesetzt werden kann. Ebenso wichtig war der israelischen Regierung die Isolierung des Gaza-Streifens, wo ähnliche Repressalien wie im Westjordanland aufgrund der höheren Bevölkerungsdichte und des besseren Niveaus von Organisation und Bewaffnung höhere Verluste für die israelischen Besatzungstruppen bedeuten würde, abgesehen von den hohen Kosten einer direkten Kontrolle über den Gaza-Streifen. Dort kann in den späteren Phasen ein palästinensischer Staat ausgerufen werden, der ohne das Westjordanland wirtschaftlich nicht überlebensfähig und völlig von Israel abhängig sein wird. Das Angebot Sharons an Arafat, in den Gaza-Streifen zu gehen, muss in diesem Kontext betrachtet werden. Das gilt auch für einen wesentlichen Teil der Gefangenen, die möglicherweise nach Gaza deportiert werden. Gaza wird so zu einem großen Gefängnis.

Bei den Angriffen der Besatzungsarmee im Westjordanland handelte es sich um einen Krieg zwischen einer hochentwickelten regulären Armee, die mit den

modernsten Waffen ausgerüstet ist und Tausende Soldaten im Gefecht einsetzte, und einigen Hunderten palästinensischen Kämpfern, die großteils nur über leichte Waffen und lokal fabrizierte Sprengsätze verfügten. Jedoch würde eine rein militärische Analyse der Ereignisse zu kurz greifen. Die Besatzungsarmee konnte den Widerstand erst durch den Einsatz der Luftwaffe und gepanzerter Bulldozer brechen, nachdem die Häuser samt ihren Einwohnern dem Erdboden gleichgemacht worden waren. Es wird berichtet, dass in Jenin und Nablus Zivilisten als Schutzschilder benützt wurden bzw. gezwungen wurden, in vermutlich verminten Orten vorauszugehen. (6) Die israelischen Soldaten schossen von bewohnten Häusern aus, was zu zusätzlichen zivilen Toten führte. Es hat sich auch gezeigt, dass der Widerstand von den Aktivisten der Organisationen geführt und geleistet wurde und nicht seitens der PNA, die erst zum Widerstand aufrief, als Arafat gedemütigt und in seinem Büro eingesperrt wurde. Bis dahin hoffte die PNA auf einen politischen Ausgang und versuchte, der Konfrontation auszuweichen. Dies erklärt den schnellen Fall von Ramallah, das als provisorische Hauptstadt der PNA gilt und wo die PNA am stärksten ist, sowie den relativ schwachen Widerstand in den meisten Städten. Jibril Rajub, Chef des größten Sicherheitsapparats im Westjordanland, verhandelte von seinem Haus aus über die Aufgabe seines umzingelten Hauptquartiers. Seine Männer ergaben sich und mit ihnen ein Duzend verhaftete Hamas-Mitglieder, die im Quartier eingesperrt waren.

Auch in Nablus lag der Widerstand im Vergleich zu den Flüchtlingslagern unter den Erwartungen, da dieser erst einige Tage vor der Invasion organisiert worden war. Augenzeugen berichten über die fatale Infiltrierung von Kollaborateuren, die zahlreiche Sprengsätze deaktiviert bzw. deren Positionen angezeigt haben sollen. Es wurden auch einige Aktivisten mit Pistolen hinterrücks erschossen bzw. in Hinterhalte gelockt. Obwohl die Stadt für Straßenkämpfe geeigneter ist als das Lager, konnten die Flüchtlingslager Jenin und Balata länger standhalten. Denn in den Flüchtlingslagern, wo die Einwohner schon vor der Intifada bewaffnet und organisiert waren, konnte die Armee gar nicht oder nicht ohne Mühe und relativ große Verluste die Oberhand gewinnen. Da die Lagereinwohner einander zumeist kennen, war die Infiltrierung durch Kolla-

borateure weit seltener als in den Städten. In Balata nahmen fast alle Lagerbewohner am Widerstand teil. Der Widerstand der Palästinenser zeichnete sich durch Körperinsatz und den Entschluss, bis zum Tode zu kämpfen aus. Die meisten, die sich ergaben, taten es, nachdem ihre Munition ausgegangen war.

Die israelische Armee verheimlichte, wie gewöhnlich, ihre wahren Verluste und sprach von dreiundzwanzig toten Soldaten in Jenin und einem in Nablus. (7) Augenzeugen berichten jedoch von einer weitaus größeren Zahl. Auf der palästinensischen Seite ist neben den großen Verlusten an Zivilisten (es liegen noch keine genaue Angaben vor) ein wesentlicher Teil des politischen Kaders physisch eliminiert bzw. gefangen genommen worden. Der andere Teil ist untertaucht und es gibt Anzeichen dafür, dass er sich reorganisiert hat und bereit ist, die Widerstandsaktionen wieder aufzunehmen. In Jenin selbst konnten nach Abzug der Besatzungsarmee einige Aktivisten aus den Trümmern lebendig geborgen werden. Da keine genauen Angaben über die Verluste vorhanden sind, ist es heute schwierig, den Zeitraum abzuschätzen, den die Bewegung benötigen wird, um aus der Defensive herauszukommen und ihre Aktionen im bisherigen Rhythmus wiederaufzunehmen. Davon hängt die Frage ab, ob die Invasion Sharons kurz- oder mittelfristig ihren Zweck erfüllt haben wird.

Demoralisierend wirken weniger die Massaker als die Entscheidung Arafats, den PFLP-Vorsitzenden und die vier Aktivisten, die für die Hinrichtung des rechtsextremen israelischen Tourismusministers Rechavam Ze'evi verantwortlich gemacht werden, vor Gericht zu stellen und unter Überwachung von Agenten der englischen und amerikanischen Sicherheitsdienste ins Gefängnis von Jericho zu schicken. Die kurzfristige Niederlage der Intifada ist nur durch das Vorhandensein eines palästinensischen Partners möglich. Das Volk hat aber sein letztes Wort noch nicht gesprochen.

*Ali Nasser
(palästinensischer Aktivist in Wien)*

- (1) Al-Quds al-'Arabi; 4. April 2002
- (2) Mohammad Daraghme; 20. April 2002; www.amin.org
- (3) Al-Quds al-'Arabi; 5. April 2002
- (4) Al-Quds al-'Arabi; 6. April 2002
- (5) Al-Quds al-'Arabi; 8. April 2002
- (6) Amira Hass; Ha'aretz; 20. April 2002
- (7) Ze'ev Schiff; Ha'aretz; 10. April 2002

Leila Khaled im Gespräch

Das folgende Interview mit Leila Khaled wurde im Februar dieses Jahres aufgezeichnet. Auch wenn die tragischen Ereignisse der israelischen Frühlingsoffensive nicht berücksichtigt werden konnten, so sind die behandelten Fragen doch von Bedeutung für alle jene, die den Konflikt im Nahen Osten und den palästinensischen Befreiungskampf mit Interesse verfolgen.

Leila Khaled ist Mitglied des Zentralkomitees der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas). Seit sie Ende der 60er Jahre für ihre Organisation zwei Flugzeugentführungen durchgeführt hat, ist ihr Name zu einem Symbol für den palästinensischen Befreiungskampf geworden. Heute lebt Leila Khaled in Amman.

Frau Khaled, wie schätzen Sie die aktuelle Situation ein, in der die israelischen Repressionsmaßnahmen aber auch die Widerstandsoperationen eskalieren? Will Sharon der Autonomiebehörde ein Ende setzen, oder handelt es sich nur um blinde Vergeltungsschläge?

Das letzte Massaker, das von der israelischen Besatzungsarmee verübt wurde, war eine Reaktion auf die kontinuierlichen Aktionen des palästinensischen Widerstands. Wenn es nur nach Sharon ginge, würde er die Autonomiebehörde stürzen. Aber es hängt nicht nur von Sharon ab. Einerseits lehnten es die Amerikaner ab, die Beziehungen zu Arafat abzubauen, andererseits fordert die israelische Gesellschaft eine Lösung. Deshalb steigert Sharon den Druck auf Arafat, damit dieser den Widerstand beendet. Die Politik Sharons besteht nur aus Mord und Zerstörung, um eine "politische Lösung" zu diktieren, die aus einem palästinensischen Staat auf 42% des Westjordanlands besteht, was weitaus weniger wäre, als es die Oslo-Abkommen vorsehen. Sharon selbst war und ist gegen Oslo.

Heißt das, dass Sharon nicht aus der Geschichte der dreißigjährigen Besatzung gelernt hat?

Rechtsextreme Personen von Sharons Kaliber sind nicht fähig, von der Geschichte zu lernen. Die verlassen sich auf Macht und Gewalt. Sharon will die Veränderungen auf internationaler Ebene nach dem 11. September ausnützen und seine Politik im Windschatten jener Strömungen betreiben, die den vermeintlichen "Terror" nur mit militärischen Mitteln bekämpfen wollen.

Wie betrachten Sie das Selbstmordattentat von Wafa' Idris, für das die Fatah Verantwortung übernahm, und die darauffolgende Kamikaze-Operation der PFLP? Drückt sich darin eine qualitative Wende in den Widerstandsoperationen oder eher eine Konkurrenzsituation zwischen

den verschiedenen Widerstandsorganisationen aus?

Die Verwendung verschiedener Mittel im Kampf gegen den Feind kann nicht als Konkurrenz der Organisationen betrachtet werden. Die Operation der PFLP war gegen eine israelische Siedlung im besetzten Westjordanland gerichtet und hatte zwei Ziele: Erstens die israelische Sicherheitsstrategien zu durchbrechen und zweitens den Siedlern das Sicherheitsgefühl zu rauben. Die meisten Siedler wohnen dort aus materiellen Interessen und müssen daher daran erinnert werden, dass sie auf besetztem Land leben und dass sie sich dort nie sicher fühlen werden. Die Selbstmordattentate sind nur eines vieler Kampfmittel, genau wie es die Steine einst waren. Die Besatzung, die Demütigungen und die Ungerechtigkeit verringern den Unterschied zwischen Leben und Tod. Hier findet der Mensch in einem Tod, der dem Feind Verluste zufügt, ein Leben für die anderen. Es geht nicht um Selbstmord aus Todeswillen. Zuvor wurden die Einzelaktionen mit Messern durchgeführt, von Menschen, die keinen Sinn in einem Leben unter der Besatzung gefunden hatten. Eine Journalistin des "Observer" schrieb einmal: "Die Demütigungen, der die Palästinenser in Gaza ausgesetzt werden, sind ohne Gleichen und erklären und legitimieren alles, was die Palästinenser tun". Das ist kein Selbstmord aus Hoffnungslosigkeit, sondern eine Form des Widerstands gegen die alltäglichen Demütigungen unter der Besatzung.

Arafat wird noch immer in seinem Sitz in Ramallah gefangen gehalten und die palästinensische Führung schwankt weiterhin zwischen den amerikanischen und israelischen Forderungen, die Widerstandskämpfer zu verhaften und die Kampforganisationen aufzulösen einerseits, und



dem Druck der palästinensischen Öffentlichkeit, den Widerstand fortzusetzen andererseits. Wie betrachten Sie in der PFLP mittel- und langfristig die Beziehungen zur Behörde Arafats?

Zu Beginn der Intifada schloss sich die Behörde den Massen nicht an und sie hat es bis heute nicht getan. Dies kommt davon, dass sie vom Anfang an den Verhandlungsweg gewählt und einen Konflikt ausgeschlossen hat. Als die Intifada ausbrach, konnte sich die Behörde nicht offen dagegen stellen. So wollten sie die Intifada als ein Druckmittel für den Verhandlungstisch benutzen. Sie warfen ein Auge auf die Intifada und das andere auf den Verhandlungstisch. Die jetzige Führung sieht die Lösung in amerikanischer Hand, jedoch sind die amerikanischen Interessen grundsätzlich mit den israelischen verbunden. Mit der Intifada drückte das Volk seine Meinung aus und wählte offen den Widerstand. Unsere Beziehung zur PNA gründet sich auf die Einheit im Kampf, eine Allianz für die Sache. Natürlich durchlebt die PNA eine Krise im Schatten des Widerstands. Arafat beugt sich dem Druck und führt die Verhaftungen durch. Die Verhaftung des PFLP-Vorsitzenden Ahmad Sa'adat ist eine neue und gefährliche Entwicklung. Für die PNA ist es die "Zufriedenstellung" der Israelis und ihrer Forderung, dem "Terror" Einhalt zu gebieten, nachdem der Amerikaner Zinni der PNA unter dem Motto "Terrorbekämpfung" eine Liste von 33 zu verhaftenden Personen überreichte. Das Exekutivkomitee der PLO

wurde einberufen, um die Freilassung von Sa'adat zu fordern, aber der Beschluss wurde blockiert. Die Behörde betrachtet die Intifada nur als ein Werkzeug, um Fortschritte bei den Verhandlungen zu erzielen. Arafat kann ein Auge zudrücken, wenn als Antwort auf die israelischen Schläge Widerstandsaktionen durchgeführt werden, aber die PNA hat kein Widerstandsprogramm. Das sehen wir an den Sicherheitskoordinationstreffen, die während der Kämpfe stattfinden und die Moral der Kämpfenden schwächen.

Seben Sie die Behörde denn nicht als ein Hindernis für die Kontinuität und die Entwicklung der Konfrontation?

Ja, es gibt einen Widerspruch mit der PNA, der ist jedoch sekundär. Der Hauptwiderspruch ist und bleibt die Besatzung und diese kann nicht bloß auf dem Verhandlungstisch gelöst werden. Der sekundäre Widerspruch mit der PNA liegt in der politischen Linie und im Verhältnis zu den Massen. Leider konnte die Opposition bisher kein gemeinsames Programm gegenüber der PNA entwerfen, was die Effektivität der Opposition einschränkt.

Hängt die Suspendierung der Mitgliedschaft der PFLP im PLO-Zentralkomitee nur mit der Forderung nach der Freilassung von Sa'adat oder mit tieferen Reformforderungen zusammen, etwa bezüglich der allgemeinen politischen Linie sowie der Reaktivierung der PLO-Institutionen?

Die Suspendierung unserer Mitgliedschaft in dieser Phase kam als eine Reaktion auf die Verhaftung von Sa'adat. Jedoch haben wir unsere Forderungen nach Reformen in der PLO in keiner Phase eingestellt. Wir forderten schon vor der Intifada eine Neuordnung des palästinensischen Lagers und einen nationalen Dialog, der alle Organisationen, Hamas und Dschihad inklusive, einschließt. Dieser Dialog wurde von Arafat in ein Rhetorikfestival umgewandelt und endete ohne Ergebnisse. Außerdem wurde die Forderung nach der Bildung von Intifada-Volkskomitees von der Behörde ignoriert, genau wie die Forderung nach präsidentiellen, legislativen bzw. kommunalen Wahlen.

Hat diese Zweitrangigkeit des Widerspruchs mit der PNA nicht Ähnlichkeiten mit der Zweitrangigkeit des Kampfes gegen die arabischen Regimes, was letztendlich zur Eliminierung der palästinensischen Revolution in Jordanien und im Libanon geführt hat?

Erstens gibt es einen wesentlichen Unterschied zwischen der Besatzung

und einem Regime, das seine eigenen Bürger unterdrückt. Die Konfrontation mit den arabischen Regimes ist primär die Aufgabe der arabischen Bürger. Wir haben uns damals verteidigt, als wir angegriffen wurden. Natürlich machte die palästinensische Widerstandsbewegung wesentliche Fehler in Jordanien und im Libanon, besonders was ihre Beziehungen zur lokalen Opposition betrifft, die verdrängt oder absorbiert wurde. Jedoch gibt es keine Ähnlichkeit zwischen der Besatzung und den arabischen Regimes, denn die Besatzung ist das Schlimmste, was einem Volk passieren kann, und gegen diese Besatzung gibt es Momente von Allianz und von Konfrontation mit den Regimes. Die Kampfmethoden gegen die Besatzung (etwa der bewaffnete Kampf) unterscheiden sich von jenen gegen das Regime (Demonstrationen, Streiks).

Unmittelbar nach der Verhaftung von Sa'adat wurden Drohungen von PFLP-Kräften gegen gewisse Personen der PNA ausgesprochen, die später vom Stellvertreter Sa'adats (Malluh) verneint wurden.

Als Sa'adat verhaftet wurde, stieg die Wut in der PFLP und in der palästinensischen Öffentlichkeit. Diese Aussagen kamen aber nicht aus dem Politischen Büro und entsprechen daher nicht den Positionen der PFLP. Es ist unmöglich, die Gebäude der palästinensischen Sicherheitskräfte anzugreifen, während der Feind die palästinensische Infrastruktur systematisch zerstört. Es wäre ein großer Fehler, dieses Problem mit Gewalt lösen zu wollen, weil uns das in einen Bürgerkrieg verwickeln würde, der nur der Besatzung nützen würde. Die Antwort auf die Verhaftung von Sa'adat wird sich gegen die Besatzung richten.

Was ist die Linie der PFLP, für den Fall, dass die palästinensische Führung den jetzigen Kurs beibehält? Gibt es ein Alternativprogramm? Gibt es einen Dialog mit den anderen Oppositionskräften, um eine Allianz der Basis des gemeinsamen Kampfes zu bilden und die PNA zu überwinden?

Mit dem Beginn der Intifada wurde die "Nationale und Islamische Führung" gebildet, um die Operationen der Intifada zu koordinieren. Diese Führung hat es aber bisher nicht erreicht, die politischen Entscheidungen zu beeinflussen. Es wurden mehrere Kongresse abgehalten, aber kein gemeinsames Programm der verbündeten Kräfte gestaltet. Die Kräfte riefen zur Bildung von Volkskomitees des Widerstands und zur Bewaffnung



Sadeq Abdulabafez führte im Februar eine Kamikaze-Operation in der Siedlung Karnei im Westjordanland durch

der Massen auf, weil das ganze Volk im Kampf steht, jedoch reagierte die PNA nicht darauf. Es ist aber notwendig, eine Art Volkswiderstand zu organisieren. Es ist nicht akzeptabel, dass die Besatzungstruppen in die palästinensischen Städte und Dörfer einmarschieren, töten, verhaften und mit minimalen Verlusten abziehen können. Natürlich bewaffnen die Organisationen ihre Mitglieder, aber das ist nicht ausreichend. Wir müssen das Volk bewaffnen, genau wie die Siedler ihre bewaffnete Miliz haben. Auf der anderen Seite gibt es in der PNA noch Strömungen, die für das Einstellen des bewaffneten Kampfes eintreten, um Sharon keinen Vorwand für seine Aggression zu geben, als ob Sharon einen Vorwand bräuchte!

Wie ist heute das Verhältnis der PFLP zu den anderen Oppositionskräften?

Wir koordinieren uns aufgrund historischer Erfahrungen vor allem mit der DFLP. Wir haben ein Koordinationsniveau erreicht, wie kein anderes Programm. Auch politisch gibt es eine Annäherung der Linien. Als die Feldführung gebildet wurde, gab es eine Abmachung zwischen allen Kampforganisationen, dass nur Besatzungssoldaten und Siedler angegriffen werden sollten. Jedoch führten andere Organisationen Operationen im 48-er Gebiet durch, was wir in dieser Phase ablehnen, weil das die Weltöffentlichkeit nicht verstehen würde. Die Hizbullah z.B. konzentrierte sich auf Militärziele und griff Zivilisten nur in

speziellen Fällen an. Dies wurde durch die Balance der Abschreckung erreicht, deren Resultat das April-Abkommen war. Katjuscha-Raketen wurden nur dann gegen die Siedlungen im Norden des israelischen Territoriums benützt, wenn die Israelis das Aprilabkommen verletzen und Zivilisten angriffen. Ich glaube, die Palästinenser können so eine Balance der Abschreckung erreichen, indem die in ähnlicher Weise die Siedlungen zu Angriffsziele wählen und so Angst unter den Siedlern verbreiten, sodass diese die Siedlungen verlassen und flüchten. Man kann in weiteren Phasen im "israelischen" Hinterland angreifen, aber nur nach Einigung aller Organisationen.

Die PFLP musste in den letzten Monaten durch den Mord an Abu Ali Mustafa und die Verhaftung seines Nachfolgers Sa'adat zwei schwere Schläge hinnehmen. Welche politischen und militärischen Auswirkungen hatte das auf die Organisation?

In Abu Ali haben wir einen Menschen vollkommen und unwiederbringlich verloren, während der Verlust von Sa'adat als vorübergehend betrachtet wird. Das Zentralkomitee ist noch da und leistet seine Arbeit, was ebenfalls für die Organisation und die Institutionen der PFLP gilt. Natürlich hat die Abwesenheit des Vorsitzenden gewisse Auswirkungen, die aber den militärischen Flügel nicht beeinträchtigen.

Wie erklären Sie das trotz der israelischen Eskalation andauernde Schweigen der arabischen Öffentlichkeit? Haben die fortschrittlichen arabischen Kräfte dabei versagt, eine dauerhafte Solidaritätsbewegung zu organisieren? Ist es noch möglich dieses Versäumnis nachzuholen?

Zweifellos ist der Hauptgrund für die schwache Unterstützung von Seiten der arabischen Massen für die Intifada in der starken Repression durch die Regierungen zu suchen. Am Anfang versuchten die Regime, die Solidaritätsbewegung zu absorbieren, indem sie die Intifada scheinbar unterstützten, jedoch wurden sie nach dem 11. September gegenüber dem Widerstand konservativer. Der Druck hat zugenommen und dazu geführt, dass Hamas und Jihad als terroristische Gruppen deklariert, die politischen Freiheiten weiter eingeschränkt und die Solidaritätsveranstaltungen mit der Intifada verboten wurden. Auf der anderen Seite wurden mehrere Solidaritätskongresse abgehalten, an denen bekannte nationale Persönlichkeiten teilnahmen, was zeigt, dass wir noch da sind. Bisher

liegt das Niveau der Massensolidarität unter dem Erforderlichen, was auf die allgemeine Schwäche der Organisationen zurückzuführen ist. Für die arabischen Regimes besteht der Sieg nur darin, dass sie an der Macht bleiben, daher ist es zu erwarten, dass sie die Massenbewegung unterdrücken. Die Intifada hingegen ist ein Aufruf an die Massen, die arabischen Straße zurückzugewinnen. Es ist Aufgabe aller progressiven Kräfte, ihre Methoden weiterzuentwickeln und sich wieder in den Massen zu verankern.

Trägt aber nicht einen Teil der Verantwortung die palästinensische Bewegung, die auf einen nationalen Anspruch immer mehr verzichtet und sich stattdessen auf den lokalen Anspruch beschränkt?

Unser Anspruch besagt immer noch, dass die Palästina-Frage die Sache aller Araber ist. Dass die Palästinenser an der Spitze stehen, heißt nicht, dass die arabische Umgebung keine Aufgaben hätte. Wir waren gegen Oslo, weil es den Konflikt in einen palästinensisch-israelischen Konflikt umgewandelt hat. Wir bestehen darauf, dass unsere Bewegung ein Teil der arabischen Befreiungsbewegung ist. Auch bei Verhandlungen sollten wir als eine vereinigte arabische Delegation gehen, damit die Verhandlungsprozesse nicht getrennt werden, weil die Palästinenser ohne die arabische Dimension keine Lösung erreichen können. Unsere politischen Ansprüche richten sich an die arabische Öffentlichkeit, auch wenn wir die arabischen Gipfeltreffen dazu auffordern, bessere politische Beschlüsse zu verabschieden. Aber meistens sind die Resolutionen der arabischen Gipfeltreffen den Herausforderungen dieser Zeit nicht gewachsen.

International ist auch die Palästina-Solidaritätsbewegung, verglichen mit früheren Phasen, zurückgegangen. Welche Rolle spielt hier das Fehlen einer zentralen und einbeitlichen Positionierung der palästinensischen Bewegung, die zwischen der Forderung nach einem demokratischen und sekulären Staat, der Zwei-Staaten-Lösung und dem bedingungslosen Frieden von Oslo schwankt? Hat das nicht einen negativen Einfluss auf die Solidaritätsbewegung, die nicht radikaler sein kann als die Palästinenser selbst?

Es gibt ein von der PLO festgelegtes Programm, nämlich das Recht auf Rückkehr, auf Selbstbestimmung und auf einen Staat. Dies ist durch die UNO-Resolutionen festgelegt und international vertretbar. Wir müssen an diesen Forderungen festhalten, bis sie erfüllt werden.

Erst dann widmen wir uns der strategischen Forderung nach einem demokratischen Staat in ganz Palästina. Dafür müssen wir gemeinsam gehen und die nationale Einheit, basierend auf diesem Programm, bewahren. Das Abkommen von Oslo war ein Verrat am nationale Programm und hier liegt das Problem. Wenn sich die palästinensische Führung nicht an das Programm hält, dann können wir das nicht von den solidarischen Europäern fordern. Es gibt natürlich andere Faktoren, wie den Zerfall der Sowjetunion. Auch die USA nach dem 11. September sind nicht dieselbe USA wie zuvor. Die jetzige amerikanische Verwaltung spricht von einem palästinensischen Staat, sagt aber nicht in welchen Grenzen und unter welchen Bedingungen. Das nationale Programm muss von allen Kräften einstimmig unterstützt werden und keine darf davon abweichen. Erst dann können wir ausreichende arabische und internationale Unterstützung erlangen. Neben der Abweichung der Führung ist auch der Verfall der westlichen Linke zu teils opportunistischen und teils in der Vergangenheit lebenden Kräften zu beobachten. Dazu kommt das Auftauchen der Neonazis und des Neorassismus. Es gibt aber auch einige Lichtblicke, denn wir haben gesehen, wie die NGOs in Durban eine ehrenhafte Rolle spielten, indem sie den Zionismus als Rassismus verurteilten. Die Antiglobalisierungsbewegung ist nicht ganz von ihren Wurzeln getrennt. Leider wurde heute der Internationalismus durch die Antiglobalisierungsbewegung ersetzt, jedoch besteht der Inhalt noch teilweise weiter, der sich gegen die Ungerechtigkeit richtet. Wir sind auch von der Globalisierung bzw. den Imperialismus betroffen und haben uns von der internationalen Bewegung nicht isoliert. Wir haben auch NGOs, die sich mit dem Thema Umwelt und den Schäden der israelischen Besatzungspolitik an der palästinensischen Umwelt beschäftigen.

Wie steht es mit der PFLP in der palästinensischen Diaspora? Hat der Umzug des Kaders nach Palästina die Arbeit der PFLP in den Lagern in Syrien und im Libanon nicht beeinträchtigt?

Seit dem Abzug aus Beirut 1982 beschloss die PFLP, den Schwerpunkt des bewaffneten Kampfes in das palästinensische Inland zu verschieben. Das fing bei der ersten Intifada an, dann kam Oslo und die PNA und wir beschlossen nach dem sechsten Kongress der PFLP,

auch die politische Führung ins Inland zu verlegen, weil der Schwerpunkt der militärischen aber auch der politischen Arbeit nun im Inland ist. Die Rolle der Exilpalästinenser nahm in dieser Phase ab, jedoch ist die PFLP auch dort anwesend. Dort ist der Kader vielleicht weniger erfahren, jedoch fähig, weiter zu existieren und sich zu entwickeln.

Leila Khaled ist ein Symbol für eine wichtige Phase der palästinensischen Befreiungsbewegung, nämlich die Phase der Flugzeugentführungen, genannt "die Außenoperationen". Diese Operationen zogen einerseits die internationale Aufmerksamkeit auf die Palästinenser, andererseits wird behauptet, dass durch sie die Palästina-Frage mit Terror assoziiert wurde. Wie schätzen Sie diese Phase ein?

Diese Operationen hatten zwei taktische Ziele: Erstens wollten wir, dass die Leute eine längst verdrängte Frage wahrnehmen: "Wer sind die Palästinenser?" Zweitens wollten wir unsere Gefangenen befreien.

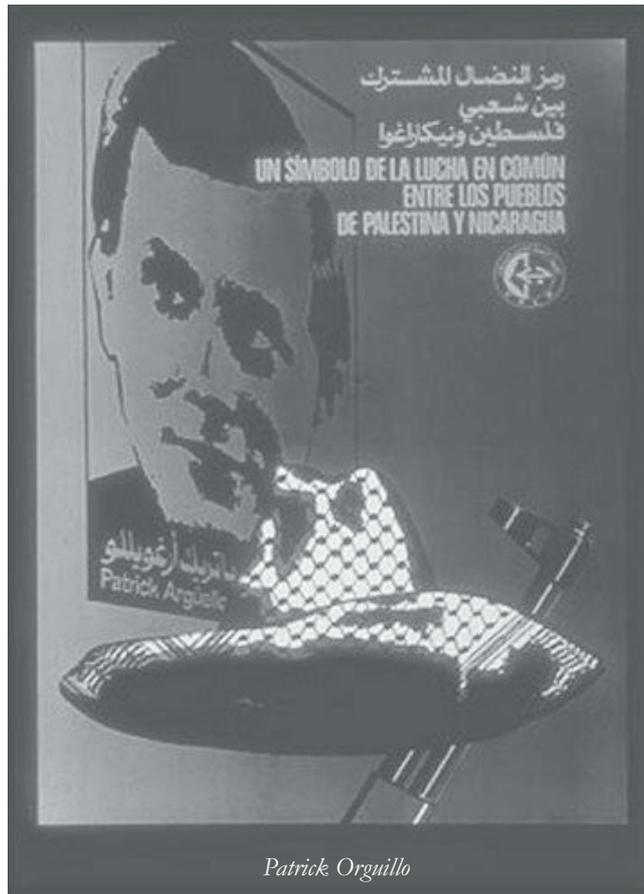
Unsere Leute lebten 19 Jahre in miserablen Umständen in den Lagern. Ich kann mich daran erinnern, wie die Zelte über unseren Köpfe vom Wind weggefegt wurden. Keiner auf der Welt hat sich für uns interessiert. Nachdem alle andere Mittel versagt hatten, wendeten wir dieses noch nie angewendete Mittel an. Wir wollten damit, dass unsere Existenz einmal wahrgenommen wird und dass die Welt von unserem Holocaust weiß. Auch wenn sie uns am Anfang "Terroristen" nannten, nahmen sie zumindest unsere Existenz wahr und das ermöglichte dann, weitere Fragen zu stellen. Die Welt hört nur auf Schläge.

Ein weiterer Aspekt waren unsere Gefangenen in Palästina. Im Jahr 1969 gab es mehr als 600 Frauen in den israelischen Gefängnissen, deren Schreie niemand hören wollte. Das erzählten wir damals der Presse und konnten dadurch weitere Fragen stellen. Das war auch eine moralische Unterstützung für unsere Gefangenen, um ihnen das Gefühl zu geben, dass ihre Genossen draußen sie nicht vergessen haben. Daran haben wir Erfolg gehabt.

Eure Operationen hatten eine internationalistische Dimension. So kam bei der Entführung des El-Al-Flugzeugs ein nikaraguanischer Genosse ums Leben kam. War er ein Mitglied der PFLP

oder gab es eine Zusammenarbeit mit den internationalen Befreiungsbewegungen?

Genosse Patrick Orguillo war kein Mitglied der PFLP, sondern der sandinistischen Bewegung in Nicaragua, mit der die Operation koordiniert worden war. Für die Befreiungsbewegungen war es klar, dass Israel ein Teil des Imperialismus ist. Viele fortschrittliche Kämpfer aus Asien, Afrika und Lateinamerika



Patrick Orguillo

schlossen sich auch der palästinensischen Befreiungsbewegung an.

Wo war Leila Khaled in den folgenden Phasen und wo steht Leila Khaled heute?

Das Problem ist, dass mich die Leute nur durch die Flugzeugoperationen kennen. Mein Job ist nicht bloß Flugzeugentführen. Ich bin ein Mitglied der PFLP und führte dementsprechend meine Aufgaben in allen weiteren Phasen durch. Im Libanon waren wir alle auf den Barrikaden. Ich war von 1974 und 1981 Vorsitzende der Generalunion palästinensischer Frauen. Heute bin ich Mitglied des Zentralkomitees der PFLP.

Wie erklären Sie das Fehlen bzw. die Schwäche der palästinensischen Frauenorganisationen im In- und Ausland nach dem Abkommen von Oslo? War das ein Teil der allgemeinen Schwäche oder ein Resultat früherer Fiaskos?

Es ist ein Fehler, die Rolle der Frauen

bei der ersten Intifada mit jener heute zu vergleichen. Die erste Intifada war ein Volksaufstand, bei dem verschiedene Mittel im Kampf gegen die Besatzung angewendet wurden, die in der Stadt und im Dorf anwesend war. Heute stehen die Besatzungstruppen vor den Städten, was dem Kampf einen militärischen Charakter verleiht. Die Rolle der Frau ist auch dabei nicht verschwunden, steht aber weniger im Rampenlicht als bei der ersten Intifada.

Die Situation nach Oslo war eine Art Niederlage. Niederlagen schlagen sich immer besonders auf die Situation der Frauen nieder, die nach Hause gehen und in ihre traditionelle Rolle zurückgedrängt werden. Auf der anderen Seite hatte die konservative PNA kein Programm, das die Frauen und ihre Rolle vorwärts gebracht hätte. Jedenfalls reichen sieben Jahre nicht aus, eine funktionierende Behörde zu schaffen, geschweige denn, wenn der Behörde die Hände vom Oslo-Abkommen gebunden sind. Die Verfallphase, welche die palästinensische Frauenunion nach Oslo erlitt, und die wirtschaftlichen Faktoren, wie die Arbeitslosigkeit und das Fehlen einer wahren Entwicklung, führten zu einer Schwächung der Frauenbewegung. Innerhalb eines Jahres der Intifada fingen die Frauen an, ihre Positionen wieder zu erobern und am Kampf teilzunehmen.

Unser Kampf ist lang und nimmt je nach Periode verschiedene Formen an. Wir haben viele schreckliche Phasen durchgemacht, die aber unseren Willen nicht schwächen konnten. In Amman und in Beirut kämpften wir. Nur bei der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens hatte ich ein Gefühl der Niederlage, weil die Unterzeichner unsere Leute waren. Jedoch bewies die Intifada, dass unser Kampf nicht durch eine Unterschrift zu beenden ist. Die kommenden Generationen müssen sich auf den Konflikt vorbereiten und aus unseren Versuchen und Fehlern lernen. Wir waren nicht die ersten und sind nicht die letzten. Nach uns werden andere kommen, die unseren Weg weitergehen werden.

*Das Gespräch führte Ali Hussein
Amman, Februar 2002*

“Nichts wird uns aufhalten!”

Interview mit Abu Mujahed, einem führenden Exponenten der “Märtyrer von al-Aqsa”

Ich treffe mich mit “Abu Mujahed” in einem Gebäude in Al-Bireh (Ramallah). Er trägt eine dunkelgrüne Uniform und eine traditionelle Kufiyeh, die seinen ganzen Kopf verhüllt und nur die Augen freilässt. Es wird von zwei Personen begleitet, die ihr Gesicht bedeckt halten. Sie haben schwarze Uniformen an und sind mit M-16-Schnellfeuerwaffen sowie Pistolen bewaffnet. “Abu Mujahed” ist nicht bewaffnet, er hält in Händen bloß ein Kommuniqué seiner Gruppe al-Aqsa-Märtyrerbrigaden. Diese Organisation ist verantwortlich für den Großteil der Angriffe, die die Palästinenser in den letzten zwei Monaten gegen die israelische Besatzung, die Soldaten und Siedler-Kolonisten geführt haben, aber auch für einige massive Angriffe in Israel selbst.

anderen Quellen Hunderten) kleinen Einheiten organisiert, die oft unabhängig voneinander und ohne Koordination mit anderen Kämpfern operieren. Das erschwerte es den israelischen Geheimdiensten, effizient gegen die Organisation vorzugehen. Die al-Aqsa-Brigaden haben in den letzten Monaten einen Großteil der bewaffneten Kämpfer der Tanzim, der Basis-Organisation von al-Fatah, an sich gezogen.

An aktiven Kämpfern dürfte es nicht mehr als 200 geben, die Organisation wird aber von Tausenden Jugendlichen unterstützt, die beitreten wollen.

Nicht immer herrschen gute Beziehungen zwischen den Märtyrerbrigaden der al-Aqsa und der seit ihrer Gründung von Yassir Arafat geführten Al-Fatah.

“Wir respektierten Abu Ammar (Arafat), den er ist der Vater unseres künftigen Landes, aber wir respektieren nicht die Männer, die um ihn herum sind”, betont Abu Mujahed. “Einige von ihnen sind nichts als Opportunisten, die früher mit den zionistischen Feinden ... gute Geschäfte gemacht haben, und heute wollen sie einen Waffenstillstand, wollen ein Ende des Kampfes. Da machen wir nicht mit. Der Kampf wird erst dann zu Ende gehen, wenn die Besatzer unser Land verlassen.”

Von Leuten der Fatah war uns berichtet worden, dass die Märtyrer in den letzten Wochen die Aufforderung der

“Abu Mujahed” ist der Kampfname unseres Gesprächspartners. Sein eigentlicher Name wird uns nicht mitgeteilt. Die Kämpfer der Märtyrerbrigaden von al-Aksa operieren unter strengsten Sicherheitsmaßnahmen. Sie geben ihre Identität in der Öffentlichkeit nicht preis, bei Treffen mit der in- oder ausländischen Presse treten sie stets mit verhülltem Gesicht auf.

“Es gibt dauernd (palästinensische, Anm. *manifesto*) Verräter, die bereit sind, uns an Israel zu verkaufen, wir wollen daher kein Risiko eingehen”, sagt uns Abu Mujahed leise. Er soll eine Art Sprecher des Bezirks Ramallah sein. Der einzige bekannte lokale Kommandant ist Mohammed Titi, der Verantwortliche für das Gebiet um Nablus. Er steht auf der Fahndungsliste der Israelis.

Erst jetzt ist einiges über diese Gruppe bekanntgeworden, über den bewaffneten Arm der Fatah, der weltweit für seine tödlichen Überfälle bekannt geworden ist.

Für Israel sind es “Terroristen”, in ihrem Eigenverständnis sind die Militanten dieser Organisation Kämpfer, die ihr Leben einsetzen wollen, die bereit sind zu sterben, mit dem Ziel, die Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens zu beenden.

“Wir tragen den Namen der Märtyrer, die am Haram al-Sharif (dem “Erhabenen Heiligtum”) in Jerusalem gefallen sind, der von Sharon entweiht wurde.”

Zu Beginn der Intifada, September 200, war es spürbar, dass die Kämpfer, die alle ganz jung waren, wenig Erfahrung im Umgang mit Schusswaffen und Sprengstoff hatten. Einige der Kommandanten sind zwischen 30 und 40 Jahre alt, ein Teil

von ihnen war früher bei den Schwarzen Panthern und den Falken der Fatah, zwei bewaffneten Organisationen der Ersten Intifada, die von 1987 bis 1993 dauerte.

“Unser Wissen und unsere Vertrautheit mit den Waffen haben im Laufe der Monate zugenommen, und heute sind wir in der Lage, dem Gegner Schläge zuzufügen. Viele von uns kennen Israel gut und sprechen hebräisch. Wir bereiten eine jede Aktion bis ins Detail vor. Unsere Jungs wissen stets, wie sie in jeder Situation reagieren müssen. Denn sie haben keine Angst und sind stets auf das Ärgste gefasst” berichtet uns Abu Mujahed. Über die Herkunft von Waffen und Sprengstoff will er uns lieber nichts sagen. “Wir haben verschiedene Kanäle, über die wir uns Waffen beschaffen, auch aus Israel” sagt er.

Die Märtyrerbrigaden von al-Aqsa haben keine zentrale Kommandostelle, sondern sind in Dutzenden (nach

I BORN IN AN OCCUPIED TERRITORY.
 I BORN PALESTINIAN!

I SAW MY PARENTS BEING HUMILIATED. MY HOME WAS DEMOLISHED BY BULLDOZERS.

I HAD FRIENDS AND RELATIVES KILLED. MY NEIGHBORHOOD WAS BOMBED BY TANKS AND PLANES.

I AM RESULT OF ISRAELI OPPRESSION.



LAURENCE 2002

Eine Chronik leerer Gräber

PNA-Führung, den bewaffneten Kampf innerhalb Israels einzustellen, ablehnten. Das bestätigt uns auch Abu Mujahed.

Und er stellt fest: "Unser Hauptziel sind die Besatzungskräfte, die Soldaten und Siedler", erklärt er, "aber angesichts der israelischen Angriffe gegen unsere Zivilbevölkerung, des Massakers an unseren Kindern, werden wir dazu übergehen, dem Feind Gleiches mit Gleichem zu vergelten."

Ein Frauenbataillon der al-Aqsa-Brigaden gebe es zwar nicht, berichtet uns deren "Sprecher", aber es ist daran gedacht, in Bälle weibliche Kampfkommandos aufzustellen.

"Das Beispiel der Märtyrerin Wafa' Idris (die am 27. Jänner in Westjerusalem bei einem Attentat starb, bei dem auch ein alter Israeli das Leben verlor, Anm. *manifesto*) hat viele Mädchen dazu bewogen, sich für den bewaffneten Kampf zu entscheiden und ihr Leben dafür einzusetzen. Der Befreiungskampf kennt keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen." Im vergangenen Monat haben ein 15-jähriges Mädchen und eine Studentin aus Balata (1) Selbstmordanschläge gegen eine militärische Absperrung in Tulkarem und in der Nähe von Modiin, das an der 'Grünen Linie' zwischen Israel und dem Westjordanland liegt, durchgeführt.

Von der islamischen Hamas aber werden Frauen weiterhin vom bewaffneten Kampf abgehalten.

Der Hamas-Sprecher für das Westjordanland, Hassan Yusef, hat zwar festgelegt, dass der Jihad Pflicht eines jeden Mannes und einer jeden Frau sei; Scheich Ahmed Yassin, der Gründer und geistige Führer der Hamas, forderte jedoch, die Frau müsse ihre herkömmliche Rolle als "Ehegattin und Mutter" beibehalten. Und er erklärte: "Wir haben eine genügende Anzahl männlicher Kämpfer, er ist daher nicht notwendig, dass auch Frauen eingesetzt werden."

Abu Mujahed sagt uns, dass er sich vor dem Tod nicht fürchtet: "Alle unsere Kämpfer wissen, womit sie rechnen müssen, und wir sind auch bereit zu sterben um des einen Ziels willen, nämlich die Israelis aus unserem Land zu verjagen. Und ihr könnt Gift darauf nehmen: Es wird niemandem gelingen, uns dabei aufzuhalten."

Michele Giorgio
manifesto, 9. März 2002
(Übersetzung: Ang und Obr)

(1) Das größte Flüchtlingslager im Westjordanland, an Nablus angrenzend, 20.000 Einwohner, Anm. d. Ü.

Es fällt schwer zu schreiben, wenn man weiß, dass Menschen, die ihre Liebesten verloren haben, diese Zeilen lesen könnten. Ihr Schmerz klingt mir in den Ohren.

Und doch finde ich es schwer zu schweigen. (...) Ich möchte die Geschichte von Ashraf erzählen. Dies soll weder eine Verurteilung noch eine Rechtfertigung sein, sondern ein Monolog über einen angekündigten Tod. Hier sind die baren Fakten, statistisches Material für die Zukunft oder – wie Ashraf es nannte: "Eine Chronik leerer Gräber".

Ashraf wurde 1979 in das Feuer der Besatzung hineingeboren. Er wollte Schauspieler werden. Wir trafen uns 1988 im Flüchtlingslager Jenin, als ich für das Theaterstück "The Children of Stone" (Kinder der Steine) arbeitete. Ashraf wollte auch ein Stück schreiben. Er war ein intelligentes, von den Hemmungen, die die Unterdrückung begleiten, freies Kind. Morgens warf er Steine auf die Soldaten und nachts lernte er die Zeilen des Stückes auswendig, welches wir in dem Lager produzierten. Zu der Zeit war er erst neun Jahre alt. Sein Bruder wurde eingesperrt, weil er an der damaligen Intifada teilgenommen hatte. Sein Mutter ließ uns unter ihrem Dach proben. Sein Vater hasste die Straßensperren. Seine kleine Schwester saß immer in der Ecke und beobachtete uns ängstlich.

Ashraf wurde festgenommen und von den Grenzsoldaten verprügelt. Noch Tage später trug er seinen verletzten Arm mit Stolz. Sein Vater wurde gefeuert. Sein jüdischer Arbeitgeber konnte seine Abwesenheiten nicht länger ertragen. Ashraf ging los, um Geld für seine Familie zu verdienen. Die Proben gingen ohne ihn weiter. Seine Freunde sagten, dass sie ihn manchmal nachts und in Eile vorbeigehen sahen.

1992 trafen wir uns wieder. Da war er erst 13. Er sprach fließend und mit Charisma. Ashraf wollte ein Shahid (Arabisch für 'Märtyrer') sein. Seine Freunde machten sich über ihn lustig. Seine Eltern hielten dies für die typische Rebellion eines Teenagers. Aber er machte weiter. Seine kleine Schwester, die aufgehört hatte zu sprechen, nachdem Soldaten in ihr Haus eingebrochen waren und ihren

Bruder festgenommen hatten, klammerte sich immer an seine Hose, um in seiner Nähe zu sein. Ihre Liebe hob seine Stimmung. Er nahm sie als Zeichen, dass er Recht hatte. Ashraf wollte sich im Namen aller rächen.

Die Leute um ihn herum waren von seinem eifernden Gerede und Geheimnistue amüsiert. Die Intifada hatte ihren Höhepunkt erreicht. Und dann passierte es. Sein Bruder wurde von einem Militärgericht zu acht Jahren Haft verurteilt. Ihr Haus wurde von der Armee in die Luft gejagt und total zerstört. Ashraf weinte. Ausländische Fernsehkameras zeichneten seine Tränen auf. "Ich will lieber auf den Füßen sterben, als auf den Knien leben," pflegte er zu sagen.

Es war ein schlechtes Zeichen. Ashraf starb nicht. Das Osloer Abkommen wurde von allen gefeiert. Er war angezogen wie ein Bräutigam. Ein Held der Nachbarschaft. Ein Gewinner. Seine Familie zog in das Haus seines Onkels.

Sowohl die Stadt Jenin wie auch das angrenzende Flüchtlingslager kamen zur Zone A. (also unter palästinensische Kontrolle, Anm. d. Ü.). Ashraf suchte nach Arbeit. Ich traf ihn bei einem meiner Besuche auf dem Markt in Jenin. Diesmal trug er eine Polizeiuniform und war stolz wie ein Pfau.

Ich verbarg mein Unbehagen nicht und erinnerte ihn daran, dass, wie das alte Sprichwort sagt, "Macht verdirbt". Ein paar Monate später sagte er mir am Telefon, dass er die Polizei verlassen habe, dass sich nichts geändert habe und dass er mit der "Verschwörung", wie er das Oslo-Abkommen jetzt nannte, nichts zu tun haben wolle. "Wir sind zu Subunternehmern Israels geworden", sagte er. "Das Land meines Großvaters wurde konfisziert, um die Siedlung oberhalb von Jenin zu erweitern ... und wir, die palästinensische Polizei, sollen die Siedler schützen ... jeder Meter eine Straßensperre ... ich arbeite in der Zone C, schleiche mich in Zone B und schlafe in Zone A. ... Wie eine Kuh, die nach der Weide in den Stall kommt." "Eine doppelte Besatzung", – das war gegen seinen Vater gerichtet, der in der Zwischenzeit auf dem örtlichen Markt Arbeit gefunden hatte.

Die Spannung in den [besetzten]

Die palästinensischen Gefangenen werden auf unmenschliche Weise gefoltert

B'tselem (das Israelische Zentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten) hat von "einer sicheren israelischen, offensichtlich militärischen Quelle", die anonym bleiben möchte, erfahren, dass die Palästinenser im Militärlager Ofer am Stadtrand von Betunia, einem Vorort von Ramallah, während der Verhöre gefoltert werden.

Der Sprecher von B'tselem, Lior Livne, erklärt dazu: "Im Augenblick verfügen wir noch über wenige Informationen, aber wir wissen, dass es sich bei diesen Folterungen keineswegs um isolierte Fälle handelt, wir wissen dass die Verhöre von extremer Härte sind und uns ist auch bekannt, dass in einigen Fällen den Verhafteten die Zehen zerquetscht wurden, um sie zu einem Geständnis zu zwingen oder zur Preisgabe von Informationen, nach denen die Sicherheitskräfte auf der Suche sind.

Wir versuchen, die genaue Anzahl der Verhafteten herauszufinden, die nach Ofer gebracht worden sind, aber das ist nicht einfach. Wir glauben, dass nicht einmal das israelische Heer selbst die genaue Anzahl der Palästinenser kennt, die sich in diesem Anhaltelager befinden."

Von Rechtsanwalt Yossi Wolson, Aktivist der Menschenrechtsvereinigung HaMoked, wurde einer der Anwälte des israelischen Heeres im Westjordanland kontaktiert, um eine Besucherlaubnis zu erhalten, aber ohne Erfolg.

Dabei erfuhr er, dass es eine militärische Order gibt, die den Gefangenen jede Kontaktaufnahme mit ihren Rechtsanwälten verbietet.

Livne erläutert: "Diese Order ist

gesetzeswidrig, denn sie darf sich nicht auf die Gefangenen in ihrer Gesamtheit erstrecken. In den militärischen Vorschriften ist festgelegt, dass eine solche Maßnahme nur im jeweiligen Einzelfall anzuwenden ist."

Nun haben B'tselem und ha-Moked (das Zentrum zur Verteidigung des Individuums), die Menschenrechtsvereinigung in Israel und die Ärzte für Menschenrechte an den Obersten Gerichtshof eine gemeinsame Petition gerichtet, in der sie eine Besucherlaubnis für das Lager in Ofer fordern, sowie die Erlaubnis, mit den Gefangenen sprechen zu können.



Arafat: Endlich frei?

Die genaue Anzahl der Gefangenen insgesamt ist nicht bekannt. Am 5. April 2002 gab ein Heeres-Sprecher die Zahl der bei der Operation Schutzschild Verhafteten mit 900 an. Die Schätzung palästinensischer Quellen liegt höher: mindestens 1.300 bis 1.400. Ein Teil von ihnen wurde in das Gefängnis Ketziot im Naqab (der Negev-Wüste) gebracht, das auch unter dem Namen Ansar-2 bekannt ist und in dem bereits während der ersten Intifada unzählige palästinensische Gefangene unter unmenschlichen Bedingungen und unter der Willkürformel der sogenannten "Verwaltungshaft" von der Außenwelt hermetisch abgeschirmt wurden. Dieses Ansar wird jetzt reaktiviert. Die israelische "Verwaltungshaft" ist eine reine Willkürereinrichtung: Auf bloße Anordnung der Sicherheitskräfte hin können Leute sechs Monate lang verhaftet werden, ohne dass Verhandlungen oder ein Prozess stattfinden.

Quelle: Michele Giorgio: Palestinesi torturati, *il manifesto*, 7. April 2002

Aug und Ohr, Gegeninformationsinitiative

Gebieten wuchs. Acht Jahre Oslo. Acht Jahre direkter und indirekter Besetzung. Die Territorien werden in Kantone eingeteilt. Die Straßensperren vervielfältigen sich. Die Zahl der Siedler verdoppelt sich. Land wird konfisziert. Umgehungsstraßen zerschneiden die Westbank. Von Norden nach Süden und von Westen nach Osten. "Wir werden betrogen", schrie Ashraf ins Telefon. Ich lud ihn ein, mich in Haifa zu besuchen. Er schaffte es nicht. Sharon ging auf den Tempelberg. In den [besetzten] Gebieten war Ausgangssperre. Ashraf ging in den Untergrund.

Auf dem Höhepunkt der al-Aqsa-Intifada fuhr ich nach Jenin. Die Straßen, um die Stadt waren aufgerissen, um die

Autos an der Durchfahrt zu hindern. Die Armee hatte weder die Kanalisation noch das Stromnetz verschont. Das Lager lag in totaler Finsternis. Mit der Hilfe eines Freundes aus einem Nachbardorf gelangte ich hinein. Ashrafs Mutter öffnete mir wie gewöhnlich die Tür und lud mich schnell ein. Ich hatte Angst. Es herrschte eine harte, lähmende Stimmung. Die Mutter zählte die Verletzten und die Verhafteten auf – die Toten wurden nicht erwähnt. "Ashraf ist weg", sagte sie, "Er ging, um zu kämpfen."

Sie war zäh und ließ weder das kleinste bisschen Sorge erkennen, noch beschwerte sie sich. Bei früheren Besuchen hatte ich mich wie zu Hause gefühlt. Ich

achtete nicht auf meine Worte. Dieses Mal war es anders. Meine Gastgeber, die mein Unbehagen spürten, ersparten mir ihre Wut und ihren Zorn über die Besetzung nicht, als ob ich deren Repräsentant gewesen wäre. Sie fühlten sich erniedrigt, hungrig, kalt und saßen im Dunkeln. Ich bot meine Hilfe an, die aber wurde abgelehnt. Wir trennten uns. Ashraf sprengte sich im Süden in die Luft. Seine Leiche wurde nie begraben. Seinen Ausspruch: "Es ist besser im Stehen zu sterben, als auf Knien zu leben" habe ich noch immer in den Ohren.

*Giuliano Mar Kamis
 (israelischer Friedensaktivist)
 Haifa, 6. April 2002*

Freiheit für Ahmet Saadat Intifada statt Kollaboration

Am Abend des 14. Januar 2002 beugte sich erneut die Behörde Arafats den Erpressungen Sharons und ließ den Vorsitzenden der PFLP, Ahmad Sa'adat, verhaften. Dies ist in der Geschichte der palästinensischen Befreiungsbewegung beispiellos, denn es handelt sich hier um den Vorsitzenden der zweitgrößten Organisation der PLO, von der Arafat seine Legitimität als Sprecher im Namen der Palästinenser bezieht.

Seit Wochen übt die Regierung Sharon exzessive Terrorpolitik gegen die Zivilbevölkerung in den palästinensischen Gebieten. Morde, Bombardierungen von zivilen Einrichtungen, Hauszerstörungen und Verhaftungen politischer Aktivisten sind auf der Tagesordnung. Arafat selbst ist praktisch unter Hausarrest in Ramallah und darf es nach den Aussagen Sharons erst verlassen, wenn er "praktische Schritte gegen die Terroristen" unternimmt.

Trotz den Verhaftungswellen und dem repressiven Vorgehen der Autonomiepolizei gegen die protestierenden Palästinenser, forderte Israel "hundertprozentiges Engagement". Nach den Verhaftungen der politischen Führer von Hamas und der Jihad-Bewegung, forderte Sharon die Verhaftung der PFLP-Führung, die sich nach dem Mord an ihrem Generalsekretär Abu Ali Mustafa zur Hinrichtung des rassistischen israelischen Tourismusmi-

nisters Rechavam Ze'evi bekannte.

Arafat, der während eines ganzen Jahres der Intifada nicht einmal zu seinem Volk sprach und alle Aufrufe zu einer vereinigten Führung der Intifada in der Form einer nationalen Notstandsregierung, in der die Entscheidungen gemeinsam getroffen werden, ignorierte, kündigte in seiner ersten Rede ohne jede Gegenleistung einen praktisch einseitigen Waffenstillstand an. Er sprach im Namen der palästinensischen Einheit und der "höheren" Interessen der Palästinenser, die er als PLO-Vorsitzender vertrat. Ob diese Entscheidung den "neuen internationalen Verhältnissen" entspricht, entschied aber er allein und übersprang wie beim Unterzeichnen des Oslo-Abkommens alle palästinensischen Gremien. Er degradierte sich somit zu einem lokalen Kollaborateur der israelischen Besatzung (die ihn zum Dank

postwendend als Lügner bezeichnete) und stellte sich gegen die Intifada und die minimalsten Forderungen der arabischen Öffentlichkeit. Die Verhaftung von Sa'adat und anderer Widerstandskämpfer ist eine gefährliche Entwicklung, die einen weiteren Schritt zu einem palästinensischen Bürgerkrieg darstellen kann, den die Widerstandsorganisationen trotz der ständigen Demütigungen durch die PNA mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Die palästinensische Bewegung wird erneut von ihrer Führung verraten, welche die Verantwortung für diesen bedeutenden Rückschlag des palästinensischen Widerstands trägt.

Wir verurteilen scharf die repressiven Maßnahmen der Behörde Arafats und fordern die sofortige Freilassung aller Widerstandskämpfer, die nichts tun, als sich gegen die verbrecherische Politik der zionistischen Besatzung zu wehren.

**Freiheit für Ahmad Sa'adat
und alle palästinensischen
Widerstandskämpfer!**

**Die palästinensischen
Institutionen müssen die
demokratischen Rechte
des Volkes, insbesondere
das Recht auf Widerstand,
gewährleisten!**

**Nein zur
Kollaborationsbehörde, für
eine vereinigte Front des
Widerstands!**

**Nieder mit der zionistischen
Besatzung!**

**Es lebe der Kampf für ein
freies, demokratisches
Palästina, in dem alle
Menschen gleichberechtigt
leben können!**

Palästinensische Organisationen und Wiener Organisationen der Palästina-Solidarität verurteilen palästinensischen Präsidenten

In einem offenen Brief an den palästinensischen Präsidenten Yasser Arafat kritisierten sechs palästinensische Organisationen und Wiener Organisationen der Palästina-Solidarität das Vorgehen der Autonomiebehörde gegen die politischen Führer der Intifada. Sie forderten die Freilassung aller politischen Gefangenen aus den palästinensischen Gefängnissen. Eine Versammlung von Vertretern der Organisationen in Österreich fand am 19. Jänner anlässlich der Verhaftung des PFLP-Vorsitzenden, Ahmad Saadat, statt.

Anwesend waren Vertreter folgender Organisationen: *Palästinensische Gemeinde in Österreich*, *Generalunion Palästinensischer Studenten – Österreich* (GUPS), *Palästina-Verein in Österreich* (PVÖ), *Arabischer Palästina-Club*, *Ara-*

bisch-Österreichisches Kulturforum und *Antiimperialistische Koordination für Palästina* (AIK). Gemeinsam forderten die Organisationen:

Die sofortige Freilassung aller politischen Gefangene und die Einstellung aller Repressionsmaßnahmen, um die nationale Einheit zu gewährleisten, Den Respekt der demokratischen Prinzipien und der palästinensischen Gesetze und Die Festigung des demokratischen nationalen Dialogs und die Teilnahme aller Parteien an den politischen Entscheidungen.

Kurz vor der Versammlung fand am Wiener Schottentor eine von der AIK einberufene Kundgebung aus Protest gegen die Verhaftung von Sa'adat statt.

*Antiimperialistische Koordination
(Wien)*

EU plant völkerrechtswidriges Verbot von Widerstandsorganisationen

Arafat kollaboriert bei der Umdeutung des Widerstands in Terrorismus

Nein zur Verurteilung und Auslieferung der PFLP-Aktivisten durch Arafats Behörde!

Während die israelischen Besatzungstruppen in den palästinensischen Städten und Dörfern unter dem Vorwand von "Terrorbekämpfung" einmarschieren, zerstören, Massenverhaftungen durchführen und Menschen massakrieren, beschäftigt sich der selbst in seinem Büro eingesperrte Arafat ebenfalls damit, palästinensische Widerstandskämpfer als Terroristen vor Gericht zu stellen. Die Auslieferung der sechs PFLP-Aktivisten, nach jüngsten Meldungen soll auch der Vorsitzende der PFLP, Ahmet Sa'adat, unter ihnen sein, die für das Attentat an dem ehemaligen israelischen Tourismusminister Ze'evi verantwortlich gemacht werden, an Israel, nach vorheriger Übergabe an britische und amerikanische Sicherheitsagenten, war der jüngste schwerwiegende Fehler Arafats. Dieser gesellt sich in eine Reihe politischer Fehlritte, die unter anderem mit der Verhaftung von Sa'adat begonnen hatten. Durch diese Handlungen beugt sich die PNA dem israelischen Druck, der die Widerstandsaktionen der palästinensischen Organisationen (einschließlich der Fatah, welche die Partei Arafats ist) als Terror brandmarkt, obwohl der bewaffnete Widerstand gegen eine Besatzungsmacht völkerrechtlich verbrieft ist. Indem er die PFLP-Aktivisten gegen seine (durch nichts garantierte und jederzeit wieder einzuschränkende) Bewegungsfreiheit tauscht, verletzt er seine eigene

Legitimität als Vorsitzender der PLO und somit als Vertreter des palästinensischen Volks, denn die PFLP ist die zweite Partei in der PLO und ist ein Bestandteil dieser Vertretung, aus der Arafat seine Legitimität schöpft. Somit schießen sich Arafat und sein Apparat selbst ins Knie, indem er, anstatt der Diffamierung eines bedeutenden Bestandteils seiner von der ganzen Welt anerkannten Organisation den Wind aus den Segeln zu nehmen, diese auch noch erleichtert. Er ermutigt Israel und die USA, weitere Forderungen an ihn zu stellen, um den palästinensischen Widerstand komplett zu erwürgen.

EU folgt USA im Terror-Krieg gegen die Befreiungskämpfe

Währenddessen entscheidet sich die EU am 2. Mai, ob sie die Organisationen PKK (Kurdistan), DHKC (Türkei-Kurdistan), PFLP (Palästina) und weitere baskische und irische Organisationen zu Terrororganisationen erklären soll, was ein EU-weites Verbot dieser Organisationen und Verhaftung und Einreiseverbot ihrer Kader bedeuten würde. Das Verbot von Organisationen, die den Anspruch der jeweiligen Völker auf Freiheit und Demokratie vertreten und dadurch einen legitimen Kampf führen, bedeutet einen Angriff der EU auf die legitimen nationa-

len Freiheitskämpfe und eine Teilnahme der EU an der Repression und den andauernden Menschen- und Völkerrechtsverletzungen. Das ist ein eindeutiger Hinweis auf die kommende neokoloniale Offensive, an der auch die EU neben der USA und deren Verbündeten teilnimmt. Der Vorwand der Terrorbekämpfung dient hier nur als eine billige Maske für die Repressionen und die Einschränkung sämtlicher politischen Freiheiten, in und außerhalb der EU.

Für das Recht auf Widerstand – nationale Selbstbestimmung gegen den Imperialismus!

Nein zum Verbot der Befreiungsbewegungen durch die EU!

Freiheit für die Widerstandskämpfer in den israelischen und palästinensischen Gefängnissen!

*Antiimperialistische Koordination
Arabischer Palästina-Club*

Rechavam Ze'evi, der Tourismusminister von der rechtsradikalen Partei "Vaterland" ("Moledet"), war von der PFLP getötet worden. Der Führer von "Peace Now" ("Schalom Achschav") und der Meretz-Partei bezeichnete ihn posthum als seinen guten Freund. Ein guter Freund? Zur Erinnerung die Hauptlogans der Vaterlandspartei: (1)

"Das Land Israel für das Volk Israel gemäß dem Gesetz (Thora) Israels"

"Es ist Zeit für Transfer" (d.h. Deportation)

"Wir hier und sie dort"

"Trennung der beiden Völker durch den Jordan"

Das heißt "Jordanien ist Palästina", Vertreibung aller Palästinenser nach Jordanien. Sharon war einer der wichtigsten Vertreter dieses Konzepts und hat bis heute nicht abgeschworen: "Ich glaube, dass man für eine Lösung davon ausgehen muss, einen palästinensischen Staat in jenem Teil von Palästina zu errichten, der 1922 von Israel getrennt wurde und heute Jordanien ist. [...] Die einzigen Frem-

den in Jordanien sind die Mitglieder der haschemitischen Familie des Königs Hussein. [...] Wer in Jordanien herrscht, ist mir egal." (*Time magazine*, 5. Oktober 1981)]

Der Nachfolger von Rechavam Ze'evi, Benny Elon, ist ein führender Aktivist rechtsradikaler Siedler-Organisationen. Eine seiner Stiftungen betreibt die Vertreibung von palästinensischen Familien aus Ostjerusalem. Vor kurzem wurde seinen fanatischen Terrorbanden die Errichtung weiterer Siedler-Häuser bei al-Khalil (Hebron) im besetzten Westjordanland gestattet.

(1) Quelle: www.moledet.org.il

Palästina-Demo in Wien: 1.500 trotz widriger Umstände

Die antiimperialistischen Kräfte als Hauptfaktor der Mobilisierung

Am Freitag, 19. April versammelten sich rund 1.000 Demonstration im Zentrum von Wien unter der Losung “Stoppt den Krieg gegen die Palästinenserinnen und Palästinenser”, sowie für den Abzug der israelischen Besatzungstruppen und für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht. Der Demonstrationzug zur US-Botschaft schwoll in der Folge auf 1.500 Menschen an. Die Teilnehmer stammten meist aus arabischen und islamischen Ländern.

Die Redebeiträge waren von den wesentlichen Komponenten der Mobilisierung geprägt: Die verschiedenen Gruppierungen der arabischen Linken prangerten kämpferisch das israelische Massaker an und forderten die Unterstützung der Intifada bis zum Sieg. Die antiimperialistischen Kräfte einschließlich jener aus der Türkei wiesen auf den aggressiven Charakter des Zionismus hin. Das Massaker von Jenin sei nur der jüngste Ausdruck der langen Reihe des israelischen Terrors gegen die Palästinenser, der in der Nakba, in der katastrophalen Vertreibung von 1948, seinen Ausgang nahm. Die “Antiimperialistische Koordination” erklärte die Unwilligkeit Israels zum Frieden mit seiner Funktion als strategischem Werkzeug des Westens gegen die arabischen Massen und schlussfolgerte die Aktualität der historischen Forderung der palästinensischen Befreiungsbewegung nach einem säkularen, demokratischen, antiimperialistischen Staat in ganz Palästina für Juden und Araber. Die Gruppe “Linkswende”, die ebenfalls zur Unterstützung der Intifada und des Selbstbestimmungsrechts für das palästinensische Volk aufrief, forderte die Palästina-Solidaritätsbewegung in den Rahmen der Anti-Globalisierungsbewegung und des antikapitalistischen Kampfes hier in Europa und Österreich zu stellen und wies als nächsten Schritt auf den Ersten Mai hin. Die “Friedensbewegung” und die “Frauen in Schwarz” betonten den Abzug der Besatzungstruppen aus Gaza und dem Westjordanland als notwendige Voraussetzung für den Frieden in Rahmen zweier Staaten. Eröffnet wurde die Auftaktkundgebung ein Vertreter der Palästinensischen Gemeinde in Österreich. Als Gastrednerin trat die bekannte ägyptische Schauspielerinnen Ilham Shahin auf, die ihrer Freunde

darüber Ausdruck verlieh, dass es auch in Europa Solidarität mit der palästinensischen Sache gäbe.

Der Demonstration waren wochenlange Vorbereitungstreffen im Rahmen der Plattform “Stoppt den Krieg” vorausgegangen, die ursprünglich gegen die amerikanische Aggression gegen den Irak gegründet worden war. Zwar gelang es dank intensiver Bemühungen einige Organisationen der traditionellen Linken als Unterzeichner der Plattform zu gewinnen, wie beispielsweise die KPÖ. Doch mobilisiert haben diese so gut wie nicht. Während die KP-nahe Zeitung “Volksstimme” der israelischen, für den Abzug eintretenden Opposition, sowie auch offen zionistischen Positionen breiten Raum gibt, fand sie es nicht einmal der Mühe wert die Demonstration anzukündigen, noch – trotz mehrfacher Intervention – palästinensische Stimmen zu veröffentlichen. Dieses Verhalten ist paradigmatisch für die ganze Linke.

Ebenfalls Probleme gab mit den konservativen islamischen Kräften (es gibt deren auch fortschrittlichere, die aber in letzter Zeit aus den Institutionen gedrängt worden zu sein scheinen). Erst Anfang April veröffentlichte der Präsident der offiziell anerkannten Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Anas Schakfeh, eine gemeinsame Erklärung mit Ariel Muzicant, dem Präsidenten der israelitischen Kultusgemeinde, in der er praktisch die westlich-israelische Sicht des Konflikts übernahm: “Sie (die Organisationen der Unterzeichner, d. Verf.) appellieren an die Konfliktparteien trotz der schwierigen Situation das sinnlose Töten einzustellen und die Sprache der Gewalt ein für allemal zu beenden.” Die Gewalt und nicht die Besatzung sei also das Problem, daher sei auch der

Widerstand sinnlos! Beim Versuch der Anpassung ist also jede Unterstützung für die unterdrückten Palästinenser auf der Strecke geblieben. Bei zahllosen Verhandlungen mit Vertretern der genannten islamischen Organisationen konnten sich diese trotz gegenteiliger Beteuerungen letztendlich nicht zu einer Unterstützung durchringen. Selbst das Angebot eines Redebeitrags schlugen sie aus, um als Zaungäste zu verbleiben. Immer wieder wurden auch in den Wiener Moscheen Gerüchte verbreitet, welche die Absage der Mobilisierungen oder die Zurschaustellung von serbischen Fahnen (!) kolportierten.

Insofern als im wesentlichen die antiimperialistischen Kräfte der arabischen und österreichischen Linken die Demonstration organisiert und geführt haben, war sie nicht nur inhaltlich, sondern auch hinsichtlich der Beteiligung ein Erfolg.

Die Unterstützer (alphabetisch):

Aktion Frieden für Palästina, Anatolischer Kulturverein in Wien, Antiimperialistische Koordination, Arabic Organisation for Human Rights Österreich, Arabischer Palästina-Klub, Arabisches Kulturzentrum, ArbeiterInnenstandpunkt, Autonome Palästina-Gruppe, Bewegung für Soziale Befreiung, Frauen in Schwarz, Gemeinsam gegen Rassismus, Generalunion Palästinensischer Studenten in Österreich, Internationale Leninistische Strömung, Internationales Solidaritätsforum, Irakische Gemeinde Österreich, Kommunistische Jugend Österreich, Kommunistische Partei Österreich, Linkswende, OrientForum, Palästinensische Gemeinde Österreich, Prison Watch International Wien, Revolutionär Kommunistische Liga, Sedunia, Sozialistische Alternative, Sozialistische Linkspartei, Universalismusgruppe, Verein Arabischer Frauen, Vereinigung Palästinensischer Ärzte und Apotheker in Österreich, Wiener Friedensbewegung

Die Antiimperialisten auf sich alleine gestellt

Schwierigkeiten der Palästina-Solidarität in Wien

Seit Beginn der neuen Intifada gibt es Wien eine aktive Palästina-Solidaritätsbewegung, zum Beispiel wöchentliche Infotische. Insbesondere mit dem israelischen Großangriff gegen die Palästinenser im März und April hat sich die Bewegung intensiviert. Es gab jeden Freitag Demonstrationen und bis heute jeden Tag eine Solidaritätskundgebung am Stephansplatz im Stadtzentrum.

Dennoch kam es im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Städten zu keiner Großdemonstration mit mehreren zehntausend Teilnehmern, wie es angesichts einer starken islamischen Immigration durchaus möglich gewesen wäre. Hinzu kommt, dass das österreichische Segment bei den Mobilisierungen äußerst schwach ist.

Von den antiimperialistischen Kräften ist daher von Anfang an der Versuch ausgegangen auf der Basis einer elementaren Plattform gegen die Okkupation alle Komponenten in den Kampf in Solidarität mit dem palästinensischen Volk mit einzubeziehen – ein Unterfangen, dass sich als wenig erfolgreich erwies:

Die österreichische Linke will in Summe keine pro-palästinensische Position beziehen, sondern wie in allen bisherigen

Aggressionen der Neuen Weltordnung wie gegen den Irak, Jugoslawien, Afghanistan usw. ihre "Neutralität" wahren und die vermeintliche Schuld beider Seiten denunzieren. Sie haben die Unterscheidung zwischen Unterdrücker und Unterdrückten vergessen und akzeptieren den Widerstand nur, solange er sich im Rahmen der "westlichen Werte" befindet, de facto also die imperialistische Weltordnung akzeptieren und nur einige (utopische) humanisierende Reformen an ihr einfordern (siehe den größten Teil der Antiglobalisierungsbewegung wie Attac usw.)

Die islamischen Vereinigungen in Österreich haben sich als äußerst konservativ und angepasst erwiesen, insbesondere die türkischen. Ihnen scheint es im Wesentlichen um eine reibungslose Integration zu gehen, daher auch diese

Anpassung in der palästinensischen Frage an den medialen Mainstream. Es ist kein Zufall, dass gerade zum Zeitpunkt der kämpferischen Stimmung der sehr beliebte und fortschrittliche Scheich Adnan aus der arabischen Moschee hinausgeworfen wurde – letztlich vermutlich auf Druck des saudischen Regimes. Währenddessen haben sich die insignifikanten islamistischen Kräfte als mit der Linken kooperationsbereit erwiesen.

Das Milieu um Fatah und die offizielle palästinensische Vertretung hat sich ebenfalls sehr im Hintergrund gehalten – auch wenn ihre Repräsentanten meist zugegen waren. Auch wenn nur hinter vorgehaltener Hand zugegeben, liegen die Gründe dennoch auf der Hand. Einerseits will man es sich nicht mit den offiziellen Institutionen verschmerzen und andererseits schmeckte die von den Antiimperialisten artikulierte Kritik an der Kooperationspolitik Arafats insbesondere in der Causa Ahmet Saadat doch bitter.

In der Folge dokumentieren wir nur einen kleinen Teil der Auseinandersetzungen.

Dem Antisemitismus entgegenzutreten schließt den Kampf gegen die israelische Okkupation ein

AntifaschistInnen und DemokratInnen müssen die Intifada unterstützen

Eine handvoll ehemals linker Apologeten des israelischen Massakers sowie auch insbesondere das "Forum gegen Antisemitismus" der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) operieren immer wieder mit dem Anwurf, dass jede Kritik an Israel antisemitisch sei. Sie behauptet dem Antisemitismus entgegen wirken zu wollen. Gleichzeitig haben sie sich jedoch von der antifaschistischen Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung am 13.4. distanziert, weil an ihr pro-palästinensische Kräfte, unter anderem auch die Antiimperialistische Koordination teilnehmen.

Wir weisen den Vorwurf des Antisemitismus nicht nur auf das Schärfste zurück, sondern meinen im Gegenteil, dass die vollständige Identifikation der IKG mit der israelischen Kolonialpolitik und ihren unsäglichen Verbrechen die Menschen jüdischen Glaubens und Herkunft in Österreich und weltweit in Geiselhaft zur Legitimierung derselben nimm und ihren Interessen Schaden zufügt.

Israel benutzt den Völkermord an den Juden durch den deutschen Faschismus um die systematische Vertreibung, Unterwerfung und Vernichtung der Palästinenser als Nation zu rechtfertigen. Es wendet

dabei Methoden an die historische Präzedenzfälle ins Gedächtnis rufen. Hier sei nur an die Kollektivstrafe von Kragujevac erinnert, wo die Nazis für jeden von der Befreiungsbewegung getöteten Okkupationssoldaten hundert jugoslawische Zivilpersonen und für jeden verletzten Nazi fünfzig wahllos herausgriffen und ermordeten (eine Tatsache, die von der Wehrmachtsausstellung dokumentiert wird). Jeder vom palästinensischen Widerstand getötete Soldat oder Siedler der Okkupationsmacht wird von Israel mit vergleichbaren Kollektivstrafen geahndet. Allein in dem seit Karfreitag andauernden



Massaker wurden einige Hundert Palästinenser bestialisch von einer überlegenen Besatzerarmee ermordet, die meisten davon Zivilisten. Internierungslager für alle Männer von 15-45 wurden eingerichtet, die Insassen werden wie Vieh markiert. Wer sich nicht meldet wird getötet. Vielfach kam es zu Hinrichtungen in der Haft. Die Versorgung mit Wasser und Grundnahrungsmittel für die Belagerten, sowie die medizinische Hilfe für die Verletzten wurde unterbunden. Einzeln wird jedes Haus der palästinensischen Gettos und Flüchtlingslager, in denen die arabische Bevölkerung zunehmend konzentriert wird, aufgebrochen, durchsucht und verwüstet. Moscheen und Kirchen werden geschändet. Ganz zu schweigen von der Vernichtung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen.

Israel mimt bei seinem Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser, denn nichts anderes kann die historische Losung des Zionismus "Ein Volk ohne Land für ein Land ohne Volk" für die so als nicht existent deklarierten arabischen Bewohner Palästinas bedeuten, einen antifaschistischen Anspruch. Doch der Kapitalismus, der den Faschismus hervorbrachte, setzt sich heute in Form der globalen Herrschaft der USA und ihrer Verbündeten fort. Mag er sich anderer politischer Formen bedienen, an Grausamkeit steht der US-Imperialismus jenem deutschen um nichts nach. Man denke nur an die völkermörderischen Kriege gegen Korea, Vietnam, Mittelamerika oder den Irak um nur einige wenige Beispiele herauszugreifen. Israel ist dabei sein Mittel der Beherrschung des Nahen Ostens. Die palästinensische Intifada ist nichts anderes als der moderne Nachfolger des antifaschistischen Widerstands der osteuropäischen Völker.

Der historische Sinn des Faschismus war es die Kommunisten auszuschalten und die deutschen Unterklassen in das imperialistische Projekt einzubinden. Der rabiate Antisemitismus diente diesem Zweck. Der Widerstand gegen den Faschismus war und konnte daher tendenziell nur antiimperialistisch und antikapitalistisch sein. Nicht zufällig war er vor allem von den durch den deutschen Imperialismus angegriffenen oder unterworfenen Völkern getragen. In Deutschland und Österreich selbst waren es fast ausschließlich die Kommunisten, die bis zum Schluss mit

einer sehr hohen Opferzahl Widerstand leisteten – eine Tatsache, die bis heute systematisch verschwiegen wird.

Es ist daher kein Zufall, dass die zionistische Bewegung und insbesondere ihr Establishment im Gegensatz zu den Kommunisten nicht nur keinen systematischen Widerstand gegen den Faschismus entwickelten, sondern im Gegenteil bis 1938 sogar mit ihm kooperierten. Denn die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Deutschlands verstand sich bis dahin als Angehörige der deutschen Nation und beteiligte sich überproportional am Befreiungskampf gegen die faschistisch-kapitalistische Politik. Der Faschismus und der Zionismus hatten beide ein Interesse daran, die deutsche jüdische Bevölkerung als der deutschen Nation fremd und als eine eigene "Rasse" darzustellen. Ohne Antisemitismus hätte der Zionismus unter den Juden nie mehrheitsfähig werden können, darum hat er sich auch nie systematisch gegen ihn zur Wehr gesetzt. Es waren einzig die kommunistischen Kräfte, welche die jüdische Bevölkerung als integralen Bestandteil der deutschen aber auch der osteuropäischen Nationen verteidigten (was nicht heißt, dass es nicht auch antisemitische Fehlritte ab). Aber sie haben es als einzige zumindest versucht.

Israel, die zionistische Bewegung und ihre Unterstützer in aller Welt haben also in vielerlei Hinsicht kein Recht, die antikapitalistischen und antiimperialistischen Kräfte des Antisemitismus zu zeihen. Sie sind es, welche die jüdische Tragödie fortsetzen, in dem sie nicht nur die Juden Israels als Kanonenfutter für die kolonialen Interessen der USA und des Westens missbrauchen, sondern die jüdische Bevölkerung der ganzen Welt für deren Verbrechen in Geiselschaft nehmen. Nach wie vor ist ihnen der Antisemitismus als wichtigste Rechtfertigung des Kolonialprojekts Israel dienlich. Israel hat sich als Werkzeug des US-Imperialismus damit gleichzeitig zum Werkzeug des Kapitalismus gemacht, eben jenem System, das den Faschismus erst hervorbrachte.

Die Bevölkerung jüdischer Herkunft und Tradition in Österreich steht nicht geschlossen hinter Israel und seinen Verbrechen. Insbesondere unter dieser gab es eine starke demokratische, antifaschistische und kommunistische Tradition. Auch wenn diese durch den

Faschismus und in der Folge durch die zionistische Hegemonie unter der verbliebenen oder zurückgekehrten jüdischen Bevölkerung fast vernichtet wurde, so lebt sie doch auch nach dem Zweiten Weltkrieg fort. Ihr hervorragendster Vertreter war der Dichter Erich Fried, der sich offen gegen den rassistischen Apartheidstaat Israel und für einen gemeinsamen demokratischen Staat für Juden und Araber aussprach. Dieser Tradition hängen wir an und versuchen sie trotz der schwierigen Umstände fortzusetzen.

Alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte müssen die israelische Okkupation genauso verurteilen und bekämpfen, wie sie dem deutschen Faschismus entgegentraten.

Kampf gegen Antisemitismus bedeutet,

die vom Zionismus betriebene Gleichsetzung zwischen jüdischen demokratischen Interessen und israelischem Kolonialismus aufzubrechen,

die jüdischen demokratischen Interessen in Europa und in den arabischen Ländern mit der Unterstützung des elementaren demokratischen Rechts der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung zu untermauern

und den Kampf gegen den Kapitalismus als Ursache des Antisemitismus und dessen wichtigsten Hebel, den antiimperialistischen Kampf einschließlich des arabischen, zu unterstützen.

Es lebe die Intifada für die palästinensische Selbstbestimmung!

Für einen demokratischen Staat von Juden und Arabern in ganz Palästina!

*Antiimperialistische Koordination
Wien, 7. April 2002*

Nachfolgender Artikel wurde ursprünglich für das Diskussionsforum der Volksstimme zu Israel und Palästina geschrieben, von dieser jedoch mit der Begründung zurückgewiesen, dass er sich erstens auf die Kritik an Teilen der westlichen Linken und deren Position zu Palästina konzentrierte, und zweitens zu polemisch sei.

Wie die Aufforderung über die "Rezeption der israelischen und palästinensischen Politik in der österreichischen Linken" zu diskutieren, wie es bei der Eröffnung des Diskussionsforums in der Volksstimme ausdrücklich hieß, denn anders zu verstehen sei, als im Rahmen der eigenen Position (kritisch) zu den Positionen anderer Teile der Linken Stellung zu neh-

men, bleibt die Antwort der Volksstimme jedoch schuldig. Des weiteren weisen wir darauf hin, dass die in den letzten Wochen in der VS erschienen Artikel, allen voran jene von Thomas Schmidinger und die entsprechenden Entgegnungen, klar ausgedrückt, nichts anderes als journalistische Polemiken sind.

Es ist folglich offensichtlich, dass

die VS unseren Beitrag nicht abgelehnt hat, weil er zu polemisch ist, sondern vielmehr deswegen, weil unser Beitrag mit der politischen Blattlinie der VS nicht ausreichend konform geht. Ein Armutszeugnis für diese Zeitung, zumal es sich außerdem um einen Beitrag für ein Diskussionsforum handelt.

Um Übrigen sollte die VS, falls sie auf ihrem "friedenspolitischen Mittelweg" im Nahostkonflikt glaubwürdig erscheinen möchte, endlich eine palästinensische Stimme in Ihrem Forum zu Wort kommen lassen.

Auf der Seite der Unterdrückten, bedingungslos!

Der Konflikt zwischen dem israelischen Staat und den Palästinenserinnen und Palästinensern wird allgemein, und zwar unabhängig vom jeweiligen politischen Standpunkt, als einer der bedeutendsten für die internationale Politik bezeichnet. Darüber hinaus gibt es in der Linken kaum einheitliche Interpretationen. Das ist umso verblüffender, da selten Tatsachen so eindeutig und für sich selbst sprechend sind, wie in diesem Konflikt.

Gibt es eine andere Bezeichnung für die Vertreibung von Millionen von Palästinensern, die praktisch entschädigungslose Expropriation von Land und Eigentum, die seit Jahrzehnten andauernde militärische Besatzung, die kontinuierliche Landnahme, die völkerrechtswidrigen Ermordungen und Folterungen, die systematische Zerstörung jeglicher wirtschaftlicher Lebensgrundlage, die Existenz von Millionen Flüchtlingen, denen die Rückkehr in ihr Land untersagt ist, die Verweigerung politischer Souveränität und demokratischer Grundrechte, die systematische Diskriminierung der Palästinenser mit israelischem Pass, Elend auf der einen, Reichtum auf der anderen Seite, kurz gibt es eine andere Bezeichnung für diese Situation als "koloniale Unterdrückung"?

Wie soll die Tatsache, dass der israelische Staat der weltweite größte Empfänger von finanzieller und militärischer Unterstützung von Seiten der USA sowie einer ihrer wichtigsten politischen Verbündeten ist, anders interpretiert werden,

als dass es sich hier um einen imperialistischen Konflikt handelt, in dem auf der einen Seite der Imperialismus – der Ausdruck sei uns verziehen, es gibt keinen treffenderen – steht, auf der anderen ein unterdrücktes Volk?

Diese Tatsachen sollten, so scheint es, genügen, um eine Positionsbestimmung der Linken zu erlauben. In einem kolonialen und imperialistischen Konflikt sollte es, möchte man glauben, für Linke keinen Zweifel daran geben, auf welcher Seite sie zu stehen haben, nämlich auf jener der Unterdrückten. Allein, in der Palästina-Frage sind die Dinge anders. Während der palästinensische Widerstand in der westlichen Linken bis Anfang der 90er Jahre weitgehend als antikolonialer Befreiungskampf betrachtet und daher unterstützt wurde, hat sich heute die Linke mehrheitlich dem Urteil des Imperialismus angeschlossen und spricht von einem terroristischen Kampf gegen das israelische Volk. Folgerichtig gehen viele, die Wert darauf legen als Linke bezeichnet zu werden, so weit, die Solidarität mit Israel einzufordern.

Andere, die von der Notwendigkeit einer politischen Lösung sprechen, verspüren insbesondere nach den Anschlägen des 11. September 2001 das Bedürfnis, sich vom "Terrorismus" abzugrenzen und beeilen sich, die palästinensischen Selbstmordattentate als terroristisch zu verurteilen. Man mag zu dieser Art von bewaffnetem Kampf stehen wie man will, doch die politische Unterstützung

für die Befreiungsbestrebungen eines unterdrückten Volkes davon abhängig zu machen, ist im Grunde nichts anderes als eine rein kolonialistische Einstellung. Frantz Fanon, der große Denker des antikolonialen Befreiungskampfes, klagte die französische Linke während des algerischen Befreiungskrieges an: "Zehn französische Zivilisten werden bei einem Hinterhalt ermordet und die ganze französische Linke schreit wie aus einem Mund: wir folgen euch nicht mehr. (...) [Sie] überreicht dem algerischen Volk ihre Bedingungen: verurteilt die Bomben und wir werden euch weiter unterstützen."

In der Geschichte der Menschheit hat Unterdrückung immer die Tendenz aufgewiesen, Widerstand hervorzurufen. Das ist im Nahostkonflikt nicht anders. Welche Formen dieser Widerstand annimmt, hängt vor allem von den Formen und der Intensität der Unterdrückung ab. Insofern trägt die Hauptverantwortung für den Tod von israelischen Zivilisten der israelische Staat selbst.

Das weiß auch die westliche Linke. Der Hinweis auf die "menschenverachtenden Selbstmordattentate" ist daher nur ein Vorwand, um den Palästinensern jegliche Solidarität zu verweigern. Der wahre Grund für diese Haltung liegt vielmehr darin begründet, dass sich seit Anfang der 90er Jahre der Linksliberalismus in der westlichen Linken politisch durchgesetzt hat. Sein übersteigerter Ausdruck wird allgemein als "Antinationalismus" bezeichnet.

Unter dem Druck der imperialistischen Propaganda vom “menschenverachtenden Nationalismus”, die im Jugoslawienkrieg mit einer in Österreich klassischen Serbenhatz ihren Anfang nahm, hat der linksliberale Mainstream begonnen, Befreiungs- und Widerstandskämpfen mit nationalem Ausdruck jedweden emanzipatorischen Aspekt absprechen. Großes Interesse hegen die Linksliberalen und insbesondere die Antinationalen hingegen für den Antisemitismus, den sie als Hauptübel nicht nur der deutschen und österreichischen jüngeren Geschichte, sondern auch der internationalen weltpolitischen Gegenwart betrachten. Es ist jedoch historisch nicht nur falsch und gefährlich, den Nationalsozialismus ausschließlich oder vorrangig mit dem Antisemitismus zu erklären, es bedeutet auch, die aktuelle Form der offiziellen Vergangenheitsbewältigung des deutschen und österreichischen Staates zu akzeptieren, die mit einem um fünfzig Jahre zu spät kommenden Schuldbekenntnis für die Ermordung von Millionen Juden von ihrer tatsächlichen antikommunistischen Kontinuität mit dem faschistischen Staat abzulenken suchen.

Hinter dem vermeintlichen Kampf der Linksliberalen gegen Antisemitismus, der als rassistisch-diskriminierende Ideologie mit dem Kolonialkonflikt in Palästina nichts zu tun hat, sondern ein europäisches Problem ist, verbirgt sich allerdings ein latenter, im Falle der Antinationalen unverhohlener, anti-arabischer und anti-islamischer Rassismus. Ein Mal mehr stehen die Linksliberalen und Antinationalen damit auf einer Linie mit dem Imperialismus, womit eigentlich klar sein sollte, dass diese Strömungen, bar jedes gesellschaftlichen Antagonismus zu den herrschenden Machtverhältnissen, sich vielmehr zu deren Erfüllungsgehilfen mit linker Rhetorik transformiert haben.

Nachdenklich stimmt angesichts dieser Entwicklung die Tatsache, dass die Volksstimme dem linksliberalen Mainstream so viel Raum gibt. Ist damit der Positionswandel der KPÖ von einer einstigen Verteidigerin des palästinensischen Befreiungskampfes hin zu einer pro-zionistischen Unterstützerin Israels abgeschlossen?

*Margarethe Gal
(Aktivistin der Antiimperialistischen
Koordination in Wien)*

Anmerkungen zu einer Diskussion in der “Volksstimme”

Auf den Hund gekommen

In der KPÖ-eigenen “Volksstimme” fand in den vergangenen Wochen eine Debatte zu “Israel und Palästina” statt, die einen Paradigmenwechsel vom Antizionismus zu einer Position signalisierte, die sich zwischen Äquidistanz und offener Parteinahme für den zionistischen Staat bewegte.

Ausgelöst wurde diese unsägliche Debatte durch einen Beitrag von Thomas Schmidinger, in dem der Sozialdemokrat Fritz Edlinger, Vorsitzender der Gesellschaft für österreichisch-arabische Beziehungen, der Komplizenschaft mit arabischen Diktaturen bezichtigt wird. “Während nun der neue GÖAB-Präsident seine Hasstiraden gegen Israel öffentlich kundtun kann, fährt eine GÖAB-Delegation in den Sudan, um an den Feierlichkeiten anlässlich des zwölften Jahrestages des Amtsantritts von Omar Hasan al-Bashir teilzunehmen”. Ginge es nach Gesinnungskommissaren a la Schmidinger wären derlei Hasstiraden untersagt. Zumindest öffentlich. Edlinger hatte es sich unter anderem herausgenommen, Israel als “Muster eines Unrechtstaates” zu bezeichnen. Der Volksstimme-Autor machte sich erst gar nicht die Mühe, die Behauptung des Sozialdemokraten, den er mit der Attitüde eines “Linksradikalen” attackiert, inhaltlich zu überprüfen. Denn allein die Verwendung bestimmter Begriffe im Zusammenhang mit Israel fällt unter die Kategorie “Relativierung des Holocausts” und unterliegt hiermit dem Verbotsverdict der politischen Korrektheit.

Natürlich könnten man kritisieren, dass die österreichisch-arabischen Beziehungen elitären Charakters sind und nicht die Volksmassen, oder um das “Volksstimme”-kompatibel auszudrücken: Zivilgesellschaften zum Ansprechpartner haben. Was Schmidinger aber suggerieren will, ist, dass auf Seiten der Ölscheichs steht, wer gegen den Zionismus Stellung bezieht. Das ist eine ebenso platte wie absurde These. Denn das antagonistische Subjekt, dem sich der zionistische Staat gegenüberstellt, sind die arabischen Massen und nicht die Ölscheichs. Israel und die arabischen Kompradorenbourgeoisien sind Teile des imperialistischen Funktionszusammenhangs. In der Sicherung der neokolonialen Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse im Nahen Osten liegt die Mission des jüdischen Staates.

Dem wird der Zionismus als kolonialistisches und rassistisches Projekt gerecht. Israels “Fortschrittlichkeit” hat die arabische Rückständigkeit zur Voraussetzung.

Natürlich ist das Verhältnis zwischen den arabischen Kompradoren und dem Staat Israel von tiefen Widersprüchen geprägt, zumal die reaktionären Regime immer wieder zu Zugeständnissen an die antizionistische Stimmung der Volksmassen gezwungen sieht. Als zutiefst elitäres Projekt stellt Israel eine ständige Herausforderung der arabischen Eliten dar, führt es ihnen ihre eigene Inferiorität in Permanenz vor Augen. Israel ist der Zuchtmeister der kapitalistischen Modernisierung in der Region, der in allen Konflikten zwischen den emanzipatorischen Tendenzen und den volksfeindlichen Eliten sein Gewicht zugunsten der arabischen Reaktion in die Waagschale warf.

Der von der “Volksstimme” dokumentierte Rückfall eines Teils der vorgeblich radikalen Linken in den prozionistischen Diskurs von 1967 – demokratisches Israel versus halbfeudale Diktaturen – war keine zufällige Fehlleistung, wie es aus der Weyringergasse beschwichtigend hieß. Die anschließende Diskussionsrunde bestätigte vielmehr den Verdacht, dass mit Schmidingers Edlinger-Anmache ein Signal gesetzt werden sollte. Die armselige Polemik erwies sich als das Pilotenprojekt einer Serie, in der das Parteiorgan deutlich machte, den antizionistischen Konsens in der KPÖ aufbrechen zu wollen.

In einem einzigen Beitrag – ein Interview mit dem israelischen Historiker und Linksozialisten Michel Warschawski – wird eine Position vertreten, in der der antagonistische Widerspruch zwischen den nationalen und demokratischen Bestrebungen der Palästinenser und der kolonialistischen und rassistischen Staatsdoktrin Israels angesprochen wird. Leider nur in Ansätzen, denn die Redaktion hatte sich vorbehalten, das Interview um mehr als die Hälfte zusammenzustreichen. So konnte Platz geschaffen werden für ein Schlusswort des Herrn Schmidinger, in

Zum Austritt von KPÖ und Linkswende

Am Dienstag, den 30. April, erreichte die TeilnehmerInnen der Plattform "Stoppt den Krieg" ein von KPÖ, KJÖ und Linkswende unterzeichnetes Austrittsschreiben. Grund: "Unüberbrückbare unterschiedliche Herangehensweisen bei der Mobilisierung breiterer Teile der Gesellschaft." Angekündigt hatte sich diese Distanzierung bereits am 25. April, als wir von der KPÖ Wien ein Schreiben erhielten, in der unserem Engagement für Palästina "Anknüpfungspunkte für Rechtsradikale in Europa" unterstellt wurde. Bei der "gemeinsamen" Demonstration am Freitag, den 26. April, waren dann auch nur mehr die antiimperialistischen Gruppierungen anwesend.

Schon seit der Gründung der Plattform gab es heftige Diskussionen über die grundsätzliche Ausrichtung. Auf der einen Seite standen die antiimperialistischen Positionen der vorbehaltlosen Unterstützung des palästinensischen Widerstands und auf der anderen der Versuch, Frieden mittels Ausgleich zwischen dem Besatzer und den Besetzten entlang des gescheiterten "Friedensprozesses" von Oslo zu schaffen. Angesichts der massiven palästinensischen und arabischen Beteiligung behielten die antiimperialistischen Kräfte die Oberhand.

Während die KPÖ und andere die

linkszionistischen Positionen der israelischen Friedensbewegung vertretenden Kräfte von Anfang an nur Lippenbekenntnisse machten und nicht mobilisierten, versuchte die Linkswende den Spagat zwischen den Lagern.

Wir bedauern, dass unsere ehrlich für das palästinensische Volk engagierten FreundInnen mit der Hoffnung auf eine "breitere Mobilisierung" insbesondere gegen die Nato-Konferenz im Juni in Wien nun aus der Plattform ausgeschieden sind. Dem liegen zwei Fehler zugrunde:

Erstens: In der Palästina-Frage ist die Polarisierung so stark, dass demokratisch-

antiimperialistische Positionen nicht mit pazifistisch-linkszionistischen vereinbar sind. Solange man den Besatzer beim Namen nennt und sich bedingungslos für die Unterdrückten ausspricht, ist die "traditionelle Linke" nicht dabei, so sehr man auch versucht, Kompromisse zu machen. Das hat die Praxis bewiesen.

Zweitens: Der Versuch alle aktuellen Mobilisierungen in einen Topf zu werfen und eine Plattform für alle aktuellen Fragen zu bilden, beruht auf der fälschlichen Analyse einer aufsteigenden Bewegung. Die Bewegung gegen die imperialistischen Kriege und Aggressionen, sei es nun gegen Jugoslawien, Afghanistan, Palästina, Irak oder zukünftige Ziele, ist erbärmlich schwach. Die Antiglobalisierungsbewegung ist eben noch keine antikapitalistische oder antiimperialistische Bewegung, sondern in der Essenz eine zur (gänzlich unrealistischen) Reform des Systems. Darum tut sie sich auch so schwer in diesen Kriegen Seite zu beziehen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die "traditi-

dem er in Beantwortung einer Entgegnung des GÖAB-Vorsitzenden größtenteils wahnwitzig versicherte, bezüglich Israel keineswegs "ein Kritikverbot verhängt" zu haben. Fritz Edlinger wird ihm diese liberale Haltung zu danken wissen.

Nach einer sachlichen Darstellung der Nahost-Situation durch Gunnar Landgesell erreichte die Debatte ihren unrühmlichen Höhepunkt. "Jungle World"-Autor Thomas v.d. Osten-Sacken belehrte die "Volksstimme"-Leser, dass sich die Nahost-Akteure, ob Israelis oder Palästinenser, in einem "Teufelskreis der Entmündigung" befänden. Israelis wie Palästinenser sind für den Mann mit dem preußischen Junkernamen zur "verdinglichte Manövriermasse" im Konflikt zwischen Europa und den USA geworden. "Deshalb können sich die Herrschenden auch kaum vor Forderungen und guten Tipps einer auf den Hund gekommenen Linken retten, wie die Katastrophe denn besser, das heißt zuungunsten der Juden zu verwalten sei". Also ganz gleichgestellt sind Palästinenser und Israelis in ihrer Entmündigung und Verdinglichung nun doch wieder nicht. Die Exklusivität jüdischen Leidens muss bewahrt bleiben. Worin ja auch die Legitimationsideologie des

exklusiv jüdischen Staates besteht: dass der Antisemitismus das ewig treibende Motiv der internationalen Gemeinschaft sei. Ein Strafverfahren gegen Scharon zu fordern, ist für den Herrn von und zu der Gipfel der moralischen Verkommenheit, ein Paradebeispiel für "linken Antisemitismus".

"Im Vergleich mit EU-Technokraten und einer solchen Linken", fährt der Mann aus dem Dschungel nostalgisch fort, verkörpern Arafat und Scharon eine längst verflossene, aber bessere Vergangenheit". In dieser besseren Vergangenheit ließ Scharon die Massaker von Sabra und Schatila verüben. Auch wenn die Gegenwart nicht minder grausam ist, besteht für die Palästinenser kaum Anlass für sentimentale Reminiszenzen. "Eine solche Linke": Sie muss tatsächlich auf den Hund gekommen bzw. geistig umnachtet sein, wenn das Organ einer kommunistischen Partei derlei Dokumente des Wahnsinns veröffentlicht.

Zu schlechter letzt durfte auch noch Karl Pfeiffer, als notorischer Stänkerer auf Palästina-Veranstaltungen berüchtigt, für die israelische Friedensbewegung das Wort ergreifen. Seine Sorge gilt der demographischen Entwicklung. Sollten

demnächst mehr Palästinenser als Juden die Religion bevölkern, dann würde eine jüdische Minderheit über eine palästinensische Mehrheit herrschen, befürchtet Pfeiffer. Dann wäre Israel kein demokratischer Staat mehr. Ist es das jemals gewesen? Die zionistische Kolonisierung, die Errichtung eines exklusiv jüdischen Staates bildete von Beginn an die Negation der Demokratie. Deshalb orientieren wirkliche israelische Friedensaktivisten auf die Aufhebung Israels als jüdischer Staat und die Herstellung eines säkularen, demokratischen Staat. Was Pfeiffer und die Seinen wirklich befürchten, ist nicht der Verlust des demokratischen, sondern des jüdischen Charakters des Staates Israel. Deshalb sind sie so vehement für die Zweistaatenlösung, für die strikte Separation der beiden Völker: Für einen demokratischen jüdischen und einen palästinensischen Staat, wie Pfeiffer schreibt. Die Demokratie bleibt für die Israelis reserviert.

Das ist das traurige Resultat einer "Volksstimme"-Diskussion, in der die Ablehnung einer rassistisch-kolonialistischen Politik zur Disposition gestellt wurde.

Werner Pirker

onelle Linke" in den sich demokratisch und humanitär tarnenden Imperialismus zutiefst eingebunden ist. Die Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen sind zu groß, sodass zu jedem Anlass ein neues Bündnis auf unterschiedlicher Grundlage gebildet werden muss. Manchmal können die Antimperialisten ihre Positionen im Rahmen einer bereiteren Plattform vertreten, manchmal nicht.

Wir plädieren daher dafür, dass sich die Plattform "Stoppt den Krieg" auf die Mobilisierung für die Nakba-Demonstration am 17. Mai konzentriert und die Palästina-Solidarität sowie die das Engagement gegen den drohenden Krieg gegen den Irak zu ihrem Schwerpunkt macht. Wir denken, dass die Ausgetretenen dazu eingeladen werden sollten, wieder in die Plattform zu zurückzukehren.

Was die Mobilisierung gegen die Nato-Sicherheitskonferenz betrifft, so meinen wir, dass sie auf der politischen Grundlage "Nein zur Nato" durchgeführt und eine eigene Plattform zu diesem Zweck gebildet werden sollte. Als Antimperialisten sollten wir uns mit all unseren Kräften daran beteiligen.

Antiimperialistische Koordination

Ein Leserbrief

Ich habe von Ihnen zwei Nachrichten in zwei Tagen bekommen, die unsere Gruppe nicht namentlich nennen, aber den Eindruck erwecken, dass wir "linkszionistische Positionen der israelischen Friedensbewegung" vertreten.

Die Frauen in Schwarz (Wien) sind dem vergangenen Juni jeden Monat am Stephansplatz gewesen und setzen sich seit damals öffentlich für ein Ende der Besetzung palästinensischen Landes ein. Ich möchte das betonen, da diese Mahnwachen stattgefunden haben bevor Sie dort zu sehen waren.

Wir sind eine sehr gemischte Gruppe von Frauen und Männer aus Österreich und anderen Ländern und die Andeutung, dass wir ZionistInnen oder LinkszionistInnen sind, oder "linkszionistische Positionen der israelischen Friedensbewegung" vertreten, ist – um es milde auszudrücken – ein Blödsinn. Wer sich die Mühe genommen hat, sich unseren Infotisch anzuschauen, könnte Statistiken und Artikeln von allen möglichen israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen finden; wir haben Artikel von Uri Avnery, Edward Said, Barghouti, Khalifa, Amira Hass, Gideon Levy, Websites von vielen Organisationen,

die sich mit dem Konflikt Israel-Palästina befassen, und gemeinsame Deklarationen von beiden Völkern, die etwas gegen die israelischen Besetzung ausdrücken.

Die Frauen in Schwarz (Wien) sind – wie alle Women-in-Black-Gruppen – unabhängig; Women in Black ist eine internationale Bewegung und jede Gruppe in jedem Land befasst sich mit dem Thema, das sie betrifft oder beschäftigt. Die Tatsache, dass diese Idee in Israel angefangen hat – als Widerstand gegen die Besetzung im Jahr 1988 – macht die Bewegung nicht weniger wert. Eigentlich sind die Frauen, die dort mitmachen, mehr ausgesetzt und wesentlich mutiger als die Menschen in Wien, die nur schreien und Polemik von sich geben.

Persönlich möchte ich nur noch eines sagen: Die Freunde in den besetzten Gebieten freuen sich über unsere Unterstützung (Appell an die Bundesregierung, Petition an die EU, humanitäre Hilfe). Deswegen kommt mir die Kritik und Misstrauen von Eurer Gruppe (und von anderen Gruppen vielleicht auch) hier in Wien ziemlich unverständlich vor.

*Paula Abrams-Hourani
(Frauen in Schwarz)*

Werte Paula!

Vorab sei einmal gesagt, dass wir für alle Gruppen, welche die legitimen Interessen des palästinensischen Volkes vertreten, vollen Respekt haben, auch wenn wir nicht in allen Fragen einer Meinung sind. Das gilt auch für die Aktivität der Frauen in Schwarz.

Dass die österreichische Linke im wesentlichen die Position der israelischen Friedensbewegung vertritt ist eine Tatsache, auch wenn diese einen weiten Bogen von Positionen überspannt. Zionistisch heißt im die Nationswerdung und die Staatsbildung des Judentums in Form von Israel zu unterstützen bzw. zu verteidigen. Außer marginalen radikalen Antizionisten wie Michel Warschawski oder Sergio Yahni von Mazpen und dem Alternative Information Centre, welche die Palästinenser vollinhaltlich unterstützen und Israel als exklusiven jüdischen Staat ablehnen, stellt in Israel niemand den jüdischen Staat selbst in Frage.

Die Forderung nach dem Schluss der Besetzung, so wichtig und entscheidend

sie ist, wird auch von einigen linkszionistischen Kräften vertreten. Der wirkliche Knackpunkt ist aber das Rückkehrrecht der Vertriebenen, denn das würde den exklusiv jüdischen Charakter des Staates sofort in Frage stellen. Und das führt sehr schnell zu der uns so wichtigen Losung



des demokratischen Staates für Juden und Araber, den wir als einzige Lösung nicht nur für die palästinensische Selbstbestimmung, sondern auch zur Sicherung der jüdischen Existenz in der Region ansehen. Zu beiden haben wir von euch keine definitive Unterstützung gehört.

Doch wir haben immer gesagt, dass wir auch auf der alleinigen Basis der Forderung des Rückzugs der Besatzungstruppen aus den 1967 besetzten Gebieten mit euch zusammenarbeiten können, solange die israelische Besatzungsgewalt nicht mit dem palästinensischen Widerstand auf eine Stufe gestellt wird sowie Unterdrücker und Unterdrückte klar benannt werden.

Darum hoffen wir darauf, dass ihr im Gegensatz zu KPÖ und Linkswende, die bedauerlicherweise aus der Plattform ausgetreten sind, in dieser verbleibt und mit uns am 17. Mai anlässlich der des Jahrestages der Nakba demonstriert.

Solidarische Grüße,
Antiimperialistische Koordination

amnesty international und der Nahostkonflikt

Es ist ziemlich befremdlich, dass aiNFO (Zeitung von amnesty international in Österreich) noch nie Protestbriefe gegen die israelischen Besatzungspolitiker, die jedes Völker- und Menschenrecht mit Füßen treten, initiiert hat. Man hat den Eindruck, dass der Nahost-Konflikt in genannter Zeitschrift ausgespart wird.

Nun scheint sich aiNFO in seiner Ausgabe vom Februar 2002 aber dem Nahost-Konflikt auf künstlerische Weise zu nähern, in Form eines Interviews mit Timna Brauer.

Schillernd hingegossen auf ein Sofa erinnert sich Timna Brauer des 6-Tage-Krieges, den sie als Kind in einer Höhle zubringen musste. Mit keinem Wort erwähnt sie, dass seit diesem Krieg im Juni 1967 drei Millionen PalästinenserInnen unter israelischer Besatzung leben. Der Nahost-Konflikt sei ein "wahnsinnig heikles Thema", meint Frau Brauer, dem man sich "sehr differenziert" nähern müsse. Leider hat sie diesen ihren Ratschlag in ihrem Interview nicht beherzigt und kann sich von der eigenen Nabelschau nicht lösen. Es ginge nach wie vor um die Existenz, meint sie, und man könnte ihr zustimmen, würde sie das Existenzrecht des palästinensischen Volkes meinen. Dem Kontext nach dürfte sie aber eher eine Existenzbedrohung des Staates Israel orten, des Juniorpartners der Weltmacht USA, der größten Militärmacht in der Region inklusive nuklearem Waffenpotential.

In einer Zeit, in der Israel seit Monaten seine gesamte Kriegsmaschinerie gegen eine wehrlose Zivilbevölkerung einsetzt und mit Mitteln, die außerhalb jeder Rechtsnorm stehen, gegen die Anführer des legitimen palästinensischen Widerstandes gegen die brutale Besatzungsmacht vorgeht, scheint sich Frau Brauer immer noch zu wundern, dass Israel als Besatzungsmacht gesehen wird. Ihrer Kenntnisnahme dürfte entgangen sein, dass die internationale Staatengemeinschaft in ihrer, im November 1967 verabschiedeten UN-SR-Resolution 242 Israel aufgefordert hat, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Und dass Israel mit tatkräftiger Unterstützung der USA Weltmeister im Ignorieren jedweder UN-Resolutionen ist.

Ebenso wenig scheint Frau Brauer zur Kenntnis genommen zu haben,

dass die PLO das Existenzrecht Israels bereits im Jahre 1988 auf 78% (!) des historischen Palästina (im UN-Teilungsplan waren Israel 56% zugestanden worden) anerkennt und sich auf die Minimalforderung zurückgezogen hat, auf den verbleibenden (besetzten) 22% des Landes einen palästinensischen Staat zu gründen. In Unkenntnis dieser Entwicklungen wie auch der existierenden Friedensverträge mit Ägypten (1979) und Jordanien (1994) muss Frau Brauer eine "arabische Intelligenzija" bemühen, die verstanden habe, dass es Israel auch weiter geben werde.

Um dem Wesentlichen des Nahost-Konfliktes nicht zu nahe zu kommen – dem kolonialistischen zionistischen Projekt der Landnahme (das zwangsläufig die Entrechtung und Vertreibung der indigenen Bevölkerung bedeutet) – verlagert Frau Brauer den Konflikt auf eine kulturelle und religiöse Ebene: Wahrscheinlich fühlen sich die Palästinenser durch die beispielhafte Demokratie Israels und durch die Miniröcke der Israelinnen provoziert, meint sie, und diese Aussage grenzt nun wirklich schon an Menschenverachtung, würde der Artikel nicht darauf hinweisen, dass sich Frau Brauer mit dem Nahost-Konflikt so überhaupt nicht auseinandergesetzt hat.

Ein weiteres Hauptproblem sieht sie darin, dass es schwierig sei, "mit Menschen zu verhandeln, die mit einem gar nicht verhandeln wollen und die einen nicht respektieren" und "dass Arafat als Verhandlungspartner unglaubwürdig geworden ist." Auch da dürfte ihr entgangen sein, dass Israel die, ohnedies von ihm und den USA diktierten Osloer Verträge nicht eingehalten hat, dass Israel die palästinensische Seite nie als gleichberechtigten Partner betrachtet hat und dass Israel während des sogenannten Friedensprozesses weiter palästinensisches Land beschlagnahmt hat, um in einer zuvor nie dagewesenen Geschwindigkeit völkerrechtswidrig den Siedlungsbau und die Errichtung einer israelischen Infrastruktur voranzutreiben und darüber hinaus durch seine kollektiven Strafmaßnahmen die Lebensgrundlagen des unter seiner Besatzung lebenden palästinensischen Volkes zu zerstören. In einem Interview in der israelischen Tageszeitung Ha'aretz rühmt sich der ehemalige Premier Ehud

Barak im Februar 2001, "keinen Millimeter Land zurückgegeben zu haben." Wessen Glaubwürdigkeit hier in Frage steht, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Auf weitere Aussagen von Frau Brauer einzugehen, ist wirklich strapaziös. Dass "die Palästinenser in der Keimzelle nicht für den Frieden arbeiten", bringt sie in gefährliche Nähe zur rassistischen Aussage des Vizedirektors für Presse und Information im israelischen Außenministerium, dem zufolge der palästinensische Terror "genetisch bedingt" sei. Immerhin meint Frau Brauer aber, dass "die Israelis versuchen müssen, so wenig Zivilisten wie möglich zu treffen" und dass "der Kampf nur den Terroristen gelten dürfe." Sie befindet sich in wunderbarer Harmonie mit Bushs "Krieg gegen den Terrorismus". Ist das das Fundament ihres Projektes "Kunst gegen Gewalt", ihres Gala-Konzertes "Voices for Peace", das von Amnesty International unterstützt wird?

Quasi als Gegenstimme sei ein Aufruf der ehemaligen israelischen Erziehungsministerin Shulamit Aloni wiedergegeben: "Wir müssen den Europäern sagen, dass der Widerstand gegen die Besatzung kein Antisemitismus ist. Es ist kein Antisemitismus, gegen die Zerstörung von Häusern und Feldern und Obstplantagen zu protestieren und die Stimme gegen die Abriegelung zu erheben, die jedes palästinensische Dorf und jede palästinensische Stadt in ein Gefangenenlager verwandelt. Wir müssen die Dinge beim Namen nennen. Wir müssen laut aussprechen, dass unsere Regierung Kriegsverbrechen begeht, wir müssen das deutlich und ausdrücklich sagen und es stets und ständig wiederholen. Es ist Zeit, Dossiers über die Kriegsverbrechen anzulegen!"

Zu hoffen bleibt auch, dass aiNFO (die Zeitung für Menschenrechte!) sich seiner eigentlichen Aufgabe und Verantwortung besinnt und gerade auch bei dem "wahnsinnig heiklen Thema" des Nahost-Konfliktes nicht noch einmal auf so ein "Tritsch-tratsch-Niveau" absinkt. Auf eine ernsthafte Auseinandersetzung nach diesem, gelinde gesagt, unglücklichen Beitrag hofft die

*Friedensinitiative
Frauen in Schwarz (Wien)*

Die entscheidende Frage ist die Stellung zum Imperialismus

Distanzierung der AIK von der Veranstaltung der Plattform "SOS Heimat"

Mit Verwunderung und Bestürzung musste die Antiimperialistische Koordination zu Kenntnis nehmen, dass der Vizepräsident der Palästinensischen Gemeinde in Wien, der Obmann der Palästinensischen Ärztevereinigung Dr. Georg Nicola, an einer Podiumsdiskussion der mehr als dubios anmutenden "Plattform SOS Heimat" teilnimmt. Allein schon der Titel der Diskussionsveranstaltung "Von Benes zu Sharon, Sudetendeutsche und Palästinenser – Entrechtet und vertrieben") muss von jedem fortschrittlichen und antiimperialistischen gesinnten Menschen als Provokation aufgefasst werden. Die Gleichsetzung der Sudetendeutschen mit den Palästinensern ist in keiner erdenklichen Form politisch zulässig. Es verdeckt, dass die in letzter Zeit auch von offiziellen deutschen und österreichischen Regierungskreisen öffentlich verunglimpften Benes-Dekrete, nichts anderes waren als eine bürgerliche aber konsequente Entnazifizierung der Tschechoslowakei. In der nun auch über die Medien ausgetragene Debatte rund um die Benes-Dekrete, geht es auch gar nicht um

"Menschenrechte" oder "Völkermord" (ein Begriff der in Verbindung mit den Sudetendeutschen geradezu lachhaft ist), sondern lediglich "den Tschechen" zu zeigen, wer innerhalb der EU das Sagen hat. Dabei bedienen sich sowohl die deutsche als auch die österreichische Bundesregierung der Hilfe der komplett rechtsextrem durchgesetzten sudetendeutschen Landmannschaften und Vertriebenenverbände.

Man muss wohl dazu erklären das diese Debatte ohne den Kontext der EU-Osterweiterung, die das zentrale Projekt des europäischen Imperialismus darstellt, nicht verständlich ist. Diese stellt eine Kontinuität deutscher und auch österreichischer Außenpolitik dar, die mit anderen politischen Mitteln dort fortsetzen will, wo der deutsche Imperialismus 1942 bei Stalingrad scheiterte: die ökonomische Unterwerfung Osteuropas. Die Frage der Benes-Dekrete wird also nur als Werkzeug der Herrschenden benutzt, um die tschechische Republik auch in allen Belangen gefügig zu machen. Als konsequente Antiimperialisten haben wir dieser Ostexpansion genauso unver-

söhnlich gegenüberzustehen, wie der imperialistischen Unterwerfung Palästinas und des gesamten arabischen Raumes.

Abschließend möchten wir noch an Herrn Nicola die Frage richten ob er es mit seiner politischen Gesinnung vereinbaren kann, dass er als ein Vertreter des palästinensischen Volkes, den Befreiungskampf und die Intifada gegen die israelische Besatzung mit den revisionistischen und revanchistischen Treiben der rechtsextremen Sudetendeutschen Landmannschaften gleichzusetzen. Von unseren Standpunkt aus wird so ein Ansinnen mit aller Vehemenz zurückgewiesen werden, da diese geistigen Erben der Henlein-Faschisten letztlich auf der anderen Seite der Barrikade, welche die imperialistischen Mächte von den Verdammten dieser Erde trennt, zu finden sind. Denn im Gegensatz zu dem palästinensischen Volk, das mit aller Kraft gegen den Imperialismus Widerstand leistet, hat die übergroße Mehrheit der Sudetendeutschen den Imperialismus unterstützt und wurde zu aktiven Helfern der Faschisten in Osteuropa.

Wien, 17. April 2002

Völkische Allianz zwischen Sudetendeutschen und Palästinensern?

Im MUND vom 30. April 2002 erschienen Beiträge von Karl Pfeifer und der Ökoli, die von einer Veranstaltung der sudetendeutschen Landmannschaft berichteten, auf der auch der stellvertretende Vorsitzende der Palästinensischen Gemeinde anwesend war. Damit versuchen sie zum wiederholten Mal ihre These von einer Allianz deutsch-nationaler Kräfte mit dem palästinensischen Widerstand zu untermauern und ihren notorischen Vorwurf des Antisemitismus gegen alle, die die israelische Besatzungspolitik kritisieren, zu erhärten.

Einzelne Kontakte zwischen Altnazis und Palästinensern können keine politische Analyse des Gesamtkontextes ersetzen. Der palästinensische Widerstand richtet sich gegen die israelische Besatzung, gegen ihre amerikanischen Schutzherrn genauso wie ihre deutschen Verbündeten. Er ist also in der Substanz antiimperialistisch, ganz unabhängig davon, was der eine oder andere Palästinenser meinen mag. Ganz im Gegensatz zu den Alt- und Neunazis die trotz aller

anti-amerikanischen Rhetorik in der Substanz proimperialistisch sind. Im Übrigen sind die Kontakte des Zionismus mit den diversen Strömungen der extremen Rechten, angefangen vom Apartheid-Südafrika bis zu den diversen proamerikanischen Diktaturen in aller Welt nicht nur systematisch, sondern für seinen imperialistischen Charakter ausschlaggebend. Mit der deutschen nationalsozialistischen Bewegung teilte der Zionismus das "völkische" Verständnis des Judentums und kooperierte nachweislich immer wieder mit dieser, um die jüdische Auswanderung nach Palästina zu fördern.

Was die Palästinensische Gemeinde in Österreich betrifft, so hat ihr Vorsitzender Mustafa Hadi sich ausdrücklich von der Sudetendeutschen Landmannschaft und allen anderen neonazistischen Bewegungen distanziert und die Teilnahme von George Nicola bei der genannten Veranstaltung verurteilt. Die palästinensische Gemeinde und Bewegung insbesondere in Österreich hat sich nicht nur gegen den Antisemitismus

ausgesprochen, sondern auch zum Kampf gegen diesen aufgerufen. Sie ist sehr darauf bedacht zwischen Israel und dem Zionismus auf der einen Seite, die imperialistisch und unterdrückerisch sind, und dem Judentum auf der anderen Seite, das eine respektierte und anerkannte Religions- und Kulturgemeinschaft ist, zu unterscheiden.

Wir fordern diesen Beitrag der Antiimperialistischen Koordination (AIK) für den MUND nicht wieder unter dem Vorwand der "Undifferenziertheit" zu zensurieren, wie dies schon zahlreich passierte, um so mehr als ein bekannten Befürworter der von der UNO vielfach verurteilten Besatzung, des Kolonialismus und des Rassismus wie Karl Pfeifer hier immer wieder schreiben darf. Wie anders als einseitig und undifferenziert könnte man so ein Verhalten bezeichnen?

Im Übrigen hat die AIK schon vor der besagten Veranstaltung diese verurteilt und zu ihrem Boykott aufgerufen (siehe obenstehender Artikel).

Jerusalem, mon amour

Warum ist der Palästinenser Saleh Bakri zurückgetreten?

Im Schauspielhaus Wien wurde von 10. bis 31. März 2002 das Experimentaltheaterstück "Jerusalem, mon amour" gespielt. Das Stück vom in Wien lebenden israelischen Regisseur Arian Berg handelt um ein Medienduell zwischen einem Palästinenser und einem Israeli, die, moderiert von einer Vertreterin der Medien, ihren Anspruch und ihr Geschichtsbild darstellen. Als Darsteller waren Airan Berg selbst, Saleh Bakri, Kerstin Gaderbauer und Alexandra Schmid vorgesehen. Saleh Bakri ist kurz vor der Premiere (bei der Probe der vorletzten Szene) zurückgetreten und verweist. Als Grund gibt das Schauspielhaus an, "Saleh sei aufgrund der politischen Lage nach Israel zurückgekehrt". Da weder Airan Berg noch das Schauspielhaus die tieferen politischen Gründe des Rücktritts Bakris angeben wollen, veröffentlichen wir dieses Interview, das uns Saleh Bakri vor seiner Abreise im März 2002 gegeben hatte.

ne Rolle. Das war für mich nicht einfach, weil ich ein Darsteller und kein Regisseur bin, während ich die ganze Zeit der Wichtigkeit meines Regisseur-Seins bewusst war. Trotz aller Schwierigkeiten versuchte ich, in diesem Stück / dieser Debatte ein Gleichgewicht gegenüber Airan zu behalten, obwohl er ein erfahrener Regisseur ist und ich nur ein Darsteller bin. Ich wollte eine vollständige Kooperation haben, während er Szenen schrieb, die ich politisch nicht akzeptieren konnte, auf die er aber nicht verzichten wollte. Das waren Szenen, die den israelische Standpunkt rechtfertigen und ihm Legitimität verschaffen.

Welche zum Beispiel?

Zum Beispiel die vorletzte Szene, wo Airan mit der karikaturhaften Maske eines Arabers die Österreicherin Alexandra in die Luft sprengt. Dann wendet er sich dem Publikum und wirft ihm die zerstückelten Organe (Hände, Füße und Augen) zu. Danach kommt die nächste Szene, wo der letzte Krieg beginnt und wir kämpfen gegen einander. Für ihn war das eine karikaturhafte Szene, welche die rassistischen Ansichten der Israelis gegenüber den Arabern zeigt. Ich akzeptierte diese Szene nicht, weil eine Karikatur meistens etwas bestimmtes zeigen will, das man nicht sagt oder sieht. Die Szene symbolisiert den Araber, der sich und die Europäerin (Demokratie, westliches Weltbild) tötet. Das rassistische Bild ist schon vorhanden und braucht keine Karikatur. Die Szene bestärkt nur diese Ansicht und soll als der Grund des letzten Krieges gelten, das heißt die israelische Aggression rechtfertigen. Ich sagte Airan, dass ich diese Szene nicht akzeptiere und

dass wir gemeinsam eine bessere arbeiten können. Er lehnte aber ab und insistierte auf diese Szene. So verließ ich das Stück aus Protest und beschloss, in die Heimat zurückzukehren.

Herr Saleh Bakri, Sie arbeiteten seit Dezember auf das Theaterstück "Jerusalem, mon amour". Können Sie uns erklären, worum sich das Stück handelt?

Das ist ein Experimentaltheaterstück. Ich lernte Airan in Tel Aviv beim Beginn der Intifada 2000 kennen. Als er die Stelle im Schauspielhaus in Wien erhielt, rief er mich an. Er schlug ein Theaterstück vor, das der Form der Standup-Comedy nahesteht und diejenigen, die in Jerusalem verliebt sind, behandelt. Da ich Moscheen und Kirchen nicht mag, fand ich die Idee gut. So kam ich nach Wien und wir begannen am 6. Dezember 2001 mit der Arbeit. Anfangs lag kein Konzept vor und wir hatten nur den Titel "Jerusalem, mon amour". Wir haben dann gemeinsam an ein Konzept gearbeitet. Je tiefer wir in die Arbeit gingen, desto klarer wurden uns die Schwierigkeiten. So ließen wir das Konzept der Standup-Comedy sein und entschieden uns für einen komplexeren Weg, der den palästinensisch-israelischen Konflikt behandelt. Ein in Wien lebender deutscher Regisseur namens Anseln war zu Beginn auch beteiligt, trat aber zurück, weil er keinen Bezug zu diesem Konflikt hatte.

Da Airan, obwohl seit zwanzig Jahren in Wien, israelischer Herkunft ist, konnte ich seine Sympathie für Israel einsehen und verstehen. Ich versuchte immer dies zu berücksichtigen, aber ohne dass

ich auf mein und meines Volkes Recht auf Selbstbestimmung verzichte. So fing die Arbeit an, und so der Konflikt. Es



Saleh Bakri

handelt sich um ein TV-Talkshow, wo ich und Airan die Rollen eines Palästinensers und eines Israeli spielen, die eine Debatte führen. Es geht um die Medien und den Konflikt. Jeder von uns schrieb seine eige-

Waren Ihnen vorher die Widersprüche nicht sichtbar?

Nicht ganz. Die Arbeit war hart und wir hatten mehrere Debatten. Wir konnten aber immer eine Lösung finden. Durch diese Szene verliert aber die Arbeit

ihren Wert. Man kann ein ganzes Stück über das palästinensische Leid machen, und dieses ganz am Ende mit einem Wort zunichte machen. Das tat Airan in der vorletzten Szene (vor dem letzten Krieg), wobei diese Szene "den letzten Krieg" und alle israelischen Verbrechen gegen die Palästinenser rechtfertigt. Ich als Mensch und als Palästinenser kann kein Verbrechen gegen irgendein Volk rechtfertigen.

Aber die Herausforderung war von Anfang an da..

Ja. Mein Fehler war, dass ich beim Beginn seine politische Meinung nicht kannte und auch nicht versuchte, ihm meine politische Meinung zu veranschaulichen. Für mich war das eine rein künstlerische Arbeit. Dadurch fehlte etwas bei dieser Arbeit. Täten wir beide dies von Anfang an, so hätten wir eine andere Arbeitsmethode gefunden und einen anderen Konzept ausarbeiten können, um beide Ansichten darzustellen und dem Publikum das Urteil zu überlassen.

Ich will aber hier betonen, dass ich mit Airan als Mensch kein Problem habe. Ich weiß eine menschliche Beziehung vom politischen Konflikt zu trennen. Letztendlich ist Airan selbst nicht der Besatzer, denn Airan hat nicht in der israelischen Armee gedient.

Werden sie jetzt Konsequenzen ziehen, was Arbeit mit israelischen Künstlern betrifft?

Ich habe aus dieser Erfahrung gelernt, dass man vom Anfang an gegenseitig die Karten aufdecken soll. Ich mag Offenheit und Klarheit und bin nach wie vor für Zusammenarbeit.

Aber zwingt eine Zusammenarbeit mit Israelis einen nicht zu Kompromissen?

Um mit Israelis, sei sie rechte oder linke, zusammenarbeiten zu können, ist

man zu Kompromissen gezwungen. Aber sie auch müssen Kompromisse eingehen. Aber als Opfer kann man auf viele Dinge nicht bloß für Kompromisse ihrerseits verzichten, die nur als Gewissensbetäubung gelten.

Saleh Bakri

Der Sohn von Mohammad Bakri, dem bekannten palästinensisch-israelischen Schauspieler, ist im Jahr 1977 in Jafa geboren und ist im Dorf Biina in Nordpalästina (im heutigen Israel) aufgewachsen.

Nach seinem Schulabschluss im Jahr 1995 an der "Arabischen Orthodoxen Schule" in Haifa, begann er mit seiner Schauspielausbildung an der Schule "Bet Tsvi" in Ramat Gan, einem Vorort von Tel Aviv, das er im Jahr 2000 abschloss.

Sein erstes Theaterauftritt war im hebräischen Theaterstück von Mohammad Bakri "Samir und Jonathan auf dem Mars". Er galt als der einzige arabische Schauspieler im Habima-Theater. Nach zwei weiteren Theaterstücken verbrachte er ein Jahr in Avignon (Frankreich), wo er weitere Theaterkurse absolvierte.

Würden Sie nach ihrer Rückkehr eher mit Arabern oder mit Israelis zusammenarbeiten?

Meine Idee ist, gemeinsam mit arabischen Künstlern eine Theatergruppe als arabisches Theater zu gründen, und nachher studieren wir die Möglichkeiten von Zusammenarbeit mit israelischen Künstlern. Trotz aller finanziellen und praktischen Schwierigkeiten

sehe ich dies als eine Notwendigkeit, um als gleichberechtigte und gleichgestellte Partner mit Israelis gemeinsame Arbeiten zu gestalten, die zu Koexistenz, Gleichberechtigung und Menschenrechte im Lande aufrufen.

Ich lebe mit Israelis und sie leben mit mir. Aber sie müssen verstehen, dass sie

sind diejenigen, die in meinem Land leben und nicht ich, der in ihrem Land lebt. Das ist mein Motto. Ich habe keine Identitätskrise, denn ich bin dort geboren, wie auch mein Vater und Großvater. Das Hauptproblem ist, dass sie die Infrastruktur besitzen. Da das Theater und

die Arbeit in ihren Händen sind, heißt das, ich arbeite bei ihnen, aber ich lebe nicht bei ihnen. Ich lebe bei mir. Ich will dort in Frieden leben und will keinen vertreiben, will aber nicht als Fremder im eigenen Land behandelt werden. Ich erinnere mich an einen Satz von meinem Vater: "Ich kenne deine Sprache, daher gibt es für dich einen Platz in meinem Herzen. Du

kannst meine Sprache nicht, daher habe ich keinen Platz in deinem Herzen". Das fasst unser Problem mit den israelischen Künstlern zusammen.

Was bedeutet für Sie Ihr Vater, Mohammad Bakri, als Künstler?

Ich bin stolz auf ihn als Vater vor allem. Meiner Meinung nach ist er international einer der größten Schauspieler. Für mich war er der erste Lehrer und Wegweiser und der erste Patriot. Ob ich in meiner Entscheidung, ein Schauspieler zu werden, von ihm beeinflusst wurde, meine Antwort wäre... Vielleicht!

Sind auch gemeinsame Arbeiten mit Ihrem Vater, Mohammad Bakri, in Aussicht?

Wir werden am Lorcas Stück "Bluthochzeit" arbeiten, wo ich die Rolle von Leonardo spielen werde.

Haben die Werke und Erfahrungen von Mohammed Bakri einen Einfluss auf Sie gehabt?

Natürlich war ich von ihm beeinflusst. Außerdem habe ich seit meiner Kindheit den Drang gehabt, etwas zu sagen, oder besser zu schreien, was meine Willen und Gefühle ausdrückt und meine Existenz bestätigt. Ich fand das Theater als das geeignetste Ort dafür.

Ihr Vater hatte auch bittere Erfahrungen mit israelischen Regisseuren gemacht. Gibt es hier Parallelen zu Ihren Erfahrungen?

Ja. Ich bin damit konfrontiert, womit mein Vater vor 25 Jahren als Schauspieler konfrontiert war. Die Tragödie der palästinensischen Künstler in Israel ist, dass sie palästinensische Künstler und nicht

einfach Künstler sein müssen. Sie könne nicht einfach Shakespeare spielen, denn Lage, in der wir sind, erlaubt uns dies nicht. Mein Vater sagte einmal: "Ich habe das Privileg nicht, ein Schauspieler zu sein".

Ich verlange von niemanden,

mich für diese Tragödie zu entschädigen. Ich will nur die Möglichkeit haben, mit selbst entschädigen zu können. Ich will zuerst ein Mensch sein, und erst danach ein Palästinenser. Ich will zuerst ein Schauspieler sein, und erst danach ein palästinensischer Schauspieler.

Das Gespräch führte Ali Nasser, ein palästinensischer Aktivist in Wien

Ausgangsbasis für Offensivpläne

Der israelisch-palästinensische Konflikt eskaliert. Wie weiter im Rahmen der von Washington angestrebten Neuen Weltordnung? Nahost erweckt nicht zuletzt in diesem Zusammenhang besondere Sorgen. Zwar ist das den USA verbundene Israel noch territorial klein, jedoch liegt es an einem archimedisch-dynamischen Welthebel. Europa, Asien und Afrika treffen in seinem Umkreis aufeinander. Finanziell von den Vereinigten Staaten auffallend stark gefördert, auch von der BRD, hat der zionistische Staat eine hocheffiziente Elektronikindustrie aus dem Boden gestampft und eine maximal schlagkräftige Armee geschaffen. Damit steht dort für Offensivpläne der neuen Superweltmacht in Richtung Nordwest, Fernost und auch Süd eine unverzichtbare, rückendeckende Ausgangsbasis bereit.

Bei Gründung Israels vor mehr als einem halben Jahrhundert sind schon zum Auftakt Hunderttausende Einheimische vertrieben worden. Versuche, die Invasoren mit unterlegenem arabischen Militär zu stoppen, scheiterten. Schritt für Schritt ging Israel nun zu weiterer Aneignung fremder Gebiete über, wobei verbliebene alteingesessene Muslims ausgegrenzt werden. Das alles unter Bruch von UN-Beschlüssen. Die entsprechenden Territorien wurden von einer Vielzahl untereinander durch Straßen vernetzter Wehrsiedlungen verbunden. Dadurch ist das Land der Palästinenser zerstückelt und von Strangulation bedroht.

Jetzt dringen israelische Panzereinheiten luftgestützt tief in arabisches Restland vor. Auf Fernsehschirmen kann weltweit beobachtet werden, wie schwerbewaffnete Verbände der Armee Israels gegen vornehmlich junge Steine werfende Zivilisten schießend einschreiten. Blutiger diktatorischer Kolonialismus nach außen, während zugleich im Innern des zionistischen Staates als Demokratie bezeichneter großbürgerlicher Parlamentarismus die Regel ist. Wohnhäuser werden gesprengt, Olivenhaine abgeholzt, Ortschaften von Hubschraubern aus bombardiert, vorgebliche Gegner gezielt exekutiert. Als Jude empfinde ich darob tiefe Scham.

In ihrer machtlosen Verzweiflung begehen einzelne Palästinenser im Unterdrückerstaat inmitten von Menschenansammlungen Selbstmordattentate. USA-Präsident Bush hat die darauf folgenden rechtswidrigen Rachebombardements dichtbesiedelter palästinensischer Viertel ausdrücklich gutgeheißen. Dieser sich christlich Gebende betrachtet ebenso wie frömmelnde Juden das fünfte Gebot "Du sollst nicht töten!" als einen Fetzen Papier. Also weitermorden! Das Töten geschieht

in Wellen. Zwischengeschaltet werden zur Ablenkung der Weltöffentlichkeit Illusionen erweckende Lösungsvorschläge, aus denen nichts wird, oder die bei scheinbarem Einverständnis nicht eingehalten werden. Angesichts solcher Vernebelungstaktik kommt es darauf an, sich nicht durch Lawinen kaum durchschaubarer Zweckmeldungen in die Irre führen zu lassen. Es gilt sich an überprüfbare Grundtatsachen zu halten. Dazu gerafft folgendes:

Erstens: Man sollte nie vergessen, dass Israels zionistische Staatsdoktrin großbürgerlicher jüdischer Nationalismus in Reinkultur ist. Kernaussage: auf fremdem Boden einen eigenen Staat errichten. Dazu

wurde das seit Jahrtausenden von Arabern besiedelte große Gebiet zwischen Ägypten und Mesopotamien erwählt. Ziel war und bleibt die allmähliche Einnahme des gesamten betreffenden Territoriums, das als Erez Jisrael bezeichnet wird. Der israelische Historiker Prof. Mosche Zimmermann präzisiert: "Letztlich ist die Stimmung im Lande mehr rechts. Rechts bedeutet in Israel, dass man gegenüber Palästinensern nicht nachgiebig ist. Dass man das, was man ganz Israel nennt, für eine Selbstverständlichkeit hält." Als kleinere Ausgangsposition dazu liegt in der Mitte von Erez, wie es im zionistischen "Philo-Lexikon" heißt, "Palästina eingengt". Die unverzichtbare Expansion von dort aus ist logischerweise nur durch Verdrängung weiterer moslemischer Ureinwohner zu erreichen.

Zweitens: Die Ausarbeitung der zionistischen Doktrin, Ende des 19. Jahrhunderts, fiel in die Zeit des Beginns der imperialistischen Ära des Kapitalismus. Diese wurde befördert durch extreme Zunahme der Produktivkräfte, Finanzentwicklung und Machtkonzentrationen. Es folgten zwei Weltkriege. Gegen Ende des ersten kam es zur sozialistischen Oktoberrevolution. Nach jahrzehntelangem imperialen Kampf gegen die Arbeitermacht kostete der menscheitsrettende Sieg über den Nazifaschismus die UdSSR 26 Millionen Menschenleben. Sie blieb anfangs tief erschöpft zurück und erlag nach einem ermutigendem Aufschwung später Zersetzungs- und Stagnationsprozessen sowie verräterischen Mächenschaften. Die USA konnten nun als alleinverbleibende Supermacht die Welt Herrschaft anpeilen. Erste Schritte waren entsprechende Vorstöße gen Osten (u. a. Irak, Jugoslawien, Afghanistan).

Auf längere Sicht werden Washington ungeachtet heutiger Freundschaftsbeteuerungen die Atomkräfte Russland und Volkschina als Haupthindernisse auf dem Weg zu weltweiter Vorherrschaft ins Visier geraten. Der "Spiegel" fragte kürzlich den USA-

Fritz Teppich

Mitglied im "Arbeitskreis Nahost Berlin", einem von unterschiedlichst orientierten Juden, Arabern und Deutschen gebildeten Gesprächs- und Aktionskreis. Stammt aus einer liberalen jüdischen Altberliner Bürgerfamilie. Kämpfer gegen den Faschismus. Dank der Flucht vor einem Auschwitz-Transport überlebte er den Holocaust.

Strategieplaner Zbigniew Brzezinski: "Wer wird der nächste Feind ...?" Dieser antwortete: ... "Eine neue schrecklichere Bedrohung" als der 11. September. "Sie sprechen von Massenvernichtungswaffen ...?" Darauf Brzezinski: "Richtig". Just zu diesem Zeitpunkt hatte USA-Präsident Bush einseitig den ABM-Vertrag gekündigt, der – Weltkonflikten vorbeugend – Sternenkriegsvorbereitungen ausgeschlossen hatte. Der "Spiegel" schlussfolgerte nach dem "Sieg in Afghanistan" in seiner Jahresendnummer: "Washington träumt von einem neuen Empire." Dazu also weltweite Militärpräsenz von Europa über Israel bis Fernost. Eine neoimperialistische Weltordnung wird angestrebt, ein USA-Weltreich, die absolute Vormacht der Vereinigten Staaten. Noch einmal der "Spiegel": "Eine auf Dauer konfliktreiche

Die Rolle Israels spaltet die südafrikanische jüdische Gemeinschaft

“Aus der südafrikanischen Perspektive heraus kann man die Augen nicht davor verschließen, dass es zwischen der Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch Israel und der Unterdrückung im Apartheidsystem Südafrikas Parallelen gibt.” So heißt es in der “Deklaration des Gewissens”, die am 8. Dezember 2001 unter der Überschrift “Nicht in Meinem Namen” in einer südafrikanischen Tageszeitung veröffentlicht wurde.

Die Verfasser der Deklaration sind Ronnie Kasrils und Max Ozinsky, zwei langjährige jüdische Kämpfer gegen das ehemalige Apartheidsystem in Südafrika. Unterzeichnet wurde sie von 220 jüdischen Bürgern Südafrikas. Weitere zentrale Aussagen des Dokuments sind, dass als Ursache des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern die Weigerung Israels, die Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen, zu sehen ist, und dass die Besetzung palästinensischen Landes der Grund für die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten ist.

Die “Deklaration des Gewissens” hat unter den 80.000 Juden in Südafrika eine ungeahnt heftige Debatte ausgelöst. Die eindeutige Stellungnahme, dass Israel der Aggressor ist und dass die Unterdrückung der Palästinenser mit der Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung im ehemaligen Apartheidsystem verglichen wird, wird von anderen Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft als Verrat am jüdischen Volk gesehen.

Welt.”

An einvernehmliche Lösungen in Nahost kann also nicht gedacht werden. Die palästinensischen Befreiungskämpfer werden Täler des Leidens durchschreiten müssen. Doch längerfristig bleibt nichts wie es ist. Wo auch immer, wir oder ähnlich gesinnte Nachfahren werden weltweit prinzipielle Veränderungen erkämpfen müssen. Erfolg wird letztlich nicht ausbleiben. Vorerst aber muss leider dem Konzernorgan “FAZ” recht gegeben werden, das am Weihnachtsvorabend unter der Schlagzeile “Keine Entwarnung” schrieb: “Auch das Jahr 2002 wird ein Kriegsjahr sein.” Auf entgegengesetzter Seite urteilte der Veteran des linken Flügels der britischen Labour Party Tony Benn im ND: “Dies ist der gefährlichste Augenblick für die Menschheit, den ich je erlebt habe.”

Fritz Teppich

Eine Kluft, die unter den Juden Südafrikas schon das letzte Jahrhundert vorhanden war, ist neu aufgebrochen und spiegelt in ihrer Heftigkeit die historische Situation der Juden Südafrikas wieder. Prägendes Erlebnis für alle, viele von ihnen Nachfahren litauischer Juden, die Ende des 19. Jahrhunderts ins Land flüchteten, war der Holocaust in Eu-



Der südafrikanische Abgeordnete Ronnie Kasrils

ropa und so wurde die Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 begrüßt. Im selben Jahr wurde in Südafrika unter der Führung der Nationalpartei das Apartheidsystem, also die Trennung der Rassen, legalisiert. Die weiße Minderheit hatte sich per Verfassung das Recht zur Unterdrückung und Ausbeutung der schwarzen Mehrheit gegeben. Der Antisemitismus spielte in diesem System eine untergeordnete Rolle, denn die Juden Südafrikas wurden als Weiße klassifiziert und damit Teil der herrschenden Rasse. Während es so in einer Zeit, wo die Erinnerung an die Grauenhaftigkeiten des Holocaust noch so frisch waren, gelang, einen Teil der Juden zu Komplizen oder zumindest Duldern des verbrecherischen Apartheidregimes zu machen, konnten andere gerade wegen der fri-

schen Wunden des Holocaust angesichts der Verbrechen an der schwarzen Bevölkerung nicht stillhalten. Sie gaben ihr privilegiertes Leben auf und schlossen sich dem Kampf der afrikanischen Bevölkerung an. Ronnie Kasrils, der heute Minister in der südafrikanischen Regierung ist, war beispielsweise ein Kommandeur des bewaffneten Flügels des ANC (Afrikanischer Nationalkongress), zwei jüdische ANC Mitglieder wurden 1963 gemeinsam mit Nelson Mandela verhaftet und von den sieben Weißen, die 1990 ins Exekutivkomitee des ANC gewählt wurden, waren fünf Juden.

An der Seite der Unterdrückten kämpfend, musste schon in Hinblick auf den eigenen Kampf der Staat Israel als Feind gesehen werden. Als sogar die westlichen Staaten nicht umhin konnten, das Apartheidregime zu verurteilen und zumindest verbal wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen, war Israel offen auf der Seite Südafrikas. Israel unterstützte die Sanktionen und Resolutionen gegen Südafrika nicht, denn in den UNO-Resolutionen gegen Rassismus wurden beide Länder genannt. Die südafrikanischen Juden mussten entweder schmerzlich sehen, dass die Waffen, die die Zivilisten und Kinder in Soweto und anderen Townships niederstreckten, israelische Erzeugnisse waren, oder sie verschlossen die Augen, wie so viele.

Es ist ermutigend, dass Juden, die im Schmerz über das Unrecht, das ihrer Gemeinschaft widerfahren ist, auch das Unrecht, das an anderen verübt wird, empfanden und empfinden. Es ist zu wünschen, dass die Auseinandersetzung in der südafrikanischen jüdischen Gemeinschaft internationale Dimensionen annimmt und dass sie dazu beiträgt, verkleisterte Augen und verpanzerte Gehirne zu öffnen. Vielleicht werden südafrikanische Juden, die selbst aktiv im Kampf gegen ein Unterdrückerregime standen, gehört, wenn sie das palästinensische Volk unterstützen und Israel als den Aggressor anprangern. Ihnen wird doch wohl niemand Antisemitismus unterstellen wollen oder sich anmaßend herausnehmen, sie als Rechte zu beschimpfen.

*Elisabeth Lindner-Riegler
Aktivistin der Antimperialistischen Koordination
in Wien*

Ein Jude an die zionistischen Kämpfer

Was wollt ihr eigentlich?
Wollt ihr wirklich die übertreffen
die euch niedergetreten haben
vor einem Menschenalter
in euer eigenes Blut
und in euren Kot?

Wollt ihr die alten Foltern
jetzt an andere weitergeben
mit allen blutigen dreckigen Einzelheiten
mit allem brutalen Genuss
der Folterknechte
wie eure Väter sie erlitten haben?

Wollt jetzt wirklich ihr
die neue Gestapo sein
die neue Wehrmacht
die neue SA und SS
und aus den Palästinensern
die neuen Juden machen?

Aber dann will auch ich
weil ich damals vor fünfzig Jahren
selbst als ein Judenkind gepeinigt wurde
von euren Peinigern
ein neuer Jude sein
mit diesen neuen Juden
zu denen ihr die Palästinenser macht

Und ich will sie zurückführen helfen
als freie Menschen
in ihr eigenes Land Palästina
aus dem ihr sie vertrieben habt
oder in dem ihr sie quält
ihr Hakenkreuzlehrlinge
ihr Narren und Wechselfälger
der Weltgeschichte
denen der Davidstern auf euren Fahnen
sich immer schneller verwandelt
in das verfluchte Zeichen
mit den vier Füßen
das ihr nur nicht sehen wollt
aber dessen Weg ihr heute geht

Erich Fried (1988)



Symbol der rechtsradikalen Kach-Partei

Zionistischer Terror in Italien

“Wer nicht für Sharon ist der steht auf der Seite der Terroristen.”

Zweihundert jugendliche Angehörige der jüdischen Gemeinde in Rom stürmen die Parteizentrale von *Rifondazione Comunista*: Beschimpfungen, Sachbeschädigungen, Passanten werden verletzt.

Es ist viertel zwei. Zwanzig bis dreißig jugendliche Angehörige der jüdischen Gemeinde ... nähern sich der Parteizentrale der Rifondazione in der via del Policlinico. An den Fenstern der Redaktion der *Liberazione* werden israelische Fahnen und Schilder angebracht. Auf einem gelben Schild steht “Rifondazione = Nazis!” [“Rifondazione nazista”], auf anderen “Terrorist Arafat” und “Nein zu einem einseitigen Pazifismus”. Ein Flugblatt macht die Runde, auf dem Bertinotti “Antisemit” genannt wird. Das Symbol der Rifondazione ist mit einem Hakenkreuz versehen.

Man hört Schreie: “Bertinotti du Dreckskerl”, Luisa Morgantini [Europarlamentarierin und vielleicht die bekannteste Pazifistin Italiens, war zahlreiche Male mit Friedensdelegationen in den besetzten Gebieten und bedrohten Städten] wird verhöhnt, ein Gebrüll wie im Stadion. Wer da aufzutauchen wagt, wird angeschrien. “Ihr Nutten” heißt es zu einigen Frauen, zu anderen heißt es “Zecken!”. Bekannte Gesichter des “Ordnerdienstes” des Portico d’Ottavia, die Jugendlichen des Ghetto (1), versperren die Zugänge zur Straße, die Straße ist blockiert. Einige sind mit Helmen und Stangen ausgestattet. Neben der Poliklinik wird Mädchen mit Palästinenserschul angegriffen, und einige Autofahrer. “Sie haben uns schmutzige Juden genannt”, wird es später heißen. Dabei werden fünf bis sechs Autos beschädigt. Es werden vier Verwundete gemeldet, von der PRC ist aber keiner dabei.

In wenigen Minuten sammeln sich mindestens 200 Menschen an. Sie besetzen die beiden Fahrbahnen, werfen mit Eiern und lassen ihre Wut an Autos und Mopeds aus. Die Polizei ist bereits benachrichtigt und berichtet, Angreifer und die Angegriffene hätten beinahe zur selben Zeit angerufen; aber die Rifondazione hat beileibe nicht gesagt: Wir wer-

den belagert, helft uns!”. Es taucht Leone Paserman auf, der ruhige und besonnene Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, sowie der charismatische Chef der Jugendlichen des Ghetto, Riccardo Pacifici, stellvertretender Vorsitzender der *Kinder der Schoab*, er steht der italienisch-israelischen Freundschaftsgesellschaft *Italia–Israele* nahe. Sie fordern ein Treffen mit der PRC. ... Es wird drei Stunden lang über Sharon und Palästina diskutiert, über Arafat und die Kamikaze-Aktionen. Nicht alle werden von Paserman und Pacifici pauschal als Antisemiten eingestuft, aber ihr genereller Vorwurf lautet: “Ihr verurteilt den Terrorismus nicht, ihr seid einseitig!”

Es werden weitere Treffen vereinbart, aber auf das Ersuchen, man möge sich für die Vorfälle entschuldigen, erfolgt keine Reaktion. “Das heutige Verhalten ist nicht zu akzeptieren”, kommentiert Giordano [Fraktionssprecher der Rifondazione und *Liberazione*-Autor] fassungslos, “Und der Vorwurf des Antisemitismus ist absurd.” “Es ist ein Angriff auf die Rifondazione”, meint Curzi [Chefredakteur der *Liberazione*] traurig. “Ein Schlag gegen die gewachsenen demokratischen Kräfte in Rom, ein Versuch, den Zusammenhalt zwischen der jüdischen Gemeinde und den antifaschistischen Kräften zu zerstören.”

Während das Treffen noch andauert, eskaliert draußen die Situation, trotz der Präsenz von Polizei und Carabinieri. Stöße, Rempelen. Sie schlagen sich jetzt auch untereinander. Das passiert mindestens dreimal. Die Moderaten geraten an die Gewalttätigen. Ein Photograph des *Messaggero* wird attackiert, ein Auto wird zerstört. (Pacifici wird später ein Ersatzauto kaufen, um einer Anzeige zu entgehen). Die Polizei hat für das alles Verständnis. “Wer in Jerusalem Verwandte hat, der ist jetzt natürlich aufgebracht”, bemerkt ein Polizist.

Festnahmen erfolgen keine. Aber Paserman und Pacifici werden bloß aufgefordert, sich auf die Straße zu begeben und ihre Truppen aufzulösen. Dem leisten sie Folge. Es ist jetzt halb vier.

“Von mir hat niemand etwas verlangt”,

Rom:

100.000 demonstrieren gegen die zionistische Besatzung

lautet Pacificis Version. „Ich hab mich doch drüber aufgeregt. Das Flugblatt gegen Bertinotti? Das hab *ich* beschlagnahmt, aber das Hakenkreuz auf dem Symbol von Rifondazione soll einen ruhig spüren lassen, wie es ist, wenn man Nazi genannt wird. Und das gilt auch für die Grünen, das *manifesto* und die Globalisierungsgegner!“ fügt er drohend hinzu. „Die Kundgebung ist von andern organisiert worden, ich bin nur da, um ärgere Auseinandersetzungen zu verhindern.“ Gute Rollenaufteilung.

Zwischen den beiden und Polizeipräsident Finazzo fand ein Treffen statt. Es werden Anzeigen gegen die Abhaltung einer nicht genehmigten Kundgebung erstattet werden. „Bei fünf-, sechshundert Leuten gibt es schon mal ein paar Verrückte“, meint Paserman lässig.

Die Juden Roms sind geteilt, gestern aber hatten aber gesetzlose Provokateure die Oberhand. Die jüdische Gemeinde und *Italia–Israele* sind ganz auf Krieg gestimmt: „Entweder für Sharon oder für die Terroristen. Neue Auseinandersetzungen sind schon vorprogrammiert.“

(1) Porticus (Säulenhalle) der Octavia, ein Bau aus dem zweiten vorchristlichen Jahrhundert, von Augustus erneuert und seiner Schwester Octavia geweiht. Die gleichnamige Straße (via Portico d'Ottavia) und das angrenzende Gebiet bilden das in der Altstadt gelegene Judenviertel, auch heute noch *Ghetto* genannt, in dem etwa 500 jüdische Familien wohnen, ein Teil der etwa 15.000 Juden Roms. Das Ghetto wird auch einfach mit *Portico d'Ottavia* umschrieben, daneben ist die Bezeichnung *Villaggio degli Ebrei* üblich. Das Ghetto wurde 1555 von Paul IV. gegründet, in ihm fanden grauenhafte Massenverbrennungen statt. Es wurde schließlich 1870 aufgelassen. Jahrhundertlang mussten die Juden der römischen Amtskirche erniedrigende Ehrerbietungsrituale bezeugen. Von der kommunistischen Publizistik Italiens, besonders auch deren Tageszeitungen, ist die Geschichte der Erniedrigung und Vernichtung der italienischen Juden seit dem Mittelalter, wie auch die im Jahr 1986 erfolgte Versöhnungsgeste des Vatikans, als der erste Besuch eines Papstes in der römischen Hauptsynagoge stattfand, detailliert dokumentiert worden. Protagonist dieser Geschichtsschreibung war – noch vor dem Entstehen der *Liberazione* – das *manifesto*. Allein vor diesem Hintergrund ist es verständlich, warum die Kommunisten über die maßlose und unbegründete Stigmatisierung der Linken als antisemitisch derart empört sind. Die Vergiftung der Atmosphäre ist auf das Vordringen eiskalt kalkulierender und fanatischer Nichts-als-Zionisten zurückzuführen, deren wichtigster und agilster Vertreter Pacifici ist.

Quelle: Alessandro Mantovani: „Chi non è con Sharon, sta con i terroristi“; in: *manifesto*, 3. April 2002

Übersetzung: Aug und Obr



„Juden gegen die Besatzung“: Eines der Transparente auf der Demonstration am 9. März in Rom

Trotz des Regens, des Verschweigens der Massenmedien und der Boykottversuche seitens der pazifistischen, „äquidistanten“ Linken demonstrierten am 9. März in Rom rund 100.000 in Solidarität mit der Intifada. Es handelte sich dabei um die größte Solidaritätskundgebung mit der palästinensischen Sache, die jemals in Italien stattfand, noch größer als jene 1976 gegen das Massaker von Tal El Zaatar. Wahrscheinlich war es die größte Demonstration in Unterstützung der Intifada, die jemals im Westen stattgefunden hat.

Lanciert wurde die Idee zu einer großen Demonstration im Oktober vergangenen Jahres durch das Palästina-Forum. Realisiert wurde sie in der Folge durch das zähe Engagements eines gemeinsamen Basisaktionskomitees, an dem auch das Campo Antimperialista (die italienische Sektion der Antiimperialistischen Koordination) beteiligt war. Der Aufruf enthielt fünf einfache und klare Punkte:

Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten!

Schleifung aller zionistischen Siedlungen!

Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge!

Für einen unabhängigen palästinensischen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt!

Entsendung einer internationalen Beobachtermission gegen die israelischen Übergriffe!

Schließlich enthielt er einen Appell an die Palästinensische Nationalbehörde den Generalsekretär der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und alle anderen unter dem Druck Israels, der USA und Europas inhaftierten Aktivisten der Intifada freizulassen.

Die Medien versuchten sogleich diese grandiose Demonstration in einem pazifistischen Sinn umzudeuten als hätte sie sich zwischen die zionistischen Schlächter

und die palästinensischen Opfer gestellt und gegen jede Form der Gewalt von beiden Seiten aufgerufen. Dem war keineswegs so. Die Demonstration hatte einen klar antiimperialistischen Charakter: sie unterstützte das legitime Recht der Palästinenser in ihrem Befreiungskampf alle Mittel zu verwenden und sie insistiere darauf, dass der Kampf für die Abschüttelung der Besatzung und gegen die Unterdrückung nicht als terroristisch bezeichnet werden darf. Gesetzlos und terroristisch sind hingegen die USA und die NATO-Staaten, die eine Strategie des permanenten Krieges zur Aufrechterhaltung ihrer imperialen Vorherrschaft verfolgen. In krimineller Weise bombardierten sie Jugoslawien und Afghanistan und verhängten ein mörderisches Embargo gegen das irakische und kubanische Volk.

Der außergewöhnliche Erfolg der Demonstration vom 9. März muss ein Anstoß für die gesamte internationale antiimperialistische Bewegung sein. Sie muss als Impuls verstanden werden, gemeinsam den Kampf fortzusetzen, die Kampagne für die Unterstützung der Intifada zu intensivieren und all jene Völker und Bewegungen zu unterstützen, die gegen die westlichen Aggressionskriege und die kapitalistische Globalisierung kämpfen.

Auch wir werden dazu unseren Beitrag leisten: Ende März wird sich eine internationale Solidaritätsdelegation in den Irak begeben. Für den Jahreswechsel planen wir abermals eine breite antiimperialistische Solidaritätsdelegation für Palästina.

Vom 3. bis zum 10. August findet in Assisi, Italien, das Antiimperialistische Sommerlager statt, bei dem die verschiedensten antiimperialistischen und revolutionären Kräfte zusammentreffen. In dessen Rahmen rufen wir zu einem europäischen Koordinationstreffen der verschiedenen die Intifada unterstützenden Kräfte auf. [siehe Seite xxxxx]

Margarete Berger
Aktivistin der Antiimperialistischen
Koordination in Wien
 10. März 2002

Zwei Völker, ein Staat

Nur der Sieg der Intifada und die Niederlage des Zionismus können zu einem gerechten und dauerhaften Frieden führen

1

Am 28. September 1995 unterschrieben Rabin und Arafat im Weißen Haus nach jahrelangen Verhandlungen einen "historischen" Friedensvertrag zwischen Israel und der PLO. Dieser sah vor, dass sich Israel schrittweise aus dem Westjordanland und dem Gasa-Streifen zurückziehen und dort ein unabhängiger palästinensischer Staat entstehen würde. Das Grundprinzip des Abkommen war, nachdem die PLO das legitime Recht auf die Befreiung ganz Palästinas aufgegeben hatte, die Losung "Zwei Völker, zwei Staaten". Die palästinensische Linke, der antiimperialistische arabische Nationalismus und einige islamische Bewegungen verurteilten die Verträge als Verrat, denn es könne so lange keinen wirklichen Frieden geben, solange der künstliche zionistische Staat im Herzen der arabischen Nation als Brückenkopf des Imperialismus existiere.

Am 5. Oktober präsentierte Rabin die Verträge der Knesset, wo sie mit nur zwei Stimmen Mehrheit angenommen wurden. Nur knapp einen Monat später wurde er von einem israelischen Attentäter ermordet, der auf unerklärliche Weise die Sicherheitsvorkehrungen überwinden hatte können. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass der Mörder nicht allein handelte, sondern mit der Unterstützung und auf Befehl von Teilen des zionistischen Establishments gehandelt hatte.

2

Die Liquidierung von Rabin war der Anfang vom Ende des "Friedensprozesses". Er zeigte die Niederlage jenes Teils der zionistischen Bourgeoisie an, die mit der Unterstützung Arafats über ein von ihr gelenktes Palästina beschränkter Souveränität nach der Hegemonie und der Expansion im Nahen Osten strebte.

Die intransigentesten Teile des Zionismus gewannen fortan die Überhand. Zuerst Netanjahu, dann Barak und schließlich Sharon betrieben eine systematische Sabotage an den Verträgen. Die Truppen wurden entgegen den Abmachungen nicht zurückgezogen, während die Siedlungstätigkeit nochmals gesteigert

wurde. In zahlreichen Interviews betonten die zionistischen Führer wieder und wieder, dass sie weder einen souveränen palästinensischen Staat akzeptieren, noch Ostjerusalem, geschweige denn das Jordan-Tal und die Golanhöhen aufgeben könnten. Mit der bekannten Arroganz verwiesen sie darauf, dass die Siedlungen unverzichtbare strategische Vorposten zur "Verteidigung Israels" darstellten. Der zionistische Plan war klar: Nachdem man den Palästinensern eine Niederlage zugefügt hatte, würde man ihnen eine Reihe von Bantustans nach dem südafrikanischen Apartheidmodell zugestehen, denen jeder territoriale Zusammenhang abginge und die sich immer in ihrer Schussweite befänden.

3

Der Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 war daher nicht die Ursache für das Scheitern der Verhandlungen, sondern dessen direkte Konsequenz. Die große Mehrheit des palästinensischen Volkes hatte an den Frieden geglaubt, die Hoffnung auf ein Ende des Konflikts gehegt. Sie stimmten massenhaft für Arafat trotz seiner schwankenden und oftmals pro-israelischen Haltung, sowie seines Paternalismus. Das Ziel des Aufstandes (dessen Motor die ärmsten Schichten sind) war nicht nur Israel mit seiner unterdrückerischen und ausbeuterischen Politik, sondern auch die Palästinensische Nationalbehörde (PNA), die sich zu sehr dem Zionismus untergeordnet und mit dem israelischen Kapitalismus verstrickt erschien.

Anstatt zu wirklichen Friedensverhandlungen zurückzukehren, schlug Israel mit beispielloser Härte zu. Dabei konnte es sich auf die volle Unterstützung der USA verlassen, während die schwankenden und korrupten arabischen Regimes, deren Hauptsorge die Verhinderung jeder wirklichen Veränderung in der Region ist, zusahen.

4

Mit der kürzlichen israelischen Mili-

täroffensive, der Belagerung Arafats, der Besetzung der von der PNA verwalteten Städte bezweckt Sharon, der "Großisrael" noch immer im Kopf hat, folgendes:

- a) den Sarg über den Friedensverträgen von 1995 endgültig zu schließen
- b) den palästinensischen Widerstand in die Knie zu zwingen und zu enthaupten und dabei das Bündnis zwischen Fatah, Hamas, Dschihad, PFLP und den anderen Befreiungsbewegungen zu zerbrechen
- c) eine kollaborierende palästinensische Führung zu schaffen, die einen Marionettenstaat akzeptiert
- d) die entscheidende Frage des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge ein für alle Mal wegzuwischen
- e) so viel als möglich Territorium zu besetzen um die sogenannte internationale Gemeinschaft vor geschaffene Tatsache zu stellen
- f) die Spannungen in der Region aufrecht zu erhalten, um den nordamerikanischen "Falken" Argumente für einen großangelegten Angriff auf den Irak zu geben.

5

Unter diesen Bedingungen vom Frieden zu sprechen, heißt heiße Luft zu produzieren. Um wirkliche Friedensgespräche zu ermöglichen, muss Israel die 1995 eingegangenen Verpflichtungen erfüllen: Rückzug der Truppen in die Grenzen von 1967 (die Golan-Höhen und der letzte besetzt verbliebene Teil des Libanons), Auflösung der Siedlungen im Westjordanland und in Gaza, das Rückkehrrecht respektieren, Ostjerusalem an die PNA zu übertragen und die Gründung eines souveränen palästinensischen Staates in den 1967 besetzten Gebieten zulassen. Nur in diesem Rahmen hatte die Entsendung von UN-Beobachtern zur Überwachung des vollen israelischen Rückzugs und Einhaltung der Grenzen zwischen den zwei Staaten sowie jenen mit den Nachbarländern Sinn.

Es ist klar, dass eine solche Perspektive nur durch eine radikale Veränderung der israelischen Politik, das heißt erst mit dem Sturz der Regierung Sharon möglich wird. Indes ist Sharon stärker denn je. Abgesehen davon, dass er Washington auf seiner Seite weiß, kann er auf die Unterstützung der Armee, der israelischen Bourgeoisie, sowie auf den beispiellosen Konsens seiner Untertanen zählen. Die sogenannte israelische Demokratie ist tatsächlich ein auf kolonialem Ausschluss basierendes Regime: die jüdische Bevölkerung gehört der herrschenden Kaste an, der allein exklusive Rechte und Privilegien zustehen, während den versklavten palästinensischen Arabern diese verweigert werden.

6

Ob es gefällt oder nicht, in Palästina und im Nahen Osten herrscht ein Zustand des permanenten Kriegs niedriger Intensität, der jeden Moment in einen verallgemeinerten Krieg übergehen kann – um so mehr als Bush unter dem Vorwand des antiterroristischen Kreuzzuges nicht nur den Irak, sondern auch Syrien und den Iran bedroht. Der Hintergrund dafür ist, dass der Imperialismus unter keinen Umständen die Kontrolle über die Öllagerstätten verlieren will. Die Existenz Israels als US-imperialistische Enklave war und ist der Hauptgrund des nicht enden wollenden Konflikts.

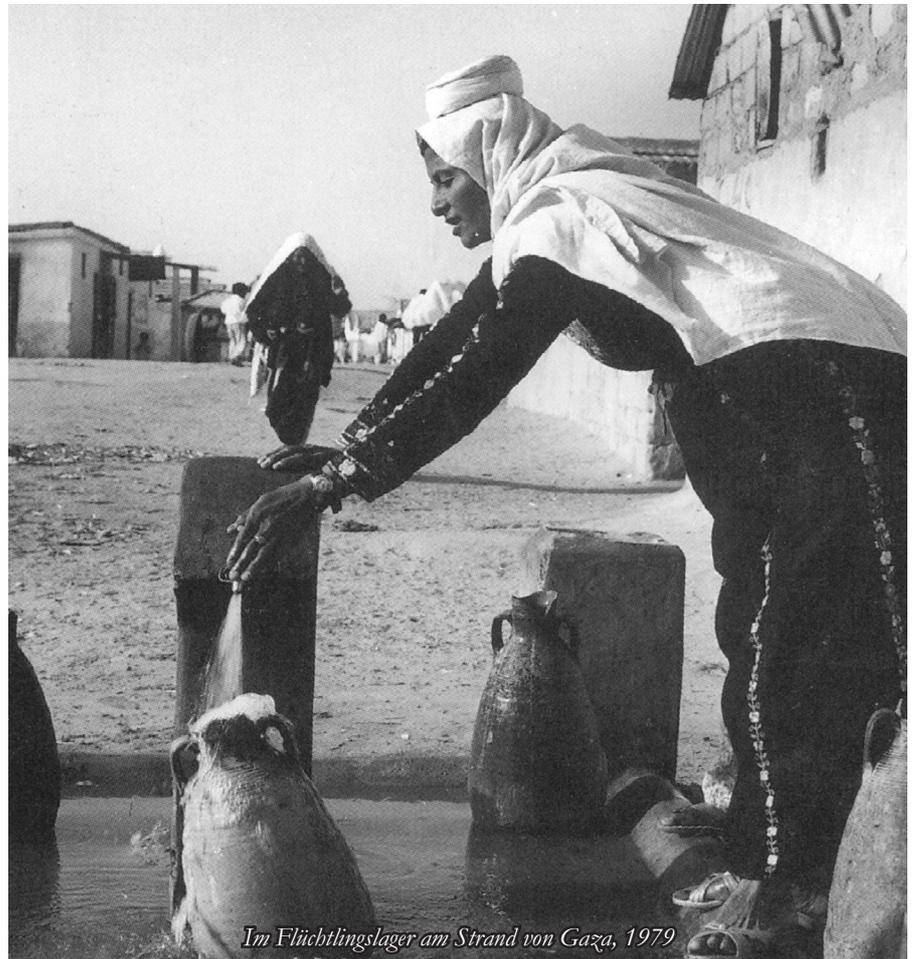
Wem die Interessen des Weltfriedens und der Menschheit am Herzen liegen, muss den Mut haben der Realität ins Gesicht zu sehen: Der Zionismus (die rassistische Doktrin eines expansionistischen jüdischen Staates, der ethnisch und konfessionell homogen sein soll) ist mit einer nur ansatzweise paritätischen Lösung nach dem Prinzip "Zwei Völker, zwei Staaten" unvereinbar. Daher kann ein in den 1967 eroberten Territorien errichteter Staat nur ein Schritt zur vollständigen Befreiung ganz Palästinas in der Perspektive einen Sieges über den Zionis-

mus als ganzes sein.

Wem Gerechtigkeit und Freiheit am Herzen liegen, muss schließlich zwei grundlegenden Punkten zustimmen: Dass der Zionismus aus dem Nahen Osten entfernt werden muss und dass die Vereinigten Staaten ihre Flotte abziehen und ihre Militärbasen in der Region schließen müssen. Das heißt keineswegs die jüdische Bevölkerung aus Palästina zu vertreiben, noch einen ethnisch reinen arabischen Staat anzustreben. Die Geschichte wird zeigen, dass eine gerechte Lösung einzig ein einheitlicher demokratischer arabischer Staat mit föderativem Charakter, in dem Juden und Araber über gleiche Rechte verfügen und in dem alle Konfessionen respektiert werden, sein kann.

Der Sturz des Zionismus, des Gendarmen der imperialistischen Weltordnung im Mittleren Osten, ist die Vorbedingung nicht nur für die nationale Befreiung des palästinensischen Volkes, sondern auch für die soziale Befreiung der arabischen Massen, die Opfer von despotischen mit Israel und den USA verstrickten und ihnen servilen Regimes sind.

Antiimperialistische Koordination
5. April 2002



Im Flüchtlingslager am Strand von Gaza, 1979

Einen anderen Zionismus gibt es nicht

Je rabiater Scharon vorgeht, desto stärker wird linker Bekenntnisdrang zu Israel

Ein Mitglied des Vorstandes der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) und DKP-Mitglied erachtet es als Selbstverständlichkeit eines jeden deutschen Antifaschisten, ein klares Bekenntnis "zum jüdischen Staat, als Staat der Holocaust-Überlebenden" abzulegen. Das ist eine in mehrerlei Hinsicht der Katastrophe im Nahen Osten würdige Position.

Weil damit erstens ein innerer Zusammenhang zwischen dem Staat Israel und dem Antifaschismus suggeriert wird. Israel aber ist alles andere als ein antifaschistischer Staat, sondern dessen weitgehende Negation. Dass es in Israel neben Antifaschisten auch Faschisten gibt, müsste eigentlich unter Banalitäten vermerkt werden. Dass der Rechtsradikalen immer mehr werden, lässt sich aus der Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung ablesen.

Zweitens reflektiert diese Position die kaltschnäuzige Unterordnung, besser: Unterwerfung der seit der Gründung des Staates Israel in Permanenz missachteten legitimen Interessen der Palästinenser unter das Primat der zionistischen Staatsräson. Die Palästinenser sind kein Volk von Holocaust-Überlebenden. Deshalb ist Parteinahme für das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung gesinnungspolizeilich erst dann gestattet, wenn die Auflage, ein Bekenntnis zu Israel abzulegen, erfüllt ist. Sollten die Palästinenser den israelischen Unabhängigkeitstag weiterhin als "Tag der Katastrophe" empfinden, ist ihnen die Solidarität zu entziehen.

Ein Staat aus der Retorte

Was einem "deutschen Antifaschisten" so selbstverständlich erscheint, kann und darf den Palästinensern nicht zugemutet werden: Das Bekenntnis zu ihrer Vertreibung, zur ethnischen Säuberung Palästinas als der Grundvoraussetzung für die Gründung eines exklusiv jüdischen Staates. So gerät der Antifaschismus, wie er hier verstanden wird, in einen fundamentalen Gegensatz zum antiimperialistischen Befreiungskampf eines Volkes.

Das Bekenntnis ist drittens auf den jüdischen Staat bezogen, das heißt auf Israel in seiner zionistischen Definition als "Staat des jüdischen Volkes". In seiner Determinante als exklusives Projekt ist der Staat Israel heutiger Definition die radikale Verneinung des Rechtes der Palästinenser auf eine gleichberechtigte nationale Existenz. Es mag zwar in Perspektive ein anderes Israel möglich sein – im Sinn einer palästinensisch-jüdischen Symbiose. Einen anderen Zionismus als den existierenden aber gibt es nicht, in welcher Spielart er auch immer aufzutreten beliebt.

Antifaschistische Pflicht kann es des-

halb nicht sein, ein Bekenntnis zu diesem Staat abzulegen. Für Antifaschisten, für die gesamte fortschrittliche Weltöffentlichkeit wäre es vielmehr bereits 1948 ein zwingendes Gebot gewesen, vor dem Bekenntnis zu einem jüdischen Gemeinwesen im Nahen Osten ein Bekenntnis zu den unveräußerlichen Rechten der autochthonen Bevölkerung Palästinas abzulegen. Auch im Sinn einer auf Frieden und Sicherheit beruhenden jüdischen Existenz in der Region, deren stärkste Bedrohung von den Zionisten ausgeht.

Der Zionismus war ursprünglich eine Erscheinung des europäischen Nationalismus an der Wende zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert. Ebenso wie der ethnische Antisemitismus. Die Entwicklung des modernen Antisemitismus als eine rassistische, biologistische Weltsicht entsprach dem verschärften kapitalistischen Verdrängungswettbewerb. Der Zionismus hat sich der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus stets entzogen. Er bildete vielmehr die jüdisch-nationalistische Entsprechung der von Antisemiten behaupteten Unverträglichkeit von Juden und Nichtjuden in einer mehrheitlich nicht-jüdischen Gesellschaft. "Die Antisemiten haben recht", schrieb Herzl. "Juden raus!" – die zionistischen Pläne entsprachen dieser Parole. Den entscheidenden Anstoß zum Auszug der Juden aus Europa gab der faschistische Massenmord an den Juden.

Der Zionismus ist auch ein Kind des europäischen Kolonialismus. Er war von Beginn an ein elitäres Unternehmen. Unterstützung fand er bei den europäischen Kolonialmächten, denen Herzl versicherte, dass der jüdische Staat eine Bastion der europäischen Zivilisation inmitten der asiatischen Barbarei bilden werde. Eine reaktionäre Utopie, die zur materiellen Gewalt werden sollte. "Gebt dem Volk ohne Land das Land ohne Volk", lautete zionistisches Begehren. Über das arabische Volk von Palästina wurde großzügig hinweggesehen. In dieser Anmaßung liegt die Ursache des Nahost-Konfliktes.

Strategisches Bündnis mit USA

Dabei war es von Beginn an keineswegs eine ausgemachte Sache, dass der jüdische



Nationalstaat in Palästina entstehen sollte. Die Wahl fiel deshalb auf das "heilige Land", weil der in seinem Ursprung säkulare Zionismus eine Massenbasis nur unter verarmten, religiös gebundenen Juden fand, während die arrivierten, überwiegend freidenkerisch-liberal eingestellten Juden nach Assimilierung strebten. Der Widerspruch zwischen säkularem und religiösem Zionismus prägt die israelische Gesellschaft bis heute. In seiner Schrift "Zur Judenfrage" regt Marx an, "das Geheimnis des Judentums nicht in seiner Religion", sondern "das Geheimnis der Religion im wirklichen Juden" zu suchen. Er begriff das Judentum als soziales Phänomen und die Emanzipation der Juden als Emanzipation vom Judentum.

Man sollte sich deshalb auch mit dem wirklichen Israel beschäftigen und nicht mit dem ideologischen Konstrukt, das Israel als Staat ausweist, der das Überleben der Überlebenden garantiert, wie das der säkulare "linke" Zionismus postuliert oder als Staat des von Gott zur Herrschaft über Palästina auserwählten Volkes, wie die Legitimationsideologie des religiösen "rechten" Zionismus lautet. Der Staat Israel, die Palästinenser können das aus leidvoller Erfahrung bestätigen, ist ein reales Gebilde. Und dennoch ist die Künstlichkeit seiner Existenz evident. Er ist ein Staat aus der Retorte.

Er ist weniger aus sich selbst heraus entstanden als durch einen Beschluss der UNO, deren weitere Beschlüsse er fortan negierte. Seine Vitalität ergibt sich aus dem strategischen Bündnis mit den USA. Israel entstand als Nationalstaat ohne Nation. Der Staat wird immer stärker, die Entwicklung einer einheitlichen Nation stagniert, weist sogar eine rückläufige Tendenz auf. Das betrifft nicht nur den Dauerkonflikt zwischen dem säkularen und religiösen Charakter des Staates. Es gibt auch einen innerisraelischen Rassismus. Der Zionismus ist ein weißes Projekt, was nicht ohne Folgen auf die "schwarzen" (arabischen und afrikanischen) Juden bleiben konnte. Deren Ruhigstellung – in den 1970er Jahren gab es die Bewegung der "Schwarzen Panther" mit einer starken Affinität zu den Palästinensern – konnte nur durch die Zurückdrängung der säkularen Tendenzen erzielt werden. Für die orientalischen Juden, bei denen das kollektive Gedächtnis an den Genozid in Europa nur eine untergeordnete Rolle spielt, gibt es keine andere Möglichkeit zur Identifikation als

die Religion.

Ein zentraler Widerspruch im Zionismus ist der zwischen seinem säkularen Charakter und dessen religiöser Überformung. Doch außerhalb der religiösen Vorstellungswelt ist eine spezifisch jüdische Identität nicht zu ermitteln. Die Aufhebung des Judentums in den von Marx beschriebenen sozialen Wesenseigenschaften durch seine Verstaatlichung (in Israel) lässt ein anderes Identifizierungsmerkmal als die Religion nicht zu. Im Sinn eines sozioökonomisch determinierten Kollektives gibt es in Israel keine Juden, sondern nur Israelis jüdischer



Abstammung. Auf eine paradoxe Weise ist somit die Negation des jüdischen Staates im Zionismus selbst angelegt. Auf den Staat Israel trifft zu, was Marx in der erwähnten Schrift über den "sogenannten christlichen Staat" äußerte, den er als "die christliche Verneinung des Staates, aber nicht als die staatliche Verwirklichung des Christentums" beschrieb. Dies sei ein "unvollkommener Staat", der die Religion "als Ergänzung und Heilung seiner Unvollkommenheit" benötige.

Doch ist auch die Aufhebung des Judentums durch die zionistische Verstaatlichung durchaus ambivalent. Denn diese erfolgt nur auf dem Boden Israels. Ein Wesensmerkmal des Staates Israel besteht darin, dass seine Existenz auf der Wechselwirkung mit den Juden in der Diaspora beruht. Daraus ergibt sich der wichtigste innere Widerspruch der israelischen Staatsdoktrin. Zwar verheißt der Zionismus die staatliche Lösung der jüdischen Frage. Doch dieser Staat ist nicht

der politische Ausdruck seiner Bürger, sondern der Juden der Welt. Das ergibt einen latenten Konflikt zwischen israelischem und jüdischem Bewusstsein.

Das israelische Bewusstsein ist auf den Staat Israel, das jüdische auf das Land (Erez) Israel bezogen. Das eine ist modern, das andere prämodern. Das israelische Bewusstsein ist auf die Globalisierung gerichtet, das jüdische verharret in einem archaischen Besiedlungswahn. Der israelische Historiker und Linkssozialist Michel Warschawski nennt dies einen Konflikt zwischen Israel und Judäa. Zwei Gesellschaften, die unfähig sind,

miteinander zu kommunizieren. Zwar verkörpert der originäre Zionismus die staatliche Konzeption, im Gegensatz zu den Ultraorthodoxen, die den Staat Israel als Gotteslästerung verwerfen. Gleichzeitig ist ihm die "Erez-Jisrael"-Orientierung immanent. Denn "Erez Jisrael" ist ein Synonym für Großisrael.

Die "Unvollkommenheit" des israelischen Staates äußert sich nicht nur im Fehlen einer geschriebenen Verfassung – ein Zugeständnis an die Orthodoxen –, sondern auch im Fehlen von klar definierten Grenzen. Will der Staat Israel seinen Anspruch, alle Juden heimzuführen, einlösen, muss er expandieren. Sharon erklärte unlängst, dass der israelische Unabhängigkeitskrieg noch nicht zu Ende sei, dass er noch hundert Jahre dauern könne. Das heißt, dass aus jüdisch-nationalistischer Sicht der Prozess der Staatswerdung noch nicht abgeschlossen ist.

Der DKP-Theoretiker Robert Steigerwald schreibt in einem Positionspa-

pier: "Sozialisten müssen beachten, dass die Existenz des Staates Israel zu akzeptieren ist". "Zu akzeptieren", das ist kein glühendes Bekenntnis, immerhin. Doch auch hier wird a priori akzeptiert – unter Abstrahierung der konkreten Existenzweise dieses Staates. Das war 1948 falsch, als die Sowjetunion als erster Staat Israel anerkannt hat, ohne seine landräuberische, terroristische Entstehungsgeschichte zu beachten: Der Staat Israel entstand im Ergebnis eines ethnischen Säuberungsprozesses, der seinesgleichen sucht. Und das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt, an dem die rechtsextremen Tendenzen in der israelischen Politik deutlicher als je zuvor hervortreten, nicht minder falsch. Rechtsextremismus ist Rechtsextremismus, auch im Staat der Holocaust-Überlebenden. Und dennoch gilt im gegenwärtigen Diskurs die Benennung einer schlichten Tatsache als unstatthaft, als Relativierung des Holocausts. Als ließe sich der Völkermord an den Juden ernsthaft relativieren.

Ein Staat von Kolonisten

Nicht akzeptiert wird von Steigerwald die ursprüngliche al-Fatah-Lösung eines volksdemokratischen Staates, in dem Juden, Christen und Muslime friedlich nebeneinander leben. Die palästinensischen Linken übrigens halten im Gegensatz zu den rechten Arafatisten an der Orientierung auf einen demokratischen säkularen Staat in ganz Israel/Palästina auch weiterhin fest, wobei sie die Zwei-Staaten-Lösung als Zwischenstufe im Kampf um eine demokratische Umwälzung der Verhältnisse in der Region betrachten. Man könne es den Juden, die dem Tod entronnen sind und ihren Schutz in ihrem eigenen Staat suchten, nicht verdenken, wenn sie diesen für ein bloßes Versprechen nicht preiszugeben bereit seien, begründet der Autor des Papiers seine Position. Im Klartext: Robert Steigerwald und mit ihm der DKP-Mainstream akzeptiert Israel in seiner zionistischen Existenzweise als exklusiv jüdischer Staat, eine andere Existenzweise liegt außerhalb dieser Vorstellungswelt.

Es ist freilich so, dass die Existenz Israels nicht von linker Anerkennung abhängt. Israel würde auch existieren, wenn es nur von den USA anerkannt wäre. Die DDR ist als weltweit anerkannter Staat untergegangen. Die Entscheidung fiel im Klassenkampf. Genau auf diesem Terrain wird auch die Entscheidung um den

künftigen Charakter Israels/Palästinas fallen. Es geht nicht um ein abstraktes Pro oder Contra Israel. Es geht um den sozialen Charakter dieses Staates. Gegenwärtig ist Israel ein Apartheid-Staat, in dem die Überlegenheit der einen Nation die Inferiorität der anderen Nation zur Voraussetzung hat. Die Vorstellung, die jüdische Existenz in der Region wäre weniger gesichert, wenn auch die israelischen Araber diesen Staat als ihren Staat, als Staat der Juden und Palästinenser anerkennen könnten, wenn Israel und Palästina zu Synonymen würden, ist absurd.

Was macht es deutschen Kommunisten so schwer, einen demokratisch-säkularen Staat zu akzeptieren? Warum beharren sie auf dem Existenzrecht eines jüdisch definierten Staates? Weil die Juden anders nicht geschützt werden können? Doch nirgendwo ist jüdisches Leben so gefährdet, wie in dem Land, das den Juden eine exklusive Existenz verheißt. In der Exklusivität ihrer Existenz liegt ihre existentielle Bedrohung.

Natürlich ist Israel nicht das, was es sich dünkt. Es ist kein solidarischer Staat der Überlebenden, sondern ein Klassenstaat. Aber es ist auch ein Staat von Kolonisten. Es ist ein ideologisch hochmotivierter Staat, der die Sicherung jüdischer Vorrechte zur obersten Staatsraison erhoben hat. Die Schaffung privilegierter Siedlerexistenzen folgt nicht der Logik des Marktes. Sie folgt der Strategie der Eindämmung innerisraelischer Klassengegensätze und der Unterwerfung der Palästinenser.

Robert Steigerwald mahnt eine differenzierte Betrachtungsweise des Zionismus in seinen unterschiedlichen Strömungen an. Doch in der Hauptsache, die Existenz Israels als kolonialistischen Apartheid-Staat dauerhaft zu etablieren, gibt es keine Differenzen. Natürlich ist die israelische Gesellschaft nicht homogen. Natürlich herrscht in ihr nicht nur die Tendenz zur Gewalt gegen die Palästinenser, sondern auch jene andere, die auf einen historischen Ausgleich mit den Palästinensern gerichtet ist.

In Oslo ist dieser Kompromiss angedacht worden. Im Verlauf des Oslo-Prozesses hat sich aber eindeutig herausgestellt, dass die zionistischen Eliten, die rechten wie die "linken", einen souveränen palästinensischen Staat nicht zulassen wollen. Ein Staat mit beschränkter Souveränität als ein fremdbestimmtes

Projekt der korrupten palästinensischen Oberschicht wäre zwar denkbar gewesen. Doch die israelische Besiedlungspolitik in den Autonomiegebieten bei gleichzeitiger Ablehnung des von der UNO verbrieften Rückkehrrechtes der Flüchtlinge machten sämtliche Voraussetzungen für einen Kompromiss zunichte. Die israelische Bantustanisierungspolitik befindet sich jenseits der von den Arafat-Leuten gezogenen roten Linien.

Unfrei und keine Demokratie

Natürlich wirkt die Hoffnung auf einen demokratischen Umsturz in ganz Israel/Palästina realitätsfern. Vielleicht ist sie deshalb die einzig realistische. Oslo hat in seinem Ergebnis das neokoloniale Regime Israels über die Palästinenser perfektioniert. Es wurde ein autokratisches Regime in Palästina etabliert, das als hässliches Gegenbild zur israelischen parlamentarischen Demokratie zu fungieren hat. Die Intifada hat den Kampf um demokratische Rechte erneut aufgenommen. Sie richtet ihre Forderungen nicht an Arafat und seine oligarchische Umgebung, sondern an die Besatzungsmacht: "End the Occupation!" Unter den Bedingungen der nationalen Unterdrückung kann es in Palästina keine Demokratie geben. Solange den Palästinensern ihre demokratischen Rechte vorenthalten werden, ist auch Israel kein demokratischer Staat. Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann selbst nicht frei sein.

Derweilen latscht die deutsche Linke brav neben dem Mainstream. Es wird ersucht, der Gewalt auf beiden Seiten ein Ende zu bereiten. Vorgeblich radikale Linke verfallen in die Rhetorik von EU-Kommissaren. Von den antinationalen Schmutzkindern des Neoliberalismus einmal ganz zu schweigen. Je rabiater der Irre von Jerusalem wütet, desto stärker wird der Bekenntnisdrang zum letzten verbliebenen Kolonialstaat. Jüdisch-palästinensische Koexistenz, in der sich die Existenz der einen aus der Existenz der anderen ergibt, wird jedoch nur durch die Überwindung dieses Staates möglich sein.

*Werner Pirker
(Journalist in Wien)*

Das Antiimperialistische Sommerlager in Assisi

Ein Versuch Antworten durch gemeinsame Praxis zu finden

Auch heuer findet wieder das jährliche Antiimperialistische Sommerlager in Assisi statt. Wurde es letztes Jahr noch von den tragischen Ereignissen von Genua überschattet, so steht es heuer ganz im Zeichen des Widerstands gegen den von Bush und seinen Verbündeten, allen voran Großbritannien, propagierten "Krieg gegen den Terrorismus", zu dem in gewisser Weise auch die jüngste Eskalation in Palästina gehört. Neben dem brutalen Versuch den palästinensischen Widerstand gegen die israelische Besatzung auszuradieren gehören nun auch wieder Kriegsdrohungen gegen den ohnehin schon ausgebluteten Irak wieder zur Tagesordnung. Der arabische Raum hat also nichts an Sprengkraft für die Neue Weltordnung verloren, was sich auch in dem großen Augenmerk, das während dem Treffens auf ihn gelegt wird, widerspiegelt.

Aber auch die Situation im Westen soll nicht aus den Augen verloren werden. Mit dem antiterroristischen Feldzug einhergehend wird die seit Jahren stetig sich fortsetzende Aushöhlung der demokratischen Rechte in Europa und den Vereinigten Staaten selbst sich rasant beschleunigen. Im Aufruf zu dem internationalen Treffen mit dem Titel "Hände weg von der Welt!" steht dazu folgendes: "Mit dem Ziel, alle ablehnenden Stimmen zu ersticken, hat Bush nicht gezögert, sich diktatorische Vollmachten zu übertragen. Wer in den USA es wagt die unterdrückten Völker zu unterstützen, wird wegen Verdacht auf Terrorismus hin untersucht, als Spion des Feindes verfolgt und schließlich verhaftet. Die mit den USA verbündeten Länder, unter ihnen Europa, setzen dieses Theorem mit Eifer um, indem sie repressive Gesetzgebun-

gen verabschieden, welche die Bürger in Unterworfenen ohne Stimme verwandeln, und die Demokratie in Oligarchie." Zu dieser Thematik gibt es einige Punkte in dem vorläufigen Programm, die nicht nur die allgemeine Situation in den USA und Europa, sondern auch speziell auf die Auswirkungen auf die nach dem 11. September als "Terroristen" gebrandmarkten Menschen islamischen Glaubens eingehen. Dazu sollen Juristen aus Italien und Deutschland, sowie Vertreter des International Action Centers aus den USA eingeladen werden.

Neben dieser Thematik wird auch die Frage der Rechtmäßigkeit sogenannter Internationaler Gerichtshöfe aufgegriffen, wobei hier als Programmpunkte unter anderem die Aufdeckung der Rolle von dem spanischen Richter Garzon wichtig ist, der ja einer der führenden Verfechter einer Anklage gegen den chilenischen Ex-Diktator Pinochet ist, und gleichzeitig eine "Hexenjagd" gegen die baskische Unabhängigkeitsbewegung führt. Neben Garzon ist aber natürlich der Schwerpunkt auf den laufenden Prozess gegen den ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević vor dem Tribunal von Den Haag gelegt.

Auch Diskussionen zur Entwicklung der Antiglobalisierungsbewegung finden ihren Platz in dem dichten Programm. "Nach Porto Alegre steht fest", so einer der Organisatoren, "dass diese Bewegung an einem Punkt angekommen ist, bei dem sie sich nicht mehr fähig zeigt auf die weltpolitische Entwicklung progressiv zu antworten. Sie schließen die stärksten Stimmen einer progressiven Veränderung auf dieser Welt, wie die Baskische Bewegung und die FARC aus Kolumbien aus, und laden stattdessen den Richter Garzon

nach Porto Alegre ein; wir glauben nicht, dass die Bewegung als ganze dieser Richtung zustimmen kann und wird."

So heißt es denn auch im Aufruf zum Antiimperialistischen Sommerlager: "Die USA stellen fest, dass "wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns" und zwingen jeden einzelnen zur Wahl: entweder auf der Seite des imperialen Despotismus oder auf der anderen. Einen Mittelweg gibt es nicht. Wer sich auf die Seite der Diktatur stellt, kann sich darauf beschränken, die Augen zu verschließen, vorzugeben, die Schmerzensschreie aus allen Teilen der Welt nicht zu hören. Wer es hingegen als unmoralisch ansieht, das Schicksal der Menschheit in Händen des Doktor Seltsam zu belassen, muss den Mut aufbringen, den Befreiungskampf der unterdrückten Völker zu unterstützen, was auch immer deren Methoden, bewaffnete oder gewaltfreie, seien."

Neben diesen Schwerpunkten gibt es auch Veranstaltungen zu der Lage in Asien, der besonderen Rolle Indiens, zur Lage auf dem lateinamerikanischen Kontinent, der ja im vergangenen Jahr nicht nur die Argentinien-Krise, sondern auch den Abbruch der Friedensverhandlungen in Kolumbien zwischen der FARC und der Regierung gesehen hat, sowie selbstverständlich ein Themenblock zur Palästina-Frage, zu dem Leila Khaled eingeladen wird, wo neben Diskussion auch bereits konkrete Vorschläge für eine europaweite Koordination der Solidaritätsbewegungen zur Debatte stehen soll.

So bleibt abschließend und vorausblickend auf das heurige Antiimperialistische Sommerlager nichts mehr, als nochmals aus dem Aufruf zu zitieren: "Der Kampf ist der selbe, überall geht es um Freiheit, Demokratie, die Möglichkeit einer Zukunft in Brüderlichkeit und sozialer Gerechtigkeit. Niemals noch war es so wichtig wie heute die alten Gräben zu überbrücken, die antiimperialistischen Kräfte und die Arbeiterorganisationen und die kämpfenden Bewegungen des Welt Sozial Forums zu vereinen. Nicht um die Globalisierung zu "demokratisieren", sondern um dem Imperialismus ein Ende zu bereiten.

**Eine andere Welt ist möglich.
Dem Kapitalismus ein menschliches Gesicht zu geben, nicht!**

Europaweites Treffen der Palästina-Solidaritätsgruppen geplant

Im Rahmen des antiimperialistischen Sommerlagers soll heuer ein Treffen der europäischen Solidaritätsgruppen für Palästina stattfinden. Das Ziel ist die Koordination der Aktivitäten sowie die Vorbereitung internationaler gemeinsamer Kampagnen. So soll am 28. September zum 2. Jahrestag der neuen Intifada eine internationaler Aktionstag mit Demonstrationen in ganz Europa abgehalten

werden. Auch soll über die Organisation einer weiteren antiimperialistischen Solidaritätsdelegation nach Palästina nach dem Vorbild der ersten Delegation die heuer zum Jahreswechsel das Westjordanland und den Gaza-Streifen besuchte, beraten werden. Bei Interesse bitten wir sich an aik@antiimperialista.org zu wenden, um den internationalen Aufruf und weitere Informationen zu bekommen.

Sommerlager – vorläufiges Programm:

Sonntag, 4. August 2002

Fragen zu Porto Alegre

Das Welt-Sozialforum: Wie gegen die Globalisierung kämpfen?

Workshops:

1. Attackieren wir ATTAC!
2. Imperium und Imperialismus
3. Partizipative Demokratie

Montag, 5. August 2002

Krieg gegen den Terrorismus oder Krieg gegen die Freiheit?
Betrachtungen zur Beschneidung der Demokratie im Westen

Workshops:

1. Guantánamo: wie die USA internationale Konventionen brechen
2. UPA: die diktatorische Macht von Präsident Bush
3. 270 bis, ter, quarter: kollektive Verbrechen und die Kriminalisierung der islamischen Gemeinden in Italien

Dienstag, 6. August 2002

Bringt das Tribunal vor Gericht

Das Haager Tribunal und Milošević' Selbstverteidigung

Workshops:

1. Die NATO und die Fälschung von Beweisen durch Medienmanipulation
2. Internationale Gerichtsbarkeit als ein Instrument der imperialistischen Intervention
3. Der Richter Garzon und die Hexenjagd gegen die Basken

Mittwoch, 7. August 2002

Asien: Das Spiel hat begonnen

Die Geopolitik des einzigen Weltimperiums

Workshops:

1. Afghanistan: Ein Phyrus-Sieg für den US-Imperialismus
2. Indonesien: Ein Vulkan vor dem Ausbruch
3. Indischer Expansionismus und der Volkskrieg in Nepal

Donnerstag, 8. August 2002

Die Vietnamisierung Lateinamerikas

US-Interventionismus von Puebla bis Feuerland

Workshops:

1. Kolumbien: Friedensprozess und Fortschreiten des Bürgerkriegs
2. Argentinien: der Zusammenbruch des Kapitalismus und die Dynamik der Volksbewegungen
3. Venezuela: Bolivarische Reformen von der Regierung Chavez und imperialistische Einmischung

Freitag, 9. August 2002

Wir sind alle Palästinenser

Intifada, der Funke im Pulverfass Naher Osten

Workshops:

1. Zwei Völker, zwei Staaten oder *ein* demokratisches, geeintes Palästina
2. Irak: US-Strategien und neue Kriegsszenarien
3. Islam: Dschihad als antiimperialistischer Kampf

Samstag, 10. August 2002

Abreise

AIK

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein internationaler Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfes dient und jedes Jahr ein Antiimperialistisches Sommerlager organisiert.

Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zu Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne, die auf folgender Basis geführt wird:

Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten!

Auflösung aller israelischer Siedlungen!

Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenser!

Für einen souveränen palästinensischen Staat im Westjordanland und Gasastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt!

Kontakt und Abo:

Antiimperialistische Koordination

www.antiimperialista.org

aik@antiimperialista.org

BRD:

Postfach 100850, 07708 Jena

Kto-Nr. 2194660

(lautend auf „Ralf Stoll“)

Sparkasse Jena, BLZ 83053030

Österreich:

Postfach 23, 1040 Wien

Kto-Nr. 92.125.137

PSK, BLZ 60.000

Intifada-Abonnement:

8 Zusendungen: € 8,-

Intifada-Förder-Abo:

8 Zusendungen: € 16,-

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Redaktion und Hersteller des period. Druckwerks „Intifada“ ist die Partei RKL, Guss-hausstraße 14/3, 1040 Wien. Verlags- und Herstellungsort: Wien. Druck: ATOS-Origin, Wien.